

MAXIMILIAN GRAF

ÖSTERREICH UND DIE DDR 1949–1990

Politik und Wirtschaft im Schatten
der deutschen Teilung

ÖSTERREICHISCHE AKADEMIE DER WISSENSCHAFTEN
PHILOSOPHISCH-HISTORISCHE KLASSE
INSTITUT FÜR NEUZEIT- UND ZEITGESCHICHTSFORSCHUNG

INTERNATIONALE GESCHICHTE/
INTERNATIONAL HISTORY

HERAUSGEGEBEN VON
MICHAEL GEHLER
UND
WOLFGANG MUELLER

BAND 3

MAXIMILIAN GRAF

Österreich und die DDR 1949–1990

Politik und Wirtschaft im Schatten der deutschen Teilung



VERLAG DER
ÖSTERREICHISCHEN
AKADEMIE DER
WISSENSCHAFTEN

Vorgelegt von w. M. ARNOLD SUPPAN in der Sitzung vom 3. Juli 2015

Veröffentlichung mit Unterstützung des
Dr.-Alois-Mock-Wissenschaftspreises 2015

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen
Nationalbibliografie, detaillierte bibliografische Daten sind im Internet
über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Diese Publikation wurde einem anonymen,
internationalen Peer-Review-Verfahren unterzogen.
This publication has undergone the process
of anonymous, international peer review.

Coverdesign: David Schriff
Coverbild: Bruno Kreisky und Erich Honecker in Ost-Berlin, 31. März 1978
Quelle: Bundesarchiv, Bild 183-T0331-0023 / Fotograf: Peter Koard

Die verwendete Papiersorte ist aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff hergestellt,
frei von säurebildenden Bestandteilen und alterungsbeständig.

Alle Rechte vorbehalten.
ISBN 978-3-7001-7951-1
Copyright © 2016 by Österreichische
Akademie der Wissenschaften, Wien
Satz: Hapra GmbH, Puchenau
Druck und Bindung: Prime Rate kft., Budapest
<http://epub.oeaw.ac.at/7951-1>
<http://verlag.oeaw.ac.at>

INHALTSVERZEICHNIS

Vorwort	9
Einleitung	11
1. Ziele, Zugänge und Kontexte einer neuen Beziehungsgeschichte	11
2. Forschungsstand	16
3. Archivlage	25
I. Österreich und Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg 1945–1949	27
II. Von der Gründung der DDR zum österreichischen Staatsvertrag 1949–1955	43
1. Gegenseitige Wahrnehmungen	43
a) Vertretungsbehörden und westdeutsche Stimmen	43
b) Von der Gründung zum Volksaufstand: Die junge DDR aus österreichischer Sicht	48
c) Das besetzte Österreich aus ostdeutscher Sicht	58
2. Repatriierung und erste diplomatische Kontakte	60
a) Die Österreichische Delegation in Berlin	60
b) Erste Kontakte in Moskau und die Frage der Anerkennung	73
3. Warenaustausch unter sowjetischen Vorzeichen – Handel als Weg zur DDR-Präsenz in Wien	79
a) Handel mit Deutschland	79
b) Sowjetischer Warenaustausch	82
c) Das Monopol der KPÖ	87
d) Handel auf Kammerebene und die ostdeutsche Kammervertretung	91
4. Das Jahr 1955 als Zäsur im Dreiecksverhältnis BRD-DDR-Österreich	98
5. Zwischenbilanz – das erste Nachkriegsjahrzehnt	109
III. Die Zeit der Nichtanerkennung: Österreich und die DDR 1955–1972	113
1. Wechselseitige Wahrnehmungen nach 1955 und die Berlin-Krise	113
a) Die DDR als „Realität“ auf dem Weg zur Stabilität?	114
b) Österreich nach dem Abzug der Besatzungsmächte und das Verhältnis zur BRD	119
c) Österreich und die DDR in der Berlin-Krise (1958–1961)	127
d) Aus ideologischer Perspektive: Österreich in den 1960er-Jahren	142
e) Die DDR nach dem Mauerbau – Pariastaat auf dem Weg zur Anerkennung?	143
2. Diplomatie der Nichtanerkennung	148
a) Berlin (West) – Der Status der Delegation und die Suche nach einem <i>modus vivendi</i> mit der DDR	149
b) Treffen im diplomatischen Corps in Moskau – eine vergleichsweise heitere Angelegenheit	158
c) Kontakte in weiteren sozialistischen Staaten	163

d) Die Errichtung der Verkehrsvertretung der DDR in Wien 1960 und die „Interflug-Affäre“ 1963	166
e) Die Lage der Österreicher in der DDR in den 1960er-Jahren	174
– Eingesperrte Doppelstaatsbürger – Divergenzen zwischen Wien und Berlin ...	174
– Besprechungen in Wien und die Frage des Junktims	186
3. Politische Kontakte im Zeitalter der Nichtanerkennung	199
a) Frühe politische Kontakte: die „inoffiziellen“ Gespräche von Vizekanzler Pittermann	199
b) Aufgeflogene Spionage als Dämpfer für die politischen Kontakte	214
c) Hermann Axens Besuch in Österreich 1966 und die DDR-Kontakte während der ÖVP-Alleinregierung	219
4. Handel oder Anerkennungsstreben? Die Wirtschaftsbeziehungen 1955–1972	234
a) Kammerabkommen und Handelsentwicklung 1955–1972	234
– Handel auf Kammerebene	234
– Die Verstaatlichte betritt die Bühne	242
– Günter Mittags Österreich-Besuch 1967 und der Weg zum künftigen Geschäftsmodell	248
b) Kammervvertretung, Messepräsenz und Flaggenfrage als Teil des Anerkennungsstrebens	256
c) Der lange Weg zur österreichischen Kammervvertretung in Ost-Berlin	266
d) Anerkennungsdruck der Wirtschaft	274
5. Österreich und die „neue Ostpolitik“ – Abstimmung mit der BRD, keine Anerkennung, aber intensivierete Kontakte zur DDR	278
a) Abstimmung mit BRD und SPD	280
b) Keine Gewerkschaftsbeziehungen und Österreichs Haltung zu den Ostverträgen ...	282
c) Keine Anerkennungsbeziehung	289
d) Kultur – kein Türöffner	294
6. Die Anerkennung der DDR – ein Balanceakt der Neutralen im Schatten der BRD?	298
a) Finnland	301
b) Schweden	304
c) Schweiz	306
d) Die Anerkennung	312
7. Zwischenbilanz: Beziehungen in der Nichtanerkennungszeit	319
IV. Von der Anerkennung bis zum Ende: Österreich und die DDR 1972–1989/90	323
1. Aufbau der Beziehungen mit Ausrufezeichen 1972–1978	323
a) Entwicklung und Wahrnehmung des jeweils anderen Staates	324
– Das neutrale, aber kapitalistische Österreich	324
– Die DDR: Anerkannt, aber noch kein Staat?	328
b) Der Aufbau der Beziehungen nach der Anerkennung	335
– Erste Schritte nach der Anerkennung	335
– Der inoffizielle Außenministerbesuch Otto Winzers	337
c) Der Konsularvertrag 1975 – Ein Paukenschlag	346
d) Zwischenstationen beim Aufbau der Beziehungen 1975–1978	369
– Ziele der DDR	369
– Außenminister Bielka in der DDR 1976	371

e)	Die Wirtschaftsbeziehungen 1972–1978	381
	– Der staatliche Handelsvertrag und der erste Ministerbesuch	381
	– Die Ausweitung der Handels- und der Ausbau der Vertragsbeziehungen bis 1975	387
	– Eine Phase relativer Stagnation und deren Überwindung: Kredite als Schlüssel	394
f)	Zwischenbilanz: Der Aufbau der Beziehungen 1972–1978	404
2.	Besuche auf höchster Ebene und die Blütezeit der Beziehungen 1978–1984	407
a)	Kreisky in der DDR 1978 – Der erste westliche Regierungschef	407
b)	Die wirtschaftliche Dimension des Kreisky-Besuchs 1978	425
c)	Der gescheiterte Gegenbesuch Stophs und der Stand der Beziehungen	433
d)	Honecker in Wien 1980 – Der erste „Westbesuch“	446
e)	Das größte Geschäft: Eisenhüttenstadt	459
f)	Die Entwicklung der Beziehungen bis zum Ende der Ära Kreisky	470
g)	Kirchschläger in Ost-Berlin 1983	479
h)	Der Sinowatz-Besuch 1984 als Abschluss der Blütezeit der Beziehungen	490
i)	Die Blütezeit der Wirtschaftsbeziehungen und die Kreditkrise des Ostens	497
j)	Zwischenbilanz: Die Blütezeit der Beziehungen 1978–1984	528
3.	„Traditionell“ gute Beziehungen, trotz allerlei Turbulenzen 1985–1989	530
a)	Die „Skandalrepublik“ und die DDR 1985–1987	530
b)	Die VÖEST-Krise und der Einbruch des Handels	535
c)	Gute Beziehungen nach der Etablierung der Großen Koalition 1987	548
	– Das lange Warten auf einen Vermögensvertrag	549
	– Vranitzky in der DDR 1988	558
d)	Die Wirtschaftsbeziehungen unter der großen Koalition	562
e)	Zwischenbilanz: „Traditionell“ gute Beziehungen 1985–1989	569
4.	Österreich, das Ende der DDR und die Einheit Deutschlands 1989/90	570
a)	Massenflucht und Grenzöffnung – Österreichs Rolle im Kontext	574
b)	Österreichische Einschätzungen zur Zukunft der DDR und zur „Wiedervereinigung“	585
c)	Bilaterale Beziehungen und Vranitzkys DDR-Besuch am 24. November 1989 ...	588
d)	Das „Zehn-Punkte-Programm“ Kohls und Modrows Gegenbesuch in Wien	593
e)	Der Abschied von der DDR und die Haltung Österreichs zur deutschen Einheit ...	602
V.	Schlussbetrachtung	609
	Quellen- und Literaturverzeichnis	627
1.	Archivquellen	627
2.	Veröffentlichte Quellen	631
3.	Literaturauswahl	632
4.	Biografische Nachschlagewerke	649
5.	Zeitungen und Zeitschriften	649
	Personenregister	651

VORWORT

Die Forschungsaufenthalte für diese Arbeit führten mich für insgesamt mehr als ein Jahr nach Berlin. Wann immer ich dort beim „Feierabendbier“ oder beim kollektiven Verfolgen der Spiele der deutschen Bundesliga als Österreicher ausgemacht wurde, kam die Frage nach dem Grund meines Aufenthalts in der Hauptstadt des geeinten Deutschlands auf. Die Auskunft, dass ich zu Archivrecherchen über die Beziehungen zwischen Österreich und der DDR in der Stadt sei, förderte zwei Reaktionsmuster zu Tage, welche die deutsch-deutsche Teilungsgeschichte widerspiegeln. Traf der Autor auf einen ehemaligen Bürger der DDR, so folgte in der Regel als erste Assoziation, dass die „Österreicher“ doch die Stahlwerke in der DDR gebaut hätten. Die erste Frage, mit der ich von früheren „Wessis“ konfrontiert wurde, war jene nach der „roten Fini“, womit sie auf Rudolfine Steindling, die ehemalige Alleingesellschafterin der – nach heutigen Gerichtserkenntnissen – SED-Firma Novum, anspielten und Auskunft über den Verbleib der auf verschlungenen Wegen verschwundenen Millionen verlangten. Beide Assoziationen sind Ergebnis beziehungsweise Spätfolge der Blütezeit der Beziehungen zwischen Österreich und der DDR an der Wende von den 1970er zu den 1980er-Jahren und betreffen die Bereiche Wirtschaft und Politik. Die Aufarbeitung dieses vergessenen Kapitels der österreichischen Ostpolitik im Kalten Krieg und Desiderats der DDR-Außenpolitikforschung stellt einen Schwerpunkt dieser Studie dar.

Ganz anders war die Reaktion in Österreich, wo ich in der Regel (mit wechselndem Wortlaut) gefragt wurde: „Da gab’s Beziehungen?“ Hierzulande sorgt ab und zu eine Entdeckung aus den Stasi-Archiven für Aufsehen, und es gibt eine kontinuierlich steigende mediale Aufmerksamkeit für Jubiläen wie fünfundzwanzig Jahre Mauerfall. Die Geschichte des vielschichtigen österreichisch-ostdeutschen Verhältnisses schien aber nahezu vergessen, was ob seiner zeitweiligen Intensität verwunderte. Daher habe ich zunächst gar von einem „verdrängten bilateralen Verhältnis“ gesprochen. Die Situation hat sich in den letzten Jahren auf Grund verstärkter Forschungsaktivitäten zum Besseren gewendet, zu Anfang meiner Arbeit fand ich aber ein fast unbestelltes Forschungsfeld vor. Bei der vorliegenden Studie handelt es sich um eine überarbeitete Fassung der im Jahr 2012 an der Universität Wien verteidigten Dissertation mit dem Titel „Österreich und die DDR 1949–1989/90. Beziehungen – Kontakte – Wahrnehmungen“. Sie versteht sich als Beitrag zur – insbesondere an der früheren Historischen Kommission der Österreichischen Akademie der Wissenschaften (ÖAW), seit Anfang 2013 vom Institut für Neuzeit- und Zeitgeschichtsforschung (INZ) vorangetriebenen – Erforschung

der Beziehungen Österreichs zu den sozialistischen Staaten im Europa des Kalten Kriegs. Eingangs einer solchen Arbeit gebietet es sich, auf die Jahre ihres Entstehungsprozesses zurückzublicken und jenen zu danken, die diese Dissertation ermöglicht, begleitet und gefördert haben.

Zu allererst gilt mein Dank Univ.-Prof. Dr. Arnold Suppan, der, wie auch im Falle meiner Diplomarbeit, die Betreuung der Dissertation übernommen hat. Von der ersten Idee bis zum Abschluss des Manuskripts hat er mir jede nur erdenkliche Unterstützung zu Teil werden lassen. Gleichermaßen gilt mein Dank Univ.-Prof. Mag. DDr. Oliver Rathkolb. Die Idee zu dieser Arbeit geht auf seine Anregung zurück. Er hat sich freundlicherweise dazu bereit erklärt, als Zweitbegutachter zu fungieren, in Wahrheit war er aber viel mehr: Auch er hat diese Arbeit von Anfang bis Ende begleitet. Des Weiteren sind der heutige Direktor des INZ der ÖAW, Prof. Dr. Michael Gehler, und sein Stellvertreter, Dozent Dr. Wolfgang Mueller, zu nennen. Beide haben erheblich zum Gelingen der Dissertation beigetragen.

Gefördert wurde das Dissertationsprojekt in seiner Anfangsphase durch Stipendien der Universität Wien und des Deutschen Akademischen Austauschdienstes. Seit Januar 2010 ermöglichten das Dissertantenprogramm der Philosophisch-historischen Klasse der ÖAW und der damit verbundene Arbeitsplatz in der Historischen Kommission einen konzentrierten und fokussierten Fortgang des Projekts. Die Dissertationsschrift wurde 2014 mit dem Karl von Vogelsang-Förderpreis und 2015 mit dem Wissenschaftspreis der Dr. Alois Mock Europa-Stiftung ausgezeichnet. Letzterer ermöglichte als Druckkostenzuschuss die Veröffentlichung in dieser Reihe, wofür der Autor zu großem Dank verpflichtet ist.

Abschließend gilt es all jenen Archivaren, Freunden, Gutachtern, Kollegen, Lehrern, Verwandten und Zeitzeugen zu danken, die durch ihre Anregungen und vielfältigen Formen der Unterstützung zum Gelingen der Arbeit – von den Anfängen der Recherchen für die Dissertation bis zur Drucklegung des vorliegenden Buches – beigetragen haben. In alphabetischer Reihenfolge *sine titulo*: Lars Amelung, Bernd Rainer Barth, Friedrich Bauer, Günter Bischof, Andrea Brait, Stefan Creuzberger, Aurélie Denoyer, Anja Facius, Mareike Fossenberger, Ulrich Geyer, William Godsey, Sylvia Gräfe, Elisabeth und Martin Graf, Philipp Greilinger, Torben Gülstorff, Barbara Haider-Wilson, Hans Peter Hye, Sarah Knoll, Dieter Lautner, Isabella Lehner, Richard Lein, Matthias Löhr, Wolfgang Maderthaler, Ulrich Mählert, Gabriele Metzler, Manfred Mugrauer, Knud Piening, Michael Portmann, Jennifer Reiche, Thomas Ries, Karlo Ruzicic-Kessler, Birgit Kmezic, Nicole Schmitner, Johannes Schönner, David Schriffel, Enrico Seewald, Maria Steiner, Patrick Swoboda, Gábor Szilagyí, Josef Taus, Matthias Trinkaus, Dieter Umlauf, Angelika Weiss, Hermann Wentker und Helmut Wohnout.

Berlin und Wien, im Juli 2015
Maximilian Graf

EINLEITUNG

1. ZIELE, ZUGÄNGE UND KONTEXTE EINER NEUEN BEZIEHUNGSGESCHICHTE

Ziel der vorliegenden Studie ist es, einen ersten Überblick über die Beziehungen zwischen Österreich und der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) in politisch-diplomatischer und wirtschaftlicher Hinsicht zu geben. Im Gegensatz zur Dissertationsschrift werden die Parteibeziehungen zwischen der Kommunistischen Partei Österreichs (KPÖ) und der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) aus dieser Publikation ausgeklammert. Dies ist zum einen der Überlänge der seinerzeitigen Dissertation geschuldet, zum anderen erschien eine separate Darstellung unter stärkerer Berücksichtigung des internationalen Kontexts der kommunistischen Weltbewegung sowie der Vorgeschichte vor 1945 erstrebenswert. Im Rahmen dieser Arbeit werden die Parteibeziehungen und die ideologischen Konflikte nur dort kurz Erwähnung finden, wo sie für die bilateralen Beziehungen zwischen Österreich und der DDR von direkter Relevanz sind. Die Darstellung erfolgt weitestgehend chronologisch, Überlappungen sind aber nicht zu verhindern. Auch sind auf Grund der verwobenen Inhalte der Erzählung thematische Sprünge unvermeidlich. Da es sich bei der vorliegenden Arbeit um einen Beitrag zur Grundlagenforschung handelt, stützen sich die Ergebnisse primär auf erstmals ausgewertete Archivquellen aus denen – wo dies angebracht ist – auch wörtlich zitiert wird. Schlüsseldokumente kommen mitunter ausführlich zu Wort. Die originale Rechtschreibung der Quellen wurde beibehalten; dort, wo es unbedingt notwendig erschien, wurde korrigierend eingegriffen. Die meisten Quellen wurden vor der Rechtschreibreform verfasst und folgen daher den Regeln der alten Rechtschreibung. Abweichungen von der Grammatik können aber auch durch alte Schreibmaschinentypen – vor allem bei „ß“ und „ss“ – bedingt sein.

Trotz dieses klassischen (für eine solche Arbeit aber wohl unerlässlichen) Zugangs, orientiert sich die vorliegende Studie an Überlegungen, die in den letzten Jahren im Rahmen der Erneuerung des klassischen Felds der internationalen Beziehungen hin zu einer Internationalen Geschichte angestellt wurden. Ungeachtet der oft widersprüchlichen Ausdifferenzierungen in „Geschichte der internationalen Beziehungen“, „Internationale Geschichte“ und „transnationale Beziehungen/Geschichte“¹ sowie des Konzepts der „Histoire

¹ Siehe hierzu Eckhart Conze/Ulrich Lappenküper/Guido Müller (Hg.), *Geschichte der internationalen Beziehungen. Erneuerung und Erweiterung einer historischen Disziplin*, Köln/Weimar/

Croisée“², das über einen einfachen Vergleich hinausgeht und gerade für angemessen kontextualisierte „Beziehungsgeschichten“ nützlich ist, geht es nach Ansicht des Autors vor allem um eine inhaltliche und methodische Erweiterung der Disziplin. Dies sollte aber nicht zum Selbstzweck werden, sondern dem Ziel dienen, unsere Fragen an die Geschichte zeitgemäß zu formulieren und die Ergebnisse unserer Forschungen ebenso zeitgemäß zu vermitteln.

James J. Sheehan hat mit beeindruckender Klarheit festgehalten: „History is a discipline that best expresses itself in practice, not theory; the possibilities of a historical paradigm are measured by how much it can help us learn interesting and significant things about the past. Historiographical programs are like maps, which may be useful to guide our explorations, but should never be mistaken for the journey itself.“³

Der Weg, der im Rahmen einer primärquellenbasierten Forschungsarbeit zu gut 40 Jahren österreichisch-ostdeutscher Beziehungen zurückgelegt werden muss, führt – gerade wenn man zu vielen Zeitabschnitten und Themenbereichen eine historiografische *tabula rasa* vorfindet – nun einmal über eine zunächst zwangsläufig ergebnisoffene archivquellengestützte Forschung. Aus der daraus gewonnenen Erkenntnis ist freilich eine Darstellung zu formen, die den heutigen Ansprüchen genügt. Es kann aber nicht darum gehen, die Ergebnisse einer per se selektiven Archivforschung in ein vorgefertigtes Modell einzupassen, wie dies manchmal auf Grund eines „Minderwertigkeitskomplexes“ der Historiker gegenüber den Sozialwissenschaften geschieht. Zu dessen Folgen hat der renommierte britische Historiker Tony Judt in seinen Gesprächen mit Timothy Snyder festgehalten:

„Und dann hat man diese kaputten Monographien – die mit langatmigen Thesen über den dekonstruktiven Forschungsansatz beginnen und enden. Aber der Mittelteil ist ganz und gar empirisch, wie jedes gute Geschichtswerk, hier und da wird in einem Satz dazu aufgefordert, die vom Autor herangezogenen Quellen mit gebührender Distanz zu behandeln. Solche Bücher kann man kaum lesen, und es fehlt ihnen an intellektuellem Selbstbewusstsein.

So kann man als Historiker nicht arbeiten.“⁴

Wien 2004; Wilfried Loth/Jürgen Osterhammel (Hg.), *Internationale Geschichte: Themen – Ergebnisse – Aussichten*, München 2000; Jost Dülffer/Wilfried Loth (Hg.), *Dimensionen internationaler Geschichte* (Studien zur Internationalen Geschichte 30), München 2012; Patrick Finney (Hg.), *International History*, Basingstoke/New York 2005, siehe insbesondere die Einleitung des Herausgebers 1–35; Robert Frank (Hg.), *Pour l’histoire des relations internationales*, Paris 2012; Gunilla Budde/Sebastian Conrad/Oliver Janz (Hg.), *Transnationale Geschichte. Themen, Tendenzen und Theorien*, 2. Aufl., Göttingen 2010.

² Michael Werner/Bénédictte Zimmermann, *Beyond Comparison: Histoire Croisée and the Challenge of Reflexivity*, in: *History and Theory* 45 (2006) 1, 30–50.

³ James J. Sheehan, *Paradigm lost? The “Sonderweg” revisited*, in: Gunilla Budde/Sebastian Conrad/Oliver Janz (Hg.), *Transnationale Geschichte. Themen, Tendenzen und Theorien*, 2. Aufl., Göttingen 2010, 151–160, 160.

⁴ Tony Judt mit Timothy Snyder, *Nachdenken über das 20. Jahrhundert*, München 2013, 267.

Dem Zugang der Internationalen Geschichte im Sinne einer Erweiterung der klassischen Geschichtsschreibung zu den internationalen Beziehungen Rechnung tragend, wird neben der Entwicklung der diplomatischen und politischen Kontakte der oftmals vernachlässigten Wirtschaftsgeschichte breiter Raum gegeben. Diese Gewichtung konnte nicht vorab aus dem bisherigen Forschungsstand zur österreichischen Ostpolitik oder zur Außenpolitik der DDR abgeleitet werden, sondern ist ein Resultat jahrelanger (über die in dieser Studie vermittelten Inhalte hinausgehender) Forschungsarbeiten. Ausgehend vom Kenntnisstand vor Beginn der Recherchen war der Facettenreichtum der Beziehungen insbesondere für die Zeit der Nichtanerkennung der DDR bis 1972 nicht abzusehen. In diesem Zeitraum waren die Wirtschaftsbeziehungen das Einzige, was in vertraglich geregelten Bahnen verlief. Ohne die Bedeutung des Handels zwischen Österreich und der DDR sowie insbesondere dessen Entwicklung seit den 1960er-Jahren unterschätzen zu wollen, zeigte sich rasch, dass andere Kontaktfelder von zumindest ebenso großer Bedeutung waren. Während die DDR alle Ebenen des Kontakts zu Österreich ihrem Anerkennungsstreben unterordnete, verfolgte Wien andere Zielsetzungen. Nur in Ansätzen war bekannt, wie sehr die bis zu 20.000 in der DDR lebenden Österreicher – insbesondere wenn sie die DDR verlassen wollten – die österreichische Diplomatie beschäftigten. Das Ausmaß und die unterschiedlichen Zielsetzungen der daraus resultierenden diplomatischen Interaktionen konnten im Rahmen dieser Arbeit erstmals zu Tage gefördert werden und sind ein weiterer Beleg für die menschenverachtende Politik der DDR.

Über die wirtschaftlichen und diplomatischen Kontakte (aus humanitären Gründen) hinaus ergibt sich auch ein differenziertes Bild der österreichischen Nichtanerkennungspolitik. Schien es bisher so, als ob Österreich der Nichtanerkennungspolitik der Bundesrepublik Deutschland (BRD) blind gefolgt sei, so wird in dieser Arbeit gezeigt, dass Österreich durchaus immer wieder die Grenzen der Nichtanerkennungspolitik auslotete. In diesem Zusammenhang erfolgt eine erste quellengestützte Analyse der Genese der Errichtung der DDR-Verkehrsvertretung in Wien 1960 sowie der „Interflug-Affäre“ 1963, die das bisherige Urteil revidiert. Gänzlich unbekannt waren die „inoffiziellen“, vor der BRD erfolgreich geheim gehaltenen politischen Kontakte der 1960er-Jahre. Diese brachten der DDR zwar keine Fortschritte auf dem Weg zur Anerkennung, legten mitunter aber Grundsteine für die spätere Ausprägung der Wirtschaftsbeziehungen; jedenfalls hätte ihr Bekanntwerden schwere Verstimmungen mit der BRD zur Folge gehabt. Auch der Anerkennungsprozess selbst stellt sich im Licht der Quellen vielschichtiger dar und nicht ausschließlich als Resultat der deutsch-deutschen Verständigung. Österreichs Politik wird hier im Vergleich mit den anderen neutralen Staaten Europas analysiert.

Vor diesem Hintergrund bleibt es dennoch überraschend, wie rasch Österreich nach der Anerkennung 1972 zu einem diplomatischen „Eisbrecher“⁵ für die DDR

⁵ Zur Rolle Österreichs als diplomatischer „Eisbrecher“ für die sozialistischen Staaten Europas siehe Wolfgang Mueller, *Peaceful Coexistence, Neutrality, and Bilateral Relations across the*

wurde und wie sehr dies mitunter die BRD verstörte. Eine umfassend quellenge-sättigte Analyse macht dies deutlicher als die simple Kenntnis von Besuchsdaten und Vertragsabschlüssen sowie deren zeitgenössische Interpretation. Geschuldet war dies nicht nur dem üblichen Vorgehen der österreichischen Ostpolitik im Kalten Krieg, sondern auch Interessenskonvergenzen, die sich in wechselseitigen Besuchen und Vertragsabschlüssen manifestierten. Darüber hinaus war es voll-kommen unabsehbar, wie eng verflochten die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Österreich und der DDR seit dem Ende der 1970er-Jahre waren. Dass die Ursachen dafür nicht nur im Streben der DDR nach internationalem Prestige lagen, sondern auch in handfesten österreichischen innen- und wirtschaftspolitischen Interessen, zählt jedenfalls zu den zentralen Erkenntnissen der vorliegenden Studie. Dies führte auf Grund der finanz- und wirtschaftspo-litischen Begehrlichkeiten der DDR dazu, dass Österreich zeitweise für bis zu 20 Prozent der Devisenschulden der DDR bürgte. Anfang der 1980er-Jahre, als diese andernorts im Westen kaum Kredite erhielt und die Strauß'schen Milliar-denkredite der Jahre 1983/84 noch nicht vergeben waren, trugen österreichische Kreditgewährungen zum Erhalt der Zahlungsfähigkeit der DDR bei. Seitens Ös-terreichs war diese Politik primär dem Bestreben geschuldet, die Beschäftigten-zahlen in der verstaatlichten Industrie zu erhalten. Daraus und aus der insgesamt expandierenden Wirtschaftsverflechtung mit der DDR, wozu auch hochriskante Öl-Termingeschäfte gehörten, entwickelte sich die von milliardenschweren Ver-lusten gekennzeichnete tiefe Krise der Verstaatlichten Mitte der 1980er-Jahre. Das entsprechende Kapitel ist ausdrücklich als Beitrag zur bisher kaum erfolgten Aufarbeitung der österreichischen politischen Kultur der Ära Kreisky zu lesen.

Eben auf Grund dieser Schwerpunkte tritt auch die ursprünglich geplante Darstellung zu den Kulturbeziehungen in ihrer Bedeutung zurück. Die schmalen Ausführungen hierzu sind maximal als erster Aufriss der Thematik zu verste-hen, da die Kultur – trotz aller Bemühungen seitens der DDR – in Österreich nicht zu einem „Türöffner“ auf dem Weg zur Anerkennung wurde und die längste Zeit auch nicht zu einer Hebung des Ansehens der DDR in Österreich führte. Nach der Anerkennung 1972 war der Ausbau der Kulturbeziehungen eher Aus-fluss der intensiveren und formalisierten politischen Beziehungen. Eine einge-hendere Untersuchung dieses Themas (unabhängig von der Relevanz der Kultur in den bilateralen Beziehungen) würde eines interdisziplinären Zugangs bedür-fen und kann im Rahmen dieser Arbeit nicht geleistet werden. All die behandel-ten Beziehungsebenen müssen als ineinander verwoben betrachtet und vor dem größeren Kontext der wechselseitigen Wahrnehmungen im Zeitalter des Kalten Kriegs erklärt werden, weshalb den chronologisch gegliederten größeren Ab-

Iron Curtain: Introduction, in: Arnold Suppan/Wolfgang Mueller (Hg.), *Peaceful Coexistence or Iron Curtain? Austria, Neutrality and Eastern Europe in the Cold War and Détente, 1955–1989*, Wien 2009, 7–29, hier 19–20 und 27.

schnitten dieser Arbeit jeweils ein einleitendes Kapitel zur Wahrnehmung des jeweils anderen Staates vorangestellt wird.⁶ Hier stützt sich der Autor primär auf diplomatische Quellen. Wo es angezeigt erschien, wurden ergänzend Medienberichte hinzugezogen. Eine umfassende Darstellung zu den stets mehrdimensionalen wechselseitigen Perzeptionen würde den Rahmen dieser Arbeit sprengen.⁷ Ihre Erforschung würde im Falle Österreichs und der DDR auch vollkommen unterschiedlicher Zugangsweisen und Quellengattungen bedürfen. Von essentieller Bedeutung ist es allerdings, die Beziehungen zwischen Österreich und der DDR in die Verhältnisdreiecke Sowjetunion-DDR-Österreich sowie BRD-DDR-Österreich einzubetten.⁸ Die österreichische Ostpolitik im Kalten Krieg ist ohne Berücksichtigung der Politik der und den Beziehungen zur Sowjetunion nicht zu erklären. Gleiches gilt für die Außenpolitik der DDR, die – zumindest die längste Zeit – an den Vorgaben aus Moskau orientiert war. Die Politik der sozialistischen Staaten gegenüber dem neutralen Österreich muss als Teil der sowjetischen Ge-

⁶ Folgende Überblicke waren (teils von Anfang an, teils erst bei der Fertigstellung des Manuskripts) ständiger Begleiter des Autors. Sie helfen allerdings nicht nur die Geschichte der DDR besser zu verstehen, sondern sagen auch viel über die Historiografie zur DDR aus: Stefan Wolle, *Der große Plan. Alltag und Herrschaft in der DDR (1949–1961)*, Berlin 2013; ders., *Aufbruch nach Utopia. Alltag und Herrschaft in der DDR 1961–1971*, Berlin 2011; ders., *Die heile Welt der Diktatur. Alltag und Herrschaft in der DDR 1971–1989*, Berlin 1998; Hans-Hermann Hertle/Stefan Wolle, *Damals in der DDR. Der Alltag im Arbeiter- und Bauernstaat*, München 2004; Dierk Hoffmann, *Von Ulbricht zu Honecker. Die Geschichte der DDR 1949–1989 (Deutsche Geschichte im 20. Jahrhundert 15)*, Berlin 2013; Ulrich Mähler, *Kleine Geschichte der DDR*, 5. Auflage, München 2007; Klaus Schroeder, *Der SED-Staat. Geschichte und Strukturen der DDR 1949–1990*, 3. vollständig überarbeitete und stark erweiterte Neuauflage, Köln/Weimar/Wien 2013; Matthias Judt (Hg.), *DDR-Geschichte in Dokumenten*, Bonn 1998; sowie in vielen Ausgaben Hermann Weber, *Die DDR 1945–1990 (Oldenbourg Grundriss der Geschichte 20)*, 5. akt. Aufl., München 2012. Zum Stand der Forschung über die SED: Jens Gieseke/Hermann Wentker (Hg.), *Die Geschichte der SED. Eine Bestandsaufnahme*, Berlin 2011.

⁷ Zu den Außenansichten auf Österreich siehe Oliver Rathkolb/Otto M. Maschke/Stefan August Lütgenau (Hg.), *Mit anderen Augen gesehen. Internationale Perzeptionen Österreichs 1955–1990 (Österreichische Nationalgeschichte nach 1945 2)*, Wien/Köln/Weimar 2002; Oliver Rathkolb (Hg.), *Außenansichten. Europäische (Be)Wertungen zur Geschichte Österreichs im 20. Jahrhundert*, Innsbruck/Wien/München/Bozen 2003. Für einen eher zeitgenössischen „deutschen“ Blick auf Österreich siehe zudem: Norbert Mappes-Niediek, *Österreich für Deutsche. Einblicke in ein fremdes Land*, 5. aktualisierte Aufl., Berlin 2012. Eine Geschichte der Außenansichten auf die DDR ist bisher nicht geschrieben worden. Einige Arbeiten im bilateralen Rahmen fokussieren aber diesen Schwerpunkt. Christian Wenkel, *Auf der Suche nach einem „anderen Deutschland“. Das Verhältnis Frankreichs zur DDR im Spannungsfeld von Perzeption und Diplomatie*, München 2014; Jacco Pekelder, *Niederlande und DDR. Bildformung und Beziehungen 1949–1989*, Münster 2002.

⁸ Zur deutsch-deutschen Verflechtungsgeschichte in vielen Themenbereichen erhellend Udo Wengst/Hermann Wentker (Hg.), *Das doppelte Deutschland. 40 Jahre Systemkonkurrenz*, Berlin 2008.

samtstrategie gegenüber den neutralen Staaten Europas verstanden werden.⁹ Die übergeordneten politischen Ziele der Sowjetunion, zu denen es auch gehörte, am neutralen Österreich ein Musterbeispiel der „friedlichen Koexistenz“ zu demonstrieren, konnten hemmend auf die außenpolitischen Ziele ihrer Satelliten wirken. Vor diesem Hintergrund ist auch am Beispiel Österreichs zu konstatieren, dass gerade mit Blick auf das Anerkennungsstreben der DDR die Grenzen der sowjetischen Unterstützung für die ostdeutsche Außenpolitik sichtbar werden. Von ebenso großer Bedeutung ist eine angemessene Berücksichtigung der deutsch-deutschen Beziehungen und insbesondere der Haltung der BRD zur Entwicklung des österreichisch-ostdeutschen Verhältnisses im Wandel der Zeit. Während es zunächst bis 1972 darum ging, eine Anerkennung der DDR zu verhindern, erwartete die westdeutsche Politik von befreundeten Staaten wie Österreich in weiterer Folge eine zumindest rhetorische Wahrung ihrer gesamtdeutschen Interessen.

Durch die Ausklammerung der Parteibeziehungen zwischen der KPÖ und der SED, die einer separaten Publikation vorbehalten bleiben, erhält die diplomatiegeschichtliche Darstellung gegenüber der transnationalen Ebene¹⁰ mehr Gewicht. Nach der Anerkennung der DDR durch Österreich sind Politik und Wirtschaft kaum noch zu trennen, sodass sich dies zwangsläufig auf die Erzählstruktur auswirkt. Die Arbeit orientiert sich vor diesem Hintergrund bis zu einem gewissen Grad an den Ausführungen Michael Gehlers zur „Zeitgeschichte im dynamischen Mehrebenensystem“.¹¹ Da aber die (in sich erneut vielschichtigen) Ebenen auf das Engste verwoben sind und in ständiger Wechselwirkung stehen, erscheint es sinnvoll, von einem „dynamischen interagierenden Mehrebenensystem“ zu sprechen.

2. FORSCHUNGSSTAND

Im letzten Jahrzehnt hat die Erforschung der Beziehungen Österreichs zu den sozialistischen Staaten Europas eine erhebliche Dynamik entwickelt. Dies ist nicht zuletzt eine Spätfolge der nach 1989/91 erfolgten Öffnung beziehungsweise Teillöffnung der Staats- und Parteiarchive der vormals dem „Ostblock“ zugehörigen Staaten. Infolge des großen Nachholbedarfs im Vergleich zu den Westmächten lag das Interesse zunächst auf der Sowjetunion und insbesondere der Besatzungs-

⁹ Mueller, *Peaceful Coexistence*, 7–29.

¹⁰ Für Überlegungen zu Möglichkeiten und Grenzen einer transnationalen Beziehungsgeschichtsschreibung im Falle der DDR siehe Hermann Wentker, *Außenpolitik oder transnationale Beziehungen. Funktion und Einordnung der Parteibeziehungen der SED*, in: Arnd Bauerkämper/Francesco di Palma (Hg.), *Bruderparteien jenseits des Eisernen Vorhangs. Die Beziehungen der SED zu den kommunistischen Parteien West- und Südeuropas (1968–1989)*, 29–47.

¹¹ Michael Gehler, *Zeitgeschichte im dynamischen Mehrebenensystem. Zwischen Regionalisierung, Nationalstaat, Europäisierung, Internationaler Arena und Globalisierung*, Bochum 2001.

zeit von 1945–1955.¹² Mittlerweile liegt aber eine Reihe von Monografien und Aufsätzen über die bilateralen Beziehungen Österreichs zu den Staaten des sozialistischen Lagers vor. Eine quellengestützte Forschung erfolgte zumeist nur für den Zeitraum vom Ende des Zweiten Weltkriegs bis maximal in die 1970er-Jahre.¹³ Zuletzt erschien die Studie von Wolfgang Mueller zu den österreichisch-sowjetischen Beziehungen bis 1991. Es ist dies die erste Arbeit, die den Zeitraum bis zum Ende des Kalten Kriegs durch quellengestützte Forschung abdeckt.¹⁴ Die DDR blieb aus diesen Forschungen die längste Zeit ausgeklammert, weshalb der Forschungsstand trotz der in den letzten Jahren geleisteten Arbeiten als überschaubar bezeichnet werden kann.

Der Fokus bei der Erforschung der österreichisch-deutschen Beziehungen nach 1945 lag stets auf der Bundesrepublik.¹⁵ Neben einigen vor 1989 erschiene-

¹² Stellvertretend hierfür Wolfgang Mueller, *Die sowjetische Besatzung in Österreich 1945–1955 und ihre politische Mission*, Wien/Köln/Weimar 2005; Stefan Karner/Barbara Stelzl-Marx (Hg.), *Die Rote Armee in Österreich. Sowjetische Besatzung 1945–1955*, 2 Bde., Graz/Wien/München 2005; sowie die Edition Wolfgang Mueller/Arnold Suppan/Norman Naimark/Gennadij Bordjugov (Hg.), *Sowjetische Politik in Österreich 1945–1955: Dokumente aus russischen Archiven – Советская политика в Австрии 1945–1955 гг.: Документы из Российских архивов*, Wien 2005.

¹³ Paul Ullmann, *Eine schwierige Nachbarschaft. Die Geschichte der diplomatischen Beziehungen zwischen Österreich und der Tschechoslowakei 1945–1968*, Wien 2006; ders., *Relațiile diplomatice austro-române între 1945–1997 – Die österreichisch-rumänischen diplomatischen Beziehungen zwischen 1945 und 1997*, Iași 2010; David Schriffl, *Tote Grenze oder lebendige Nachbarschaft? Österreichisch-slowakische Beziehungen 1945–1968*, Wien 2012; Martin David, *Österreichisch-tschechoslowakische Beziehungen 1945 bis 1974 unter besonderer Berücksichtigung aktueller Themen*, Dissertation Wien 2002. Den besten und aktuellsten Überblick für den Zeitraum 1945/55–1989 bietet der Sammelband Arnold Suppan/Wolfgang Mueller (Hg.), *Peaceful Coexistence or Iron Curtain? Austria, Neutrality and Eastern Europe in the Cold War and Détente, 1955–1989*, Wien 2009. Hierin finden sich auch Studien zu Ungarn, Jugoslawien, Polen und Bulgarien. Zudem erfolgt eine breite Kontextualisierung der österreichischen Ost-West-Beziehungen. Zur österreichischen Außenpolitik nach 1945 siehe Michael Gehler, *Österreichs Außenpolitik der Zweiten Republik. Von der alliierten Besatzung bis zum Europa des 21. Jahrhunderts*, 2 Bde., Innsbruck/Wien/Bozen 2005; Elisabeth Röhrlich, *Kreiskys Außenpolitik. Zwischen österreichischer Identität und internationalem Programm (Zeitgeschichte im Kontext 2)*, Göttingen 2009. Beide Arbeiten widmen der DDR nur wenig Aufmerksamkeit. Zeitgenössisch zur Außenpolitik der Ära Kreisky im Besonderen (und bezeichnenderweise ohne Bezugnahme auf die Beziehungen zur DDR) Erich Bielka/Peter Jankowitsch/Hans Thalberg (Hg.), *Die Ära Kreisky. Schwerpunkte der österreichischen Außenpolitik*, Wien/München/Zürich 1983. Siehe zudem (eher thesenhaft) Oliver Rathkolb, *Internationalisierung Österreichs seit 1945*, Innsbruck/Wien/Bozen 2006. Zuletzt zusammenfassend Franz Cede/Christian Prosl, *Anspruch und Wirklichkeit. Österreichs Außenpolitik seit 1945*, Innsbruck/Wien/Bozen 2015.

¹⁴ Wolfgang Mueller, *A Good Example of Peaceful Coexistence? The Soviet Union, Austria, and Neutrality, 1955–1991*, Wien 2011.

¹⁵ Das Verhältnis Österreich-BRD kann für den Zeitraum 1945–1965 als relativ gut erforscht gelten. Siehe hierzu Matthias Pape, *Ungleiche Brüder. Österreich und Deutschland 1945–1965*, Köln/Weimar/Wien 2000; Rolf Pfeiffer, *Eine schwierige und konfliktreiche Nachbarschaft – Ös-*

nen kürzeren Abhandlungen in Überblicksform¹⁶ existierte zu Beginn der Arbeiten an dieser Studie die Diplomarbeit von Stefan Gron, die sich auf einige Akten des Bruno Kreisky-Archivs stützt.¹⁷

An Memoirenliteratur hervorzuheben sind die Publikationen des ehemaligen österreichischen Botschafters Friedrich Bauer, der in beiden deutschen Staaten seinen Dienst versah,¹⁸ und die bereits etwas älteren Memoiren von Hans J. Thalberg, der

terreich und das Deutschland Adenauers 1953–1963, Münster/Hamburg/London 2003; Michael Ebert, Bonn – Wien. Die deutsch-österreichischen Beziehungen von 1945 bis 1961 aus westdeutscher Perspektive unter besonderer Berücksichtigung der Österreichpolitik des Auswärtigen Amtes, Berlin 2003; sowie auch den über den engen Zeitrahmen der ersten beiden Nachkriegsjahrzehnte hinausgehenden Sammelband Michael Gehler/Ingrid Böhler (Hg.), Verschiedene europäische Wege im Vergleich. Österreich und die Bundesrepublik Deutschland 1945/49 bis zur Gegenwart. Festschrift für Rolf Steininger zum 65. Geburtstag, Innsbruck/Wien/Bozen 2007; sowie jüngst Michael Gehler, Bruno Kreisky, Italien und die Deutsche Frage, in: Michael Gehler/Maddalena Guiotto, Italien, Österreich und die Bundesrepublik in Europa. Ein Dreiecksverhältnis in seinen wechselseitigen Beziehungen und Wahrnehmungen von 1945/49 bis zur Gegenwart, Wien/Köln/Weimar 2012, 173–208. Für österreichische Dokumente zur Deutschlandfrage siehe Michael Gehler/Rudolf Agstner (Hg.), Einheit und Teilung. Österreich und die Deutschlandfrage 1945–1960. Festgabe für Rolf Steininger zum 70. Geburtstag, Innsbruck/Wien/Bozen 2013.

¹⁶ Alfred Ableitinger, Österreichisch-Deutsche Nachkriegsbeziehungen seit 1945, in: Robert A. Kann/Friedrich E. Prinz (Hg.), Deutschland und Österreich. Ein bilaterales Geschichtsbuch, Wien/München 1980, 199–219; Hans-Jürgen Fink, Österreich, in: Hans-Adolf Jacobsen/Gert Leptin/Ulrich Scheuner/Eberhard Schulz (Hg.), Drei Jahrzehnte Außenpolitik der DDR. Bestimmungsfaktoren, Instrumente, Aktionsfelder, München/Wien 1979, 526–529; Andrea Rögner-Francke, Die Beziehungen zwischen der DDR und Österreich, in: Hans-Joachim Veen/Peter R. Weilemann (Hg.), Die Westpolitik der DDR. Beziehungen der DDR zu ausgewählten westlichen Industriestaaten in den 70er und 80er Jahren, Melle 1989, 133–189; Engelbert Washietl, Österreich und die Deutschen, Wien 1987. Als Kurzfassung ausschließlich zur DDR ders., Österreich und die DDR in der Nachkriegszeit, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 41 (1990) 12, 546–552. Für einen kurzen Überblick jüngerer Datums siehe Joachim Scholtyseck, Die Beziehungen zwischen Österreich und der DDR, in: Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland (Hg.), Verfreundete Nachbarn. Deutschland – Österreich (Ausstellungskatalog), Bonn/Bielefeld 2005, 170–179. Die Notizen des Korrespondenten der Tageszeitung *Die Presse*, Ewald König, der in den Umbruchsjahren aus Berlin berichtete sind online abrufbar unter <http://www.euractiv.de>. Die für die Beziehungen Österreich-DDR relevanten Aufzeichnungen haben bisher keinen Eingang in seine Veröffentlichungen in Buchform gefunden. Siehe Ewald König, Menschen Mauern Mythen. Deutsch-deutsche Notizen eines Wiener Korrespondenten, Halle 2014; ders., Kohls Einheit unter drei. Weitere deutsch-deutsche Notizen eines Wiener Korrespondenten, Halle 2014. Weitere Veröffentlichungen sind angekündigt.

¹⁷ Stefan Gron, „Partner DDR“? Zur Entwicklung der bilateralen Beziehungen zwischen Österreich und der DDR, Diplomarbeit Wien 2005.

¹⁸ Friedrich Bauer, Botschafter in zwei deutschen Staaten. Die DDR zwischen Anerkennung und Auflösung (1973–1990). Die aktive Neutralitätspolitik Österreichs, Wien 2006. Siehe hierzu auch mit einigen Aktenbelegen ders., Austria and the German Democratic Republic 1972–1990, in: Arnold Suppan/Wolfgang Mueller (Hg.), Peaceful Coexistence or Iron Curtain? Austria, Neutrality and Eastern Europe in the Cold War and Détente, 1955–1989, Wien 2009, 412–434; ders., Von

Österreich während der zweiten Berlin-Krise als Generalkonsul in der Frontstadt des Kalten Kriegs vertrat.¹⁹ Insbesondere Botschafter Bauer hat sich große Verdienste um die Aufarbeitung der Beziehungen Österreichs zur DDR erworben. Inzwischen ist auch eine schmale von ihm und dem deutschen Historiker Enrico Seewald verfasste Publikation zum Besuch Bruno Kreiskys in Ost-Berlin 1978 erschienen.²⁰ Als Fortsetzung dieser Arbeiten ist der von Jochen Staadt herausgegebene Sammelband *Schwierige Dreierbeziehung. Österreich und die beiden deutschen Staaten* zu verstehen.²¹ Seewald bietet hier einen facettenreichen Überblick über die Beziehungen zwischen Österreich und der DDR während der Amtszeit von Botschafter Bauer in Ost-Berlin.²² Der Autor dieser Studie hat die Berichte österreichischer Diplomaten über die Integration der DDR in den „Ostblock“ von der Gründung der DDR bis in die 1970er-Jahre analysiert²³ sowie gemeinsam mit dem Germanisten Michael Rohrwasser einen interdisziplinären Beitrag zur Auseinandersetzung von KPÖ und SED um Ernst Fischer (und dessen Positionen zum Werk Franz Kafkas) im Kontext der Krise der Parteibeziehungen in den 1960er-Jahren verfasst.²⁴ Angela Schmole

Ungarns Grenzöffnung zum Berliner Mauerfall, in: Europäische Rundschau 37 (2009) 2, 43–49; ders., Österreichische Erfahrungen mit der Bundesrepublik Deutschland und der DDR, in: Michael Gehler/Ingrid Böhler (Hg.), *Verschiedene europäische Wege im Vergleich. Österreich und die Bundesrepublik Deutschland 1945/49 bis zur Gegenwart*. Festschrift für Rolf Steininger zum 65. Geburtstag, Innsbruck/Wien/Bozen 2007, 585–587. Als relevante ostdeutsche Memoirenliteratur siehe Gerhard Beil, *Außenhandel und Politik. Ein Minister erinnert sich*, Berlin 2010; und Horst Grunert, *Für Honecker auf glattem Parkett. Erinnerungen eines DDR-Diplomaten*, Berlin 1995.

¹⁹ Hans J. Thalberg, *Von der Kunst, Österreicher zu sein. Erinnerungen und Tagebuchnotizen (Dokumente zu Alltag, Politik und Zeitgeschichte 6)*, Wien/Köln/Graz 1984.

²⁰ Friedrich Bauer/Enrico Seewald, *Bruno Kreisky in Ost-Berlin. Ein Besuch der besonderen Art*, Innsbruck/Wien/Bozen 2011.

²¹ Jochen Staadt (Hg.), *Schwierige Dreierbeziehung. Österreich und die beiden deutschen Staaten (Studien des Forschungsverbundes SED-Staat an der Freien Universität Berlin)*, Frankfurt am Main 2013.

²² Enrico Seewald, *Die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen der DDR und Österreich*, in: ebd., 81–135; vorhergehend dazu ders., *Im Windschatten der Ostpolitik. Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der DDR und Österreich*, in: *Zeitschrift des Forschungsverbundes SED-Staat* 23 (2008), 17–24.

²³ Maximilian Graf, *Die DDR im „Ostblock“ 1949–1972. Berichte österreichischer Diplomaten*, in: Jochen Staadt (Hg.), *Schwierige Dreierbeziehung. Österreich und die beiden deutschen Staaten (Studien des Forschungsverbundes SED-Staat an der Freien Universität Berlin)*, Frankfurt am Main 2013, 29–80.

²⁴ Maximilian Graf/Michael Rohrwasser, *Die schwierige Beziehung zweier „Bruderparteien“. SED, KPÖ, Ernst Fischer und Franz Kafka*, in: ebd., 137–178. Siehe jüngst auch Maximilian Graf, *The Rise and Fall of „Austro-Eurocommunism“. On the „Crisis“ within the KPÖ and the Significance of East German Influence in the 1960s*, in: *Journal of European Integration History* 20 (2014) 2, 203–218. Eine Monografie zu den Beziehungen KPÖ-SED ist in Arbeit. Für einen älteren Aufriss auf Basis von SED-Quellen siehe Josef Ehmer, *KPÖ und SED. Ein ambivalentes Verhältnis*, in: Wolfgang Neugebauer (Hg.), *Von der Utopie zum Terror. Stalinismus-Analysen (Österreichische Texte zur Gesellschaftskritik 59)*, Wien 1994, 171–181.

bietet einen ersten seriösen Aufriss zu den Aktivitäten des Ministeriums für Staatssicherheit in Österreich – der freilich kaum mit Sensationen aufwarten kann.²⁵ Als eben solche wurden die in Wahrheit ganz nüchtern-sachlichen Arbeiten von Thomas Riegler²⁶ medial aufbereitet.²⁷ Ausstehend ist jedenfalls eine seriöse Aufarbeitung der Spionagetätigkeit des österreichischen Sinologen Ernst Schwarz alias „Karl Weber“, der als Informeller Mitarbeiter (IM) des Ministeriums für Staatssicherheit jahrzehntelang – perfekt legendiert – über die österreichische Diplomatie und Politik berichtete. Er ging seit Ende der 1960er-Jahre im Wiener Außenministerium und in den österreichischen diplomatischen Vertretungen in Berlin ein und aus. Zudem verschaffte er sich Zugang zum Umfeld von Bundeskanzler Bruno Kreisky.²⁸ Der Einfluss seiner Berichte dürfte aber in den sensationsheischenden Veröffentlichungen der 1990er-Jahre überschätzt worden sein. Ein maßgeblicher Einfluss ist in Kenntnis der diplomatischen Akten nicht auszumachen.

Abgerundet wird der von Staadt herausgegebene Band durch einen Beitrag von Malte Fischer, der sich der Rolle der Firma „Novum“ in den Wirtschaftsbeziehungen zwischen Österreich und der DDR widmet. In seinem Aufsatz werden vor allem die seit den 1990er-Jahren erfolgten Gerichtsverfahren über die Eigentümerschaft der Firma fundiert dargestellt.²⁹ Zu den Wirtschaftsbeziehungen zwischen KPÖ und SED seit 1946 hat der Autor dieser Studie mittlerweile auf Basis umfangreicher Archivrecherchen einen Aufriss in Langzeitperspektive verfasst, dessen Ergebnisse sich von Fischers Darstellung unterscheiden.³⁰ Eine erste aktenbasierte Analyse der Wirtschaftsbeziehungen zwischen Österreich und der DDR ist vor allem durch Christoph Boyer erfolgt. Er stützt sich allerdings ausschließlich auf ostdeutsche Akten.³¹ Darüber hinaus sind einige Diplomarbeiten zu relevanten

²⁵ Angela Schmole, „Operationsgebiet“ Österreich, in: ebd., 179–225; sowie dies./Jochen Staadt, Die Stasi in Österreich, in: *Journal für Intelligence, Propaganda and Security Studies (JIPSS)* 7 (2013) 1, 92–107; zu diesem Komplex siehe zudem Phillip Depisch, *Die Aktivitäten des Ministeriums für Staatssicherheit der ehemaligen DDR in Österreich von 1970–1983*, Diplomarbeit Wien 2004.

²⁶ Thomas Riegler, Die „Wiener Residentur“ der Stasi – Mythos und Wirklichkeit, in: *JIPSS* 7 (2013) 2, 89–113.

²⁷ DDR-Spione in Österreich. Die Geschäfte des ostdeutschen Geheimdienstes mit Wiener Szenepromis im Kalten Krieg, *Profil*, 21. Mai 2012, 22–29.

²⁸ Erwin Kemper, *Verrat an Österreich*, Wien 1996, 77–94.

²⁹ Malte Fischer, Die Novum Handelsgesellschaft mbH im Wirtschaftsgeflecht DDR – Österreich, in: Staadt (Hg.), *Schwierige Dreierbeziehung*, 227–275; sowie auf derselben Argumentationslinie Andreas Förster, *Auf der Spur der Stasi-Millionen. Die Wien-Connection*, Berlin 1998.

³⁰ Maximilian Graf, *Parteifinanzierung oder Devisenerwirtschaftung? Zu den Wirtschaftsbeziehungen von KPÖ und SED, 1946–1989*, in: *Jahrbuch für historische Kommunismusforschung* (2014), 229–247.

³¹ Siehe Christoph Boyer, *Economic relations between Austria and the Soviet zone of occupation of Germany/German Democratic Republic, 1945–1973*, in: Gertrude Enderle-Burcel/Piotr Franaszek/Dieter Stiefel/Alice Teichova (Hg.), *Gaps in the Iron Curtain. Economic relations between neutral and socialist countries in Cold War Europe*, Kraków 2009, 191–205; sowie ders., *Die Wirtschaftsbe-*

Teilbereichen verfasst worden.³² Der Autor selbst konnte während der Entstehung dieser Studie Überblicke zu den Beziehungen zwischen Österreich und der DDR in Aufsatzform vorlegen.³³ Mit dem österreichisch-(ost)deutschen Verhältnis in den Jahren 1989/90 hat sich Michael Gehler in mehreren Aufsätzen befasst.³⁴ Der

ziehungen zwischen Österreich und der Sowjetischen Besatzungszone in Deutschland (SBZ) bzw. der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) (1945–1989/90), in: Gertrude Enderle-Burcel/Dieter Stiefel/Alice Teichova (Hg.), „Zarte Bande“. Österreich und die europäischen planwirtschaftlichen Länder – „Delicate Relationships“. Austria and Europe's Planned Economies (Mitteilungen des Österreichischen Staatsarchivs, Sonderband 9), Wien 2006, 165–183. Zum Engagement der „KPÖ-Firmen“, ohne jedoch auf neuen Quellenforschungen aufzubauen und somit kaum über die journalistischen Erkenntnisse der 1980er-Jahre hinausgehend siehe Maren Seliger, KPÖ-Firmen und Osthandel 1945–1989. Rahmenbedingungen und einige Aspekte der Außenhandelspraxis, in: ebd., 107–129; und Roman Stolzlechner, Österreichs Wirtschaftsbeziehungen mit der DDR und die Bedeutung der KPÖ-Firmen, in: ebd., 153–163; Gertrude Enderle-Burcel, Austrian business interests in socialist neighbouring countries: cloaked companies – CPA-related firms' Eastern trade, in: dies./Franaszek/Stiefel/Teichova (Hg.), Gaps in the Iron Curtain, 125–141. Zu den Wirtschaftsbeziehungen Österreich-DDR bis in die 1970er-Jahre auf Basis der zeitgenössisch veröffentlichten Materialien siehe die hervorragende wirtschaftswissenschaftliche Arbeit Walter Müller, Der Außenhandel Österreichs mit der Deutschen Demokratischen Republik von 1950 bis 1977. Aus österreichischer Sicht, Diplomarbeit Wien 1978. Zum österreichischen „Osthandel“ siehe als besten Überblick mit zahlreichen weiterführenden Literaturverweisen Andreas Resch, Der österreichische Osthandel im Spannungsfeld der Blöcke, in: Manfred Rauchensteiner (Hg.), Zwischen den Blöcken. NATO, Warschauer Pakt und Österreich, Wien/Köln/Weimar 2010, 497–556.

³² Beispielsweise: Vera Kendl, Die innenpolitische Entwicklung in der DDR in den Jahren 1952/53 und ihre Zeitungsberichterstattung in Österreich und Deutschland, Diplomarbeit Wien 1997; Klaus Kienesberger, Der Österreich-Diskurs in der DDR von 1970 bis 1980. Eine kommunikationsgeschichtliche Annäherung anhand des Diskursbeitrages Sepp Plieseis, Diplomarbeit Wien 2007. Siehe auch: ders., Österreich im Bild – Die Konstruktion Österreichs im Fernsehen der DDR, in: Barbara Eichinger/Frank Stern (Hg.), Film im Sozialismus – die DEFA (Buchreihe der ÖH Uni Wien 4), Wien 2009, 319–339; Katja Majewski, DDR-Bürger/innen in Österreich, eine Biographiegeschichtliche Studie, Diplomarbeit Wien 2004; Manuela Tesak, Das Ende der DDR und seine Rezeption in den österreichische Sozial- und Geisteswissenschaften, Wien 2002.

³³ Maximilian Graf, Austria and the German Democratic Republic 1949–1972. Diplomatic and Political Contacts in the period of Non-recognition, in: Arnold Suppan/Maximilian Graf (Hg.), From the Austrian Empire to Communist East Central Europe, Vienna, 2010, 151–177; ders., Ein verdrängtes bilaterales Verhältnis: Österreich und die DDR 1949–1989/90, in: *Zeitgeschichte* 39 (2012) 2, 75–97. Zuletzt auch zum Umgang Österreichs mit der Deutschen Frage: ders., Österreich und die Deutsche Frage 1945–1990. Realpolitik wider Willen?, in: Roman Kodet/Lukaš Novotný (Hg.), The Chapters to the History of „Realpolitik“/Die Kapitel aus der Geschichte der Realpolitik, Pilsen 2013, 115–142. Weitere Aufsätze mit Überblickscharakter sowie Spezialstudien stehen vor ihrem Erscheinen.

³⁴ Michael Gehler, Österreich, die DDR und die Einheit Deutschlands 1989/1990, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 57 (2009) 5, 427–452 und ders., Eine Außenpolitik der Anpassung an veränderte Verhältnisse: Österreich und die Vereinigung Bundesrepublik Deutschland-DDR 1989/90, in: ders./Ingrid Böhler (Hg.), Verschiedene europäische Wege im Vergleich. Österreich und die Bundesrepublik Deutschland 1945/49 bis zur Gegenwart. Festschrift für Rolf Steininger zum 65. Geburtstag, Innsbruck/Wien/Bozen 2007, 493–530. Mit weiterem Fokus Michael Geh-

Autor dieser Studie hat inzwischen neue Erkenntnisse auf Basis ostdeutscher Akten publiziert und sich um eine Einbettung der Rolle Österreichs bei der Erosion des SED-Regimes im Kontext der Langzeitentwicklungen bemüht.³⁵ Eine Quellenedition zum Komplex „Österreich und die Deutsche Frage 1987–1990“ wird derzeit erarbeitet.³⁶ Unabhängig von der vorliegenden Arbeit erschien nach deren Abschluss eine Studie von Rolf Pfeiffer zu den Beziehungen zwischen Österreich und der DDR in der Nichtanerkennungszeit bis 1972. Diese stützt sich in großen Teilen auf dieselbe Überlieferung wie das vorliegende Buch. Pfeiffer referiert die Akten zu diplomatischen und wirtschaftlichen Kontakten ausführlicher als dies in dieser Studie der Fall ist. Zudem bietet er auch eine etwas breitere Darstellung der Kultur- und Gewerkschaftsbeziehungen. Verweise auf Pfeiffers Publikation konnten nur noch in einigen Fällen, wo die Darstellung über die hier vorliegende Arbeit hinausweist, angebracht werden.³⁷

Die bisherigen Überblicksdarstellungen zur DDR-Außenpolitik konnten Österreich relativ wenig Beachtung schenken.³⁸ Diesen Darstellungen ist gemein,

ler, Austria, the Revolutions in Middle and Eastern Europe and German Unification 1989/90, in: Wolfgang Mueller/Michael Gehler/Arnold Suppan (Hg.), *The Revolutions of 1989. A Handbook*, Wien 2015, 437–466. Für weitere Beiträge dazu siehe Andrea Brait, „Österreich hat weder gegen die deutsche Wiedervereinigung agitiert, noch haben wir sie besonders begrüßt“. Österreichische Reaktionen auf die Bemühungen um die deutsche Einheit, in: *Deutschland Archiv* 2014, Bonn, 82–102; Ute Weinmann, Réactions et réorientations politiques en Autriche face à l’ouverture du Rideau de fer et à la chute du Mur de Berline, in: Michèle Weinachter (Hg.), *L’est et l’ouest face à la chute du mur. Question de perspective*, Cergy-Pontoise 2013, 111–112.

³⁵ Maximilian Graf, Österreich und das „Verschwinden“ der DDR. Ostdeutsche Perzeptionen im Kontext der Langzeitentwicklungen, in: Andrea Brait/Michael Gehler (Hg.), *Grenzöffnung 1989: Innen- und Außenperspektiven und die Folgen für Österreich* (Schriftenreihe des Forschungsinstitutes für Politisch-Historische Studien der Dr.-Wilfried-Haslauer-Bibliothek 49), Wien/Köln/Weimar 2014, 221–242. Für eine Neubesprechung der Bedeutung der Grenzöffnung für die Erosion des SED-Regimes siehe Michael Gehler, Bonn – Budapest – Wien. Das deutsch-österreichisch-ungarische Zusammenspiel als Katalysator für die Erosion des SED-Regimes 1989/90, in: ebd., 135–162.

³⁶ Im Rahmen des vom Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung geförderten Projekts „Edition of Documents: Austria and the German Question 1987–90“ (Projektnummer: P 26439-G15) wird unter der Leitung von Michael Gehler eine Aktenedition zur Haltung Österreichs zur deutschen Frage und Einheit im Zeitraum 1987 bis 1990 erarbeitet. Einzelne Dokumente konnten auch bereits für das vorliegende Buch verwendet werden.

³⁷ Rolf Pfeiffer, *Die DDR und Österreich 1949 – 1972. Beziehungen in den Jahren offizieller Beziehungslosigkeit*, Aachen 2015.

³⁸ Als umfassendsten Überblick siehe Hermann Wentker, *Außenpolitik in engen Grenzen. Die DDR im internationalen System 1949–1989*, München 2007; für einen weiteren Überblick siehe Joachim Scholtzsek, *Die Außenpolitik der DDR*, München 2003; zur Zeit der Nichtanerkennung siehe auch Ingrid Muth, *Die DDR-Außenpolitik 1949–1972. Inhalte, Strukturen, Mechanismen*, 2. Auflage, Berlin 2001; für die Frühphase ergänzend Michael Lemke, *Prinzipien und Grundlagen der Außenbeziehungen der DDR in der Konstituierungsphase des DDR-Außenministeriums 1949–1951*, in: ders. (Hg.), *Sowjetisierung und Eigenständigkeit in der SBZ/DDR (1945–1953)*,

dass sie den beiden am besten erforschten Bereichen, nämlich den Beziehungen der DDR zur Sowjetunion und zur BRD, die auch die höchste Priorität in der DDR-Außenpolitik besaßen, breiten Raum geben. Einen weiteren Forschungsschwerpunkt stellten die Beziehungen der DDR zu den sozialistischen „Bruderstaaten“ dar.³⁹ Die Beziehungen der DDR zum Westen wurden in den letzten 15 Jahren ebenfalls verstärkt erforscht. Ein gewisser Schwerpunkt lag hier auf Frankreich, Italien und Großbritannien.⁴⁰ Aber auch die neutralen Staaten Euro-

Köln/Weimar/Wien 1999, 233–274; Für den Zeitraum nach der Anerkennung und der Schlussakte von Helsinki siehe Benno-Eide Siebs, *Die Außenpolitik der DDR 1976–1989. Strategien und Grenzen*, Paderborn/München/Wien/Zürich 1999.

³⁹ Zu den Beziehungen DDR-Tschechoslowakei siehe zuletzt Volker Zimmermann, *Eine sozialistische Freundschaft im Wandel. Die Beziehungen zwischen der SBZ/DDR und der Tschechoslowakei (1945–1969)*, Essen 2010; zum Verhältnis DDR-Tschechoslowakei mit Fokus auf die 1960er-Jahre siehe auch Wolfgang Schwarz, *Brüderlich entzweit. Die Beziehungen zwischen der DDR und der ČSSR 1961–1968*, München 2004; mit Fokus auf 1968 Lutz Prieß/Václav Kural/Manfred Wilke, *Die SED und der „Prager Frühling“ 1968. Politik gegen einen „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“*, Berlin 1996; zum Verhältnisdreieck DDR-Polen-Tschechoslowakei siehe Beate Ihme-Tuchel, *Das „nördliche Dreieck“*. Die Beziehungen zwischen der DDR, der Tschechoslowakei und Polen in den Jahren 1945 bis 1962, Köln 1994; zu den Beziehungen Polen-DDR siehe Basil Kerski/Andrzej Kotula/Kazimierz Wóycicki, *Zwangsverordnete Freundschaft? Die Beziehungen zwischen der DDR und Polen 1949–1990*, Osnabrück 2003; Sheldon R. Anderson, *A cold war in the Soviet bloc. Polish-East German relations 1945–1962*, Boulder 2001; Michael Kubina/Manfred Wilke, *„Hart und kompromisslos durchgreifen“*. Die SED contra Polen 1980/81. Geheimakten der SED-Führung über die Unterdrückung der polnischen Demokratiebewegung, Berlin 1995; Burkhard Olschowsky, *Einvernehmen und Konflikt. Das Verhältnis der DDR und der Volksrepublik Polen 1980–1989*, Osnabrück 2005; zur Politik der beiden deutschen Staaten gegenüber Jugoslawien siehe Friederike Baer, *Zwischen Anlehnung und Abgrenzung. Die Jugoslawienpolitik der DDR 1946–1968*, Köln 2009; Marc-Christian Theurer, *Bonn – Belgrad – Ost-Berlin. Die Beziehungen der beiden deutschen Staaten zu Jugoslawien im Vergleich 1957–1968*, Berlin 2008; Dagegen stellen die Beziehungen der DDR zu Ungarn, Rumänien und Bulgarien nach wie vor ein Desiderat der Forschung dar. Zu den Kulturbeziehungen zwischen Rumänien und den beiden deutschen Staaten siehe Peter Ulrich Weiß, *Kulturarbeit als diplomatischer Zankapfel. Die kulturellen Auslandsbeziehungen im Dreiecksverhältnis der beiden deutschen Staaten und Rumäniens von 1950 bis 1972 (Südosteuropäische Arbeiten 139)*, München 2010.

⁴⁰ Als Überblick zu einzelnen Forschungen siehe Ulrich Pfeil (Hg.), *Die DDR und der Westen. Transnationale Beziehungen 1949–1989*, Berlin 2001 (Darin Beiträge zu den USA, Großbritannien, Frankreich, Italien, dem Heiligen Stuhl, Dänemark, den Niederlanden, Belgien und der Schweiz); zu Frankreich siehe Ulrich Pfeil, *Die „anderen“ deutsch-französischen Beziehungen. Die DDR und Frankreich 1949–1990*, Köln/Weimar/Wien 2004 und zuletzt Wenkel, *Auf der Suche nach einem „anderen Deutschland“*; zu Italien siehe Charis Pöthig, *Italien und die DDR. Die politischen, ökonomischen und kulturellen Beziehungen von 1949 bis 1980*, Frankfurt am Main/et al. 2000; Johannes Lill, *Völkerfreundschaft im Kalten Krieg. Die politischen, kulturellen und ökonomischen Beziehungen der DDR zu Italien 1949–1973*, Frankfurt am Main 2001; zu Großbritannien siehe u. a. Henning Hoff, *Großbritannien und die DDR 1955–1973. Diplomatie auf Umwegen*, München 2003; Bert Becker, *Die DDR und Großbritannien. 1945/49 bis 1973. Politische, wirtschaftliche und kulturelle Kontakte im Zeichen der Nichtanerkennungspolitik*,

pas haben zumindest für den Zeitraum der Nichtanerkennung ein veritables Interesse erfahren.⁴¹ Zu Österreich lagen bisher keine quellengestützten Forschungen zu diesem Zeitabschnitt vor. Die vorliegende Arbeit versteht sich daher auch ausdrücklich als Beitrag zur Erforschung der Außenpolitik der DDR. Gerade unter den neutralen Staaten kam Österreich eine Sonderrolle zu, die aber erst nach der Anerkennung 1972 entwickelt werden konnte. Während die Haltung der Neutralen zur Anerkennung bereits hinlänglich erforscht ist und entsprechend eingeordnet wurde, wird eine künftige Geschichte der DDR-Außenpolitik ab den 1970er-Jahren wohl stärker auf die Rolle der neutralen Staaten in dieser eingehen müssen. Am Beispiel Österreichs wird jedenfalls gezeigt, wie sehr dieses – von Ost-Berlin angestrebt und auch von Wien im Rahmen seiner Ostpolitik betrieben – als „Eisbrecher“ in Erscheinung trat. Als Schlaglichter seien beispielsweise der Konsularvertrag 1975 (in dem die DDR-Staatsbürgerschaft ausdrücklich anerkannt wurde), der Besuch Bundeskanzler Bruno Kreiskys in der DDR 1978 (die erste offizielle Visite eines westlichen Regierungschefs) und der Besuch Erich Honeckers in Österreich 1980 (sein erster offizieller Besuch im Westen) genannt. Daraus und parallel dazu entwickelten sich intensive Wirtschafts- und Kreditbeziehungen, deren Erforschung grundsätzlich ein Desiderat darstellt. Ohne eine angemessene Berücksichtigung dieser Beziehungen sind die Westbeziehungen der DDR aber nicht hinlänglich darzustellen und künftige Synthesen zur Außenpolitik der DDR müssten den Wirtschafts- und Finanzbeziehungen erheblich mehr Aufmerksamkeit widmen, als dies bisher der Fall war. Darüber hinaus liegt in der Analyse der Beziehungen eines Staates zur DDR unter Berücksichtigung des Faktors BRD auch ein Schlüssel für das Verständnis der Haltung des jewei-

Bochum 1991; sowie jüngst Stefan Berger/Norman LaPorte, *Friendly Enemies. Britain and the GDR, 1949–1990*, Oxford 2010. Zum weitaus weniger intensiv beforschten Verhältnis DDR-USA siehe den Sammelband Uta A. Balbier/Christiane Rösch (Hg.), *Umworbener Klassenfeind. Das Verhältnis der DDR zu den USA*, Berlin 2006.

⁴¹ Zu Finnland siehe Seppo Hentilä, *Neutral zwischen den beiden deutschen Staaten. Finnland und Deutschland im Kalten Krieg*, Berlin 2006; Dörte Putensen, *Im Konfliktfeld zwischen Ost und West. Finnland, der Kalte Krieg und die deutsche Frage (1947–1973)*, Berlin 2000; Olivia Griese, *Auswärtige Kulturpolitik und Kalter Krieg. Die Konkurrenz von Bundesrepublik und DDR in Finnland 1949–1973*, Wiesbaden 2006; zu Schweden siehe Alexander Muschik, *Die beiden deutschen Staaten und das neutrale Schweden. Eine Dreiecksbeziehung im Schatten der offenen Deutschlandfrage 1949–1972*, Münster 2005; Nils Abraham, *Die politische Auslandsarbeit der DDR in Schweden. Zur Public Diplomacy gegenüber Schweden nach der diplomatischen Anerkennung (1972–1989)* (Nordische Geschichte 16), Berlin 2007; zu den nordischen Staaten und den beiden deutschen Staaten zudem Jan Hecker-Stampehl (Hg.) *Nordeuropa und die beiden deutschen Staaten 1949–1989. Aspekte einer Beziehungsgeschichte im Zeichen des Kalten Kriegs*, Leipzig 2007; zur Schweiz siehe Therese Steffen Gerber, *Das Kreuz mit Hammer, Zirkel, Ährenkranz. Die Beziehungen zwischen der Schweiz und der DDR in den Jahren 1949–1972*, Berlin 2002; für die Zeit danach ohne wissenschaftlichen Anspruch Erwin Bischof, *Honeckers Handschlag – Beziehungen Schweiz-DDR 1960–1990. Demokratie oder Diktatur*, Bern 2010.

ligen Landes zur deutschen Einheit. Dies wird am Beispiel Österreichs überaus deutlich, wie am Ende der Studie zu zeigen sein wird.

3. ARCHIVLAGE

Der geringe Grad der bisherigen Erforschung der Beziehungen zwischen Österreich und der DDR erscheint umso erstaunlicher, wenn man einen genaueren Blick auf die Archivlage wirft. Zwar stand beim Zugang zu den Akten der relevanten Außenministerien (Österreichs, der DDR und der BRD) zunächst die 30-jährige Sperrfrist der vollständigen Aufarbeitung im Wege,⁴² jedoch konnte dies durch die im Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde ohne Sperrfrist zugänglichen Akten der SED/DDR weitgehend wettgemacht werden. Hier befinden sich sowohl die Akten der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der ehemaligen DDR sowie die Akten des Ministerrates und zahlreicher Ministerien der DDR. Eine weitere relevante Quelle stellen die Akten des Archivs des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR dar, die zu nahezu allen Themenbereichen relevante Informationen enthalten.

In Österreich ist die Quellenlage inadäquat, auch wenn sie sich in den vergangenen Jahren deutlich gebessert hat. Die Akten des früheren Bundesministeriums für Auswärtige Angelegenheiten wurden bislang nur bis inklusive 1980 an das Österreichische Staatsarchiv übergeben. Zudem wurden und werden diese Akten im Ministerium vorselektiert, wodurch dem Forscher relevante Unterlagen vorenthalten bleiben können. Die Akten der wirtschaftspolitischen Abteilung des Bundesministeriums für Auswärtige Angelegenheiten sind gar nur bis zum Jahr 1965 an das Österreichische Staatsarchiv abgetreten worden. Auf Antrag des Autors wurde jedoch seitens des damals unter dem Namen Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten firmierenden Außenamts Einsicht in die Akten der österreichischen Botschaft in Ost-Berlin für den Zeitraum 1973 bis 1990 gewährt. Die Protokolle des österreichischen Ministerrats, des maßgeblichen politischen Entscheidungsgremiums der Republik Österreich, sind ebenfalls nur bis 1977 einsehbar. Die Akten des Bruno-Kreisky-Archivs ermöglichen einen Einblick in die Zeit bis 1983. Insbesondere anlässlich der Staatsbesuche wurden umfangreiche Vorbereitungsmaterialien angelegt. Eine weitere für eine Analyse der Wirtschaftsbeziehungen und auch für die gesamte Politik

⁴² Im Gegensatz zu den Aktenbeständen der SED und zahlreicher Ministerien der DDR wurden die Akten des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der DDR bei ihrer Eingliederung in das Politische Archiv des Auswärtigen Amtes der BRD einer 30-jährigen Sperrfrist unterworfen. Diese wird, wie auch für die Akten des Auswärtigen Amtes der BRD, eingehalten. Schutzfristverkürzungen werden meist großzügig vorgenommen.

der Ära Kreisky unverzichtbare Quelle stellen die Tagbücher des Handelsministers Josef Staribacher (1970–1983) dar,⁴³ zumal für diesen Zeitraum in Österreich kaum relevantes staatliches Aktenmaterial zu den Wirtschaftsbeziehungen zur Verfügung steht.⁴⁴

Da die Haltung der BRD im Rahmen einer solchen Studie nicht unberücksichtigt bleiben kann, wurden neben den Akten des Auswärtigen Amtes auch jene des Bundeskanzleramtes, die im Bundesarchiv Koblenz lagern, mit einbezogen. Ergänzende Recherchen erfolgten im Landesarchiv Berlin, dem im Archiv des Vereins für Geschichte der Arbeiterbewegung befindlichen Neuen Parteiarchiv der SPÖ sowie im Archiv des Karl von Vogelsang-Instituts. Im Zentralen Parteiarchiv der KPÖ in der Alfred Klahr Gesellschaft konnte die Auslandskorrespondenz bis 1954 eingesehen werden. Das Archiv des Parteivorstands „Die Linke“ stellte ebenfalls ergänzendes Aktenmaterial zur Verfügung. Selektiv wurden zudem für die Außenwahrnehmung erhellende Quellen aus amerikanischen und ungarischen Archiven herangezogen.

⁴³ Als Plädoyer für die noch viel zu wenig berücksichtigte Quelle zu verstehen: Maria Mesner, Endbericht zum Jubiläumsfondsprojekt „Österreichische Wirtschaftspolitik 1970–2000“ online unter: <http://www.kreisky.org/pdfs/endbericht-projnr11679.pdf> (zuletzt abgerufen am 31. Dezember 2015). Maria Steiner, 20.000 Seiten Österreich, in: Die Presse, 26. April 2014, Spectrum III.

⁴⁴ Zur Aktenlage siehe Dieter Lautner, Quellen zum Osthandel Österreichs am Beispiel ausgewählter Aktenbestände des Archivs der Republik, in: Gertrude Enderle-Burcel/Dieter Stiefel/Alice Teichova (Hg.), „Zarte Bande“. Österreich und die europäischen planwirtschaftlichen Länder – „Delicate Relationships“. Austria and Europe's Planned Economies (Mitteilungen des Österreichischen Staatsarchivs, Sonderband 9), Wien 2006, 283–290.

I. ÖSTERREICH UND DEUTSCHLAND NACH DEM ZWEITEN WELTKRIEG 1945–1949

Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs war Österreich aus Sicht der Alliierten zum einen ehemaliger Bestandteil Hitler-Deutschlands, zum anderen aber auch ein befreites Land, dessen Wiedererrichtung seit der Moskauer Deklaration vom 30. Oktober 1943 ein Kriegsziel darstellte.¹ Obwohl Österreich wie Deutschland der Viermächtebesatzung unterlag, kam es – im Gegensatz zu Deutschland – in den Jahren 1945/46 in den Genuss einer provisorischen Regierung, freier Wahlen und eines Kontrollabkommens, das die Vetorechte der Alliierten reduzierte. Auch wenn die sowjetische Österreich- und Deutschlandpolitik in den ersten Nachkriegsjahren durchaus Ähnlichkeiten aufwies, galt die Aufmerksamkeit des Kremls stets eindeutig Deutschland.²

In den bisher bekannten sowjetischen Planungen für Nachkriegseuropa waren Österreich und Deutschland nie explizit als Teil der sowjetischen Einflussphäre aufgeschienen. Ursprünglich sollte wie im Falle Deutschlands eine Initiativ-

¹ Zur Moskauer Deklaration siehe zuletzt Stefan Karner/Aleksandr O. Tschubarjan (Hg.), *Die Moskauer Deklaration 1943. „Österreich wieder herstellen“*, Wien/Köln/Weimar 2015.

² Siehe hierzu und zum Folgenden als synthetisierender Überblick auf Grundlage der verfügbaren Quellen Wolfgang Mueller, *Sowjetische Deutschland- und Österreichpolitik 1941 bis 1955 im Vergleich: Die Frage der staatlichen Einheit und des Friedensvertrages*, in: Michael Gehler/Ingrid Böhrer (Hg.), *Verschiedene europäische Wege im Vergleich. Österreich und die Bundesrepublik Deutschland 1945/49 bis zur Gegenwart*. Festschrift für Rolf Steininger zum 65. Geburtstag, Innsbruck/Wien/Bozen 2007, 123–154; ohne Berücksichtigung dessen und für die sowjetischen Planungen sowie die Politik des Kremls in den Jahren 1945/46 verkürzt und daher nicht überzeugend Gerhard Wettig, *Einleitung und Kommentar*, in: ders. (Hg.), *Der Tjul’panov-Bericht. Sowjetische Besatzungspolitik in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg*, Göttingen 2012, 13–138, hier 131–135. Zur Besatzungszeit in Österreich allgemein und zur Politik der westlichen Alliierten siehe u. a. Günter Bischof, *Austria in the First Cold War, 1945–1955. The Leverage of the Weak*, Basingstoke 1999; Manfred Rauchensteiner, *Der Sonderfall. Die Besatzungszeit in Österreich 1945 bis 1955*, Graz/Wien/Köln 1979; Günter Bischof/Josef Leidenfrost (Hg.), *Die bevormundete Nation: Österreich und die Alliierten, 1945–1949* (Innsbrucker Forschungen zur Zeitgeschichte 4), Innsbruck 1988; Alfred Ableitinger/Siegfried Beer/Eduard G. Staudinger (Hg.), *Österreich unter alliierter Besatzung 1945–1955*, Wien/Köln/Graz 1998; Klaus Eisterer, *Französische Besatzungspolitik. Tirol und Vorarlberg 1945/46*, Innsbruck 1992; Thomas Angerer, *Frankreich und die Österreichfrage. Historische Grundlagen und Leitlinien 1945–1955*, 2 Bde., Dissertation Wien 1996; Siegfried Beer (Hg.), *Die „britische Steiermark“*, Graz 1995; Manfred Rauchensteiner, *Stalinplatz 4. Österreich unter alliierter Besatzung*, Wien 2005; Ernst Bruckmüller (Hg.), *Wiederaufbau in Österreich 1945–1955. Rekonstruktion oder Neubeginn?*, Wien 2006.

gruppe, bestehend aus Mitgliedern des Moskauer Exils der KPÖ, nach Österreich entsandt werden, um den Aufbau kommunistischer Machtpositionen einzuleiten. Wie in den nach 1945 sowjetisierten osteuropäischen Staaten war auch für Österreich ein nichtkommunistischer Regierungschef vorgesehen gewesen. Daher nahm Stalin das diesbezügliche Angebot des sozialdemokratischen „Politikveteranen“ Karl Renner an. Bei der Bildung der Provisorischen Regierung wirkte die Besatzungsmacht jedoch auf die paritätische Beteiligung „aller demokratischen Kräfte“ hin. Daraus resultierte die Beteiligung der KPÖ, die durchaus Schlüsselpositionen in der Regierung erhielt. Dieses Vorgehen entsprach den sowjetischen Vorstellungen einer Volksfront.³

Die Regierungsbildung führte, da sie ausschließlich unter sowjetischer Anleitung erfolgte, zu einer Krise unter den vier Besatzungsmächten. Die Regierung wurde vorerst von der Sowjetunion nicht offiziell und von den Westmächten überhaupt nicht anerkannt und konnte nur in der sowjetischen Besatzungszone tätig werden. Trotz der Beteiligung der KPÖ trat die Regierung Renner rasch ziemlich eigenständig auf. Sie erhob kontinuierlich einen gesamtstaatlichen Vertretungsanspruch und die Sowjets gewährten ihr einen erheblichen Gestaltungsspielraum. Schlussendlich wurde mit sowjetischer Unterstützung nach der Zusicherung freier Wahlen im Spätherbst 1945 eine Anerkennung durch die drei westlichen Alliierten mit 19. Oktober 1945 erreicht.⁴

Die Nationalratswahlen am 25. November 1945 endeten mit einer verheerenden Niederlage der KPÖ, die nur 5,4 Prozent der Stimmen erhielt. Den Sieg trug die konservativ-christlichsoziale Österreichische Volkspartei (ÖVP) mit 49,8 Prozent vor der Sozialistischen Partei Österreichs (SPÖ) mit 44,6 Prozent davon. Der niederösterreichische Bauer und Agrarfunktionär Leopold Figl (ÖVP) wurde Bundeskanzler der ersten frei gewählten Nachkriegsregierung.⁵ Mit den Wahlen und der anschließenden Bildung einer für ganz Österreich verantwortlichen Allparteienregierung vergrößerte sich der Vorsprung an Souveränität im Vergleich zu Deutschland und die Gefahr einer Teilung des Landes sowie ei-

³ Wolfgang Mueller, Stalin, Renner und die Wiedergeburt Österreichs nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 53 (2006) 1, 125–154; zu den Zielen der sowjetischen Besatzungspolitik 1945–1955 siehe: Mueller, Besatzung; sowie als breiteren Überblick: Karner/Stelzl-Marx (Hg.), Rote Armee; und die konzise Edition Mueller/Suppan/Naimark/Bordjugov (Hg.), Sowjetische Politik; zur Person Karl Renner siehe: Walter Rauscher, Karl Renner. Ein österreichischer Mythos, Wien 1995.

⁴ Zur Politik der Provisorischen Regierung siehe Gertrude Enderle-Burcel/Rudolf Jeřábek/Leopold Kammerhofer (Bearbeiter), Protokolle des Kabinettsrates der Provisorischen Regierung Karl Renner 1945, 3. Bde., Bd. 1: Horn 1995, Bd. 2: Wien 1999, Bd. 3: Wien 2003; zur Partizipation der KPÖ in der Provisorischen Regierung siehe Manfred Mugrauer, Die Politik der KPÖ in der Provisorischen Regierung Renner, Innsbruck/Wien/Bozen 2006.

⁵ Hierzu zuletzt Helmut Wohnout, Leopold Figl und das Jahr 1945. Von der Todeszelle auf den Ballhausplatz, St. Pölten/Salzburg/Wien 2015.

ner allzu starken Auseinanderentwicklung der östlichen und der drei westlichen Besatzungszonen reduzierte sich erheblich. Es erfolgte keine Sowjetisierung Ostösterreichs und die sowjetische Politik, die ursprünglich eine Steuerung der Zentralregierung durch die kommunistischen Vertreter in dieser angestrebt hatte, ging zu einer direkten Überwachung durch den Kontrollapparat über. Die angestrebte Einflussnahme durch die KPÖ war nach deren verheerendem Abschneiden bei der Wahl nur noch äußerst beschränkt möglich. 1947 trat die KPÖ schließlich aus der Regierung aus.⁶

Während es in Österreich relativ rasch zur Bildung gesamtstaatlicher Parteien gekommen war, scheiterten derartige Versuche in Deutschland gänzlich. Stattdessen wurden die Parteien der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) und der späteren DDR zu Teilen der von der (aus der Zwangsvereinigung von Kommunisten und Sozialdemokraten hervorgegangenen) SED dominierten Einheitsliste der Nationalen Front. Die Auseinanderentwicklung der Parteienlandschaft verhinderte auch das Entstehen einer wichtigen gesamtstaatlichen Klammer und trug somit zur Spaltung des Landes bei.⁷ 1946 sollten sich die Unterschiede der Entwicklung in Österreich und Deutschland weiter vertiefen.

Seit Inkrafttreten des Zweiten Alliierten Kontrollabkommens vom 28. Juni 1946 bedurfte es in Österreich des einstimmigen Einspruchs der Alliierten gegen vom österreichischen Parlament beschlossene einfache Gesetze, um deren Inkrafttreten zu verhindern. Die unterschiedlichen Ziele der Alliierten sollten ihren Teil dazu beitragen, dass ein einstimmiges Veto nahezu unmöglich wurde. Lediglich Gesetze im Verfassungsrang waren von der einhelligen Zustimmung des Alliierten Rates abhängig. Auf außenpolitischem Gebiet erhöhte das Zweite Kontrollabkommen die Manövrierfähigkeit Österreichs. Es gestattete der österreichischen Regierung die Aufnahme diplomatischer und konsularischer Beziehungen zu Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen. Dies war von Bedeutung, da die beiden deutschen Staaten nach ihrer Gründung diesen vorerst nicht angehörten und Österreich bis zum Abschluss des Staatsvertrags 1955 an die – zunächst als Provisorium gedachten – Regelungen des Zweiten Alliierten Kontrollabkommens gebunden war. Die Aufnahme von Beziehungen zu ehemaligen Feindstaaten, worunter „Deutschland“ fiel, hätte der Genehmigung durch den Alliierten Rat bedurft.⁸ Welche Anziehungskraft dieses Abkommen für westdeutsche Politi-

⁶ Mueller, Sowjetische Deutschland- und Österreichpolitik, 123–154.

⁷ Ebd., 129–130.

⁸ Die sowjetische Zustimmung zu dieser Regelung dürfte einerseits darin begründet gewesen sein, dass dadurch bilaterale Vereinbarungen ohne Genehmigung des Alliierten Rates geschlossen werden konnten und die Frage des „Deutschen Eigentums“ nunmehr ohne die Gefahr der Einmischung einer anderen Macht gehandhabt werden konnte. Andererseits ging es der Sowjetunion über den österreichischen Kontext hinausweisend darum, die Aufnahme der Staatsvertragsverhandlungen zu verhindern und die völkerrechtliche Grundlage für ihre Truppenstationierungen nicht nur in Österreich sondern auch in Ungarn und Rumänien nicht zu verlieren. Diese waren

ker haben musste, zeigte sich unter anderem darin, dass der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) Kurt Schumacher Anfang 1948 gegenüber dem österreichischen Diplomaten Walter Wodak in London äußerte, „daß Deutschland einen Zustand anstreben müsse, wie er in Österreich durch das Kontrollabkommen [...] erreicht“ sei.⁹

Trotz alliierter Kontrolle und Besetzung gelang es Österreich sehr früh – und hierin liegt ein weiterer markanter Unterschied zum geteilten Deutschland –, mit der Wiedererrichtung seines auswärtigen Dienstes und einer eigenständigen Außenpolitik zu beginnen. Bereits am 16. April 1945, also mehr als eine Woche, bevor die Regierung Renner ihre Amtsgeschäfte aufnahm, hatte eine konstituierende Versammlung der in Wien befindlichen österreichischen Diplomaten stattgefunden. Auch wenn es sich dabei nur um einen formalen Akt handelte, kann darin die Geburtsstunde des auswärtigen Dienstes der Zweiten Republik gesehen werden. Am 30. April bestellte Staatskanzler Renner Heinrich Wildner zum Generalsekretär des „Außenamtes“ am Wiener Ballhausplatz. Freilich blieb das Außenressort bis 1959 eine Sektion der Staatskanzlei beziehungsweise – nach den Novemberwahlen 1945 – des Bundeskanzleramts. Karl Gruber war als Unterstaatssekretär für Äußeres im September 1945 in die Regierung gekommen; im Kabinett Figl I wurde er Außenminister. Ziele der österreichischen Außenpolitik waren die Wiedererlangung der vollen Souveränität, die Wahrung des territorialen Besitzstandes, die Wiederbelebung der Nachbarschaftsbeziehungen und des Außenhandels und somit gesamt gesehen die „Reintegration Österreichs in die internationale Staatengemeinschaft als voll anerkanntes und gleichberechtigtes Mitglied“.¹⁰

eine Grundvoraussetzung für die Sowjetisierung der besetzten Länder. Darüber hinaus scheint den Sowjets zum Zeitpunkt ihrer Zustimmung der Unterschied zwischen einfachen Gesetzen und solchen im Verfassungsrang nicht vollends bewusst gewesen zu sein. Zum Zweiten Alliierten Kontrollabkommen siehe Stourzh, *Um Einheit und Freiheit*, 48–51; zu den sowjetischen Absichten auf Basis neuer sowjetischer Quellen Wolfgang Mueller, *Anstelle eines Staatsvertrags: Die UdSSR und das Zweite Kontrollabkommen 1946*, in: Manfred Rauchensteiner/Robert Kriechbaumer (Hg.), *Die Gunst des Augenblicks. Neuere Forschungen zu Staatsvertrag und Neutralität*, Wien/Köln/Weimar 2005, 291–320.

⁹ Amtsvermerk, Gegenstand: Verhältnisse in Deutschland; Äußerungen des deutschen Sozialistenführers Dr. Kurt Schumacher, Wien 21. Jänner 1948, Österreichisches Staatsarchiv (ÖStA), Wien, Archiv der Republik (AdR), Bundeskanzleramt/Auswärtige Angelegenheiten (BKA/AA), Sektion II-Pol (II-Pol) 1948, Deutschland Friedensvertrag, GZ. 110.434-Pol/48, Karton 64. Zu Wodaks Amtszeit in London siehe Reinhold Wagnleitner (Hg.), *Diplomatie zwischen Parteiproporz und Weltpolitik. Briefe, Dokumente und Memoranden aus dem Nachlaß Walter Wodaks 1945–1950*, Salzburg 1980.

¹⁰ Zu den ersten Schritten im Jahre 1945 siehe Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten (Hg.), *Das Wiedererstehen des österreichischen auswärtigen Dienstes 1945*, Wien 2009. Bundesministerium für europäische und internationale Angelegenheiten (Hg.), „Ich bestelle Sie hiermit zur Leitung des Außenamtes, ...“. *Das Tagebuch von Heinrich Wildner 1945*, Wien 2010; Eva-Marie Csáky/Franz Matscher/Gerald Stourzh (Hg.), *Josef Schöner. Wiener Tagebuch*

Höchste Priorität hatte die Erringung eines Staatsvertrags, 1945/46 dominierte zudem die Südtirolfrage.¹¹

Die erst im Aufbau befindliche österreichische Diplomatie tappte Anfang 1946 noch relativ im Dunkeln, was die Zukunft und aktuelle Lage des besetzten Deutschland anging. Dies galt insbesondere für die sowjetische Besatzungszone, von der ein düsteres Bild gezeichnet wurde. Im Februar 1946 berichtete der Politische Vertreter der österreichischen Bundesregierung in Frankreich, Norbert Bischoff, über die Lage in Deutschland nach Wien, dass das Leben in den westlichen Besatzungszonen „bereits weitgehend normalisiert“ sei, man jedoch „unter dem schweren Drucke der aus Ostdeutschland immer neu einströmenden Menschenmassen“ stehe. Eine Lösung der daraus resultierenden Probleme sowie die weitere Zukunft Deutschlands waren für den österreichischen Diplomaten nicht absehbar. Zur sowjetischen Besatzungszone führte er aus:

„Die Russenzone, besonders Berlin, ist die Hölle. Die Zustände sind unvorstellbar. Keinerlei Klarheit sei über die russischen Absichten zu gewinnen. Viele jüngere russische Offiziere und Experte[n] gäben in zynischer Weise ihrer Meinung Ausdruck, dass das gesamte von Russland besetzte Ostdeutschland und wohl auch Polen als Sicherheitszone für Russland in einen Zustand von mehr oder minder ‚Verbrannter Erde‘ zu versetzen sei. Ob dies tatsächlich den letzten Absichten der obersten russischen Führung entspräche, sei natürlich nicht festzustellen. Aber oft genug habe man den Eindruck, es verhalte sich tatsächlich so.“¹²

Während die sowjetischen Planungen und Absichten für Deutschland bis heute nicht letztgültig geklärt sind,¹³ geht aus den Planungen der Führer der Kommunis-

1944/45, Wien/Köln/Weimar 1992. Als Überblick zur Außenpolitik Österreichs 1945–1949 siehe Klaus Fiesinger, *Ballhausplatzdiplomatie 1945–1949, Die Reetablierung der Nachbarschaftsbeziehungen und die Reorganisation des Auswärtigen Dienstes als Formen außenpolitischer Reemazipation Österreichs*, München 1993. (Für das wörtliche Zitat siehe 410.); sowie Gehler, *Österreichs Außenpolitik der Zweiten Republik*, Bd. 1, 23–63; zu den Biographien der österreichischen Diplomaten siehe Rudolf Agstner/Gertrude Enderle-Burcel/Michaela Follner (Hg.), *Österreichs Spitzendiplomaten zwischen Kaiser und Kreisky. Biographisches Handbuch der Diplomaten des Höheren Auswärtigen Dienstes 1918 bis 1959*, Wien 2009.

¹¹ Als Überblick hierzu Rolf Steininger, *Autonomie oder Selbstbestimmung? Die Südtirolfrage 1945/46 und das Gruber-De Gasperi-Abkommen*, Innsbruck/Wien/Bozen 2006 (= Neuauflage von Rolf Steininger, *Los von Rom? Die Südtirolfrage 1945/46 und das Gruber-De Gasperi-Abkommen*, Innsbruck 1987). Als Quelleneditionen hierzu Michael Gehler, *Gescheiterte Selbstbestimmung. Die Südtirolfrage, das Gruber-De Gasperi-Abkommen und seine Aufnahme in den italienischen Friedensvertrag 1945–1947 (Akten zur Südtirol-Politik 1945–1958, Bd. 1)*, Innsbruck/Wien/Bozen 2011; ders., *Verspielte Selbstbestimmung? Die Südtirolfrage 1945/46 in US-Geheimdienstberichten und österreichischen Akten*, Innsbruck 1996.

¹² Politischer Vertreter Bischoff an BM Gruber, Paris, 8. Februar 1946, Zl. 3/P, ÖStA, AdR, BKA/AA, II-Pol 1947, Deutschland Innenpolitik, GZ. 110.404-Pol/46, Karton 12.

¹³ Zu den sowjetischen Absichten und Planungen sowie deren Umsetzung im Rahmen der Besatzungspolitik in der SBZ siehe die umfassende Überblicksdarstellung von Norman Naimark, *Die Russen in Deutschland. Die sowjetische Besatzungszone 1945–1949*, Berlin 1997; sowie die

tischen Partei Deutschlands (KPD) im Moskauer Exil ziemlich klar hervor, dass diese die Errichtung einer „kommunistische[n] Diktatur, sowjetischer Prägung“ anstrebten – ein Ziel, das sie gegen den Willen Moskaus wohl kaum angestrebt hätten und mit Sicherheit nicht verfolgen hätten können. 1945 war die KPD infolge sowjetischer Bevorzugung die einzige Partei, die über eine gesamtdeutsche Organisation verfügte. Bereits im Exil war für Wilhelm Pieck klar, dass eine Vereinigung von KPD und SPD die Ausschaltung letzterer bedeuten sollte. Umso schwerer war es zu verkraften, dass diese von den Einheitsplänen immer mehr abrückte, nachdem sie die KPD bereits im Verlauf des Jahres 1945 hinsichtlich der Mitgliederzahl überholt hatte. Daher begann man von Seiten der KPD, auf den Zusammenschluss zu drängen. Ein weiterer Grund waren die überraschend klaren Wahlniederlagen der Kommunisten in Österreich und Ungarn im November 1945.¹⁴ Wilhelm Pieck notierte im Dezember, was Walter Ulbricht nach einer Besprechung mit der sowjetischen Besatzungsmacht zum Thema Wahlen ausgeführt hatte: „Gefahr – Österreich“.¹⁵ Hinsichtlich zukünftiger Wahlen wurde verstärkt

organisationsgeschichtliche Arbeit von Jan Foitzik, *Sowjetische Militäradministration (SMAD) 1945–1949. Struktur und Funktion*, Berlin 1999; zudem liegen umfassende Dokumenteneditionen in deutscher Sprache vor Jochen P. Laufer/Georgij P. Kynin (Hg.), *Die UdSSR und die deutsche Frage 1941–1948. Dokumente aus dem Archiv für Außenpolitik der Russischen Föderation*, 3 Bde., Berlin 2004; weiters Wettig (Hg.), *Der Tjul’panov-Bericht*; sowie zuletzt Jan Foitzik (Hg.), *Sowjetische Interessenpolitik in Deutschland 1944–1954. Dokumente (Texte und Materialien zur Zeitgeschichte 18)*, München 2012. Foitzik hat weitere Editionen zur Thematik herausgegeben. Siehe zudem den nützlichen Sammelband Michael Lemke (Hg.), *Sowjetisierung und Eigenständigkeit in der SBZ/DDR (1945–1953)*, Köln/Weimar/Wien 1999. Die Hauptkontroverse über die sowjetische Deutschlandpolitik wird bis heute zwischen Wilfried Loth und Gerhard Wettig ausgetragen. Ein weiterer Schwerpunkt dieser Auseinandersetzung lag auf der Frage nach der Ernsthaftigkeit der Stalin-Noten von 1952. Siehe hierzu Wilfried Loth, *Stalins ungeliebtes Kind. Warum Moskau die DDR nicht wollte*, München 1996 (dtv Taschbuchausgabe); Gerhard Wettig, *Bereitschaft zu Einheit in Freiheit? Die sowjetische Deutschland-Politik 1945–1955*, München 1999; Peter Ruggenthaler, *Stalins großer Bluff. Die Geschichte der Stalin-Note in Dokumenten der sowjetischen Führung*, München 2007; Wilfried Loth, *Die Sowjetunion und die deutsche Frage. Studien zur sowjetischen Deutschlandpolitik von Stalin bis Chruschtschow*, Göttingen 2007; für eine ausgewogene Besprechung der jüngeren Forschungsliteratur bis 2008 siehe Bernd Bonwetsch, *Die Stalin-Note 1952 – kein Ende der Debatte*, in: *Jahrbuch für historische Kommunismusforschung 2008*, 106–113. Dem Titel von Bonwetsch entsprechend, seither wiederum Wilfried Loth, *The Crucial Issues of the Early Cold War. The German question from Stalin to Khrushchev: The meaning of new documents*, in: *Cold War History 10* (2010) 2, 229–245; und Wettig (Hg.), *Der Tjul’panov-Bericht*, 13–138.

¹⁴ Andreas Malycha/Peter Jochen Winters, *Geschichte der SED. Von der Gründung bis zur Linkspartei*, Bonn 2009, 16–37, für das wörtliche Zitat 20. Auch der Journalist Hugo Portisch erinnert sich an dahingehende Äußerungen von Wolfgang Leonhard. Vgl. Hugo Portisch, *Aufregend war es immer*, Salzburg 2015, 326.

¹⁵ Information von Walter Ulbricht über ein Gespräch mit Bockow, Tulpanow, Wolkow am 22. Dezember 1945, in: Rolf Badstüber/Wilfried Loth (Hg.), *Wilhelm Pieck – Aufzeichnungen zur Deutschlandpolitik 1945–1953*, Berlin 1994, 62–63, für das wörtliche Zitat siehe 62.

eine Einheitsliste angestrebt. Ab Anfang 1946 wurde dann auch von sowjetischer Seite der Druck auf die SPD erhöht. Obwohl sich diese im März in Berlin eindeutig gegen eine Vereinigung aussprach, erfolgte am 21. und 22. April unter Zwang der sowjetischen Besatzungsmacht schließlich der „Vereinigungsparteitag“.¹⁶

In einem ungezeichneten Bericht „über die heutigen Zustände in Deutschland aus der Zeit vom Juni 1946“, den man in Wien als sehr gutes und aufschlussreiches Dokument ansah, wurde „pro domo“ im Vergleich zur Lage in Österreich vermerkt: „Die Lage wird im allgemeinen als schlechter wie in Österreich und vor allem als deprimierend hoffnungslos geschildert. [...] Von einem wirtschaftlichen Wiederaufbau ist praktisch nichts festzustellen.“ Zur sowjetischen Zone erkannte der Bericht treffend „das ziemlich eindeutige Bestreben, das deutsche Wirtschaftspotential den eigenen Zielen gefügig zu machen, bez[iehungs]w[eise] es nach Russland zu verlagern“. Insgesamt zeichnete der Bericht ein drastisches Bild über die Ausmaße der Demontagen und die Lebensverhältnisse. Mit Blick auf Gesamtdeutschland billigte er der SED nur eine mit der KPÖ vergleichbare Rolle, in der sowjetischen Zone „dank der russischen Unterstützung“ jedoch „eine viel breitere Wirkungsmöglichkeit [...] als in Österreich“ zu und bemerkte treffend: „Im Übrigen scheint es, dass die führenden Kommunisten Deutschlands in Moskau viel stärkeren Rückhalt finden als die Kommunisten Österreichs.“¹⁷

Auch die massive Propaganda im Zusammenhang mit den im Herbst 1946 stattfindenden Wahlen in der SBZ war Gegenstand des Berichts. Ein triftiger Grund für die massive Unterstützung der SED durch die Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) waren die kommunistischen Wahlniederlagen in Österreich und Ungarn 1945. Auch wenn die Besatzungsverhältnisse in Deutschland anders gelagert waren, „neigte der Hauptstab der SMAD anfangs nicht zu übertriebenem Optimismus“ für die bevorstehenden Wahlen. Während man sich von einem Sieg der SED eine Signalwirkung für die westlichen Zonen erwartete, war man sich im Fall eines Scheiterns bewusst, dass dies eine erhebliche Schwächung der Position der Sowjetunion in Deutschland zur Folge haben würde.¹⁸

¹⁶ Malycha/Winters, *Geschichte*, 16–37; Wettig (Hg.), *Der Tjul’panov-Bericht*, 13–138, hier 65–71.

¹⁷ Bericht über eine Reise in die drei westlichen Besatzungszonen Deutschlands vom 15. bis 30. Juni 1946, [ohne Zeichnung], Graz, 10. Juli 1946, erliegt in ÖStA, AdR, BKA/AA, II-Pol, Deutschland 3, Gr.Zl. 110.404-Pol/46, GZ. 112.655-Pol/46, Karton 12. Für eine konzise Zusammenfassung des Dokuments siehe Michael Gehler, „Kein Anschluß, aber auch keine chinesische Mauer“. Österreichs außenpolitische Emanzipation und die deutsche Frage 1945–1955, in: Alfred Ableitinger/Siegfried Beer/Eduard G. Staudinger (Hg.), *Österreich unter alliierter Besatzung 1945–1955*, Wien/Köln/Graz 1998, 205–268, 209–211. Mittlerweile ist der Bericht auch im vollen Wortlaut erschienen als Dokument 5, in: Gehler/Agstner (Hg.), *Einheit und Teilung*, 41–49.

¹⁸ Stefan Kreuzberger, *Die sowjetische Besatzungsmacht und das politische System der SBZ*, Weimar/Köln/Wien 1996, 44–52, für das wörtliche Zitat siehe 51. Für eine detaillierte Darstellung der Anstrengungen der SMAD in dem keineswegs problemfrei verlaufenen Wahlkampf siehe ebd., 52–92.

Die SMAD verschaffte der SED klare Wettbewerbsvorteile gegenüber den konkurrierenden Parteien und griff im Wahlkampf massiv für die SED ein, was jedoch deren Ruf als „Russenpartei“ weiter verstärkte. Nachdem seit dem 1. September 1946 in den Ländern Kreistagswahlen stattgefunden hatten, wurden schließlich am 20. Oktober die Landtagswahlen abgehalten. Die SED erreichte 47,6 Prozent der Stimmen. Trotz aller Anstrengungen sah man sich in einigen Ländern und Städten bürgerlichen Mehrheiten gegenüber. Einen Sonderfall stellte das viergeteilte Berlin dar. Dort war es infolge der westlichen Präsenz nicht in allen Sektoren gelungen, eine Vereinigung von KPD und SPD durchzusetzen. Berlin stellte dann auch die „größte Niederlage“ für die SED und ihre sowjetischen Unterstützer dar. Mit 19,8 Prozent der Stimmen erreichte die Einheitspartei nur den dritten Rang hinter der hier selbständig kandidierenden und überlegen siegreichen SPD sowie der CDU. Besonders schmerzhaft war die Tatsache, dass man sich sogar im sowjetischen Sektor der SPD geschlagen geben musste.¹⁹

Nichtsdestotrotz wurden allorts Allparteienregierungen gebildet, in denen jeweils die SED – auch wenn sie keine absolute Mehrheit der Stimmen hatte – die Schlüsselressorts innehatte. Damit sollte ihre künftige Vormachtstellung abgesichert werden. Zudem setzte eine forcierte Zentralisierung ein, die zunächst die Macht der Länderparlamente beschnitt, bis diese 1952 aufgelöst wurden. Das Problem der Wahlniederlage in Berlin wurde schließlich durch die „putschartige“ Bildung eines von der SED dominierten „Gegenmagistrats“ Groß-Berlin im sowjetischen Sektor der Stadt „gelöst“.²⁰

In einer ausführlichen, vom Handelstreibenden Wolf Kurzel-Runtscheiner verfassten Analyse zur Lage „Deutschlands“ aus dem November 1946, die dem Ballhausplatz zur Information diente, wurde zum Wahlergebnis in der SBZ festgehalten, dass sich die SED „nicht scheute, ihren Rückhalt bei der Besatzungsmacht voll auszunützen“. Die Außenwirkung des für die SED fatalen Berliner Ergebnisses wurde erkannt. Über die künftigen Deutschland-Planungen der Alliierten konnte er nur spekulieren: „Die Sowjetunion hat in dieser Frage ihre Meinung nicht eindeutig zu erkennen gegeben, aber mehrfach andeuten lassen, dass sie einen Einheitsstaat befürworten würde.“ Gleichzeitig stellte er in der SBZ aber ein Fortschreiten der Sowjetisierung fest, die er am Beispiel der bereits weitestgehend erfolgten Auflösung des Großgrundbesitzes illustrierte. Die verheerenden Folgen der Demontagen in allen Bereichen wurden ausführlich geschildert. Jedoch meinte er, die Industrie liefе in der SBZ – in den nicht de-

¹⁹ Ebd., 84–105.

²⁰ Siehe hierzu die zusammenfassenden Ausführungen zur weiteren Entwicklung nach den Wahlen ebd., 184–188; Zum Putsch und zu den Schritten zur Teilung Berlins vor der Berlin-Blockade siehe auch Wilfried Rott, *Die Insel. Eine Geschichte West-Berlins 1948–1990*, München 2009, 20–30.

montierten Betrieben, „meist solche, deren Abtransport technisch nicht möglich ist“ – verhältnismäßig gut, da diese als Reparationen in sowjetisches Eigentum überführt wurden und „die Sowjetunion geeignete Mittel besitzt und verwendet, um die Arbeitsunlust und den Leistungsrückgang zu überwinden“.²¹ Es kann sich hierbei freilich nur um Repressionsmaßnahmen gehandelt haben.

Neben diesen Einschätzungen aus Reiseberichten beziehungsweise aus zweiter und dritter Hand verfügte das Wiener Außenamt kaum über brauchbare Informationen zur Lage in Deutschland. Vorstehender Bericht macht allerdings deutlich, dass die Demontagen und Reparationsleistungen der SBZ nicht verborgen geblieben waren. Sowohl in der SBZ als auch in der sowjetischen Besatzungszone Österreichs wurden insbesondere in den Jahren 1945/46 umfangreiche Demontagen durchgeführt. Eine große Zahl von Betrieben wurde in sowjetisches Eigentum übernommen und die laufende Produktion wurde als Reparation entnommen.²² Wie die westlichen Besatzungszonen Deutschlands kam Österreich – trotz einer sowjetischen Besatzungszone und auch in dieser – in den Genuss der Marshall-Plan-Gelder. Dagegen hatte die Sowjetunion eine Teilnahme der SBZ ausgeschlossen.²³

²¹ Bericht über Deutschland von Dr. Wolf Kurzel-Runtscheiner, 15. November 1946, zu den Akten des BKA/AA, Wien, 28. Januar 1947, ÖStA, AdR, BKA/AA, II-Pol 1947, Deutschland 49, GZ. 105.255Pol/47, Karton 27.

²² Siehe hierzu den bereit etwas älteren Überblick Rainer Karlsch, *Allein bezahlt? Die Reparationsleistungen der SBZ/DDR 1945–53*, Berlin 1993; sowie Jochen Laufer, *Von den Demontagen zur Währungsreform – Besatzungspolitik und Sowjetisierung Ostdeutschlands 1945–1948*, in: Michael Lemke (Hg.), *Sowjetisierung und Eigenständigkeit in der SBZ/DDR (1945–1953)*, Köln/Weimar/Wien 1999, 163–186; zu den Demontagen und Reparationen in Österreich siehe Stefan Karner, *Zum Umfang der sowjetischen Demontagen in Österreich 1945/46. Eine erste Aufstellung aus russischen Quellen*, in: Karl Hardach (Hg.), *Wirtschaftshistorische Studien. Festgabe für Othmar Pickl*, Frankfurt am Main 2007, 117–166; zusammenfassend und auf dem Stand der neuesten verfügbaren Quellen Otto Klambauer, *Die sowjetische Wirtschaftspolitik in Österreich 1945–1955*, in: Andreas Hilger/Mike Schmeitzner/Clemens Vollnhals (Hg.), *Sowjetisierung oder Neutralität? Optionen sowjetischer Besatzungspolitik in Deutschland und Österreich 1945–1955* (Schriften des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung 32), Göttingen 2006, 435–450; zu den Demontagen als Teil einer sowjetischen Langzeitstrategie Bogdan Musial, *Stalins Beutezug. Die Plünderung Deutschlands und der Aufstieg der Sowjetunion zur Weltmacht*, Berlin 2010.

²³ Zum Marshall-Plan und Österreich siehe u. a. Günter Bischof/Dieter Stiefel (Hg.), *80 Dollar. 50 Jahre ERP-Fonds und Marshall-Plan in Österreich 1948–1998*, Wien 1999; Günter Bischof/Anton Pelinka/Dieter Stiefel (Hg.), *The Marshall Plan in Austria* (Contemporary Austrian Studies 8), New Brunswick 2000; Günter Bischof/Dieter Stiefel (Hg.), *Images of the Marshall Plan: Film, Photographs, Exhibits, Posters*, Innsbruck/Wien/Bozen 2009. Für eine konzise Zusammenfassung siehe Dieter Stiefel, „Hilfe zur Selbsthilfe“. *Der Marshallplan in Österreich 1948–1952*, in: Ernst Bruckmüller (Hg.), *Wiederaufbau in Österreich 1945–1955. Rekonstruktion oder Neubeginn?*, Wien 2006, 90–101. Zur Wirtschaft Österreichs nach 1945 umfassend Hans Seidel, *Österreichs Wirtschaft und Wirtschaftspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg*, Wien 2005.

Die Durchführung einer Währungsreform war eine unmittelbare Voraussetzung für die Beteiligung der westlichen Besatzungszonen Deutschlands am Marshall-Plan. Zuvor musste allerdings ein Einvernehmen der Alliierten über das künftige politische und wirtschaftliche System Deutschlands erzielt werden. Mit 1. Januar 1947 waren die amerikanische und die britische Zone zur sogenannten „Bizone“ zusammengelegt worden. Sie stellten fortan ein einheitliches Wirtschaftsgebiet dar. Die französische Besatzungsmacht lehnte zunächst eine Fusion ihrer Zone mit der Bizone ab. Auf der Londoner Außenministerkonferenz im Herbst 1947 waren die Differenzen zwischen den Alliierten über diese Fragen unüberbrückbar geworden. Ohne die Sowjetunion einigten sich die drei westlichen Alliierten schließlich im März 1948 ebenfalls in London auf ein föderatives Regierungssystem in den westlichen Zonen, die am Marshall-Plan und an der Ruhrkontrolle beteiligt werden sollten. Daraufhin verließ der sowjetische Militärgouverneur Vasilij D. Sokolovskij am 20. März 1948 den Alliierten Kontrollrat – für immer.²⁴

Die Umstellung der Währung der Westzonen von Reichsmark auf D-Mark erfolgte am 20. Juni 1948. Die Sowjetunion ihrerseits antwortete mit einer Währungsumstellung in der SBZ unter Einschluss des von ihr besetzten Teils Berlins. Nach erfolglosen Verhandlungen mit den Sowjets setzten die Westalliierten ihre Reform in den westlichen Sektoren Berlins um. Die Sowjetunion wiederum reagierte darauf, indem sie ab dem 24. Juni die Straßen-, Eisenbahn- und Schiffsverbindungen zwischen Westdeutschland und West-Berlin kappte und dadurch die Berlin-Blockade eröffnete. Dies zwang die Westmächte zum Versuch, im Rahmen der „Luftbrücke“ ihren Teil der Stadt aus der Luft zu versorgen. Trotz aller Bedenken gelang dies so erfolgreich, dass Stalin am 12. Mai 1949 die Blockade aufhob. Das Bild der westlichen Alliierten hatte sich dank dieser beispiellosen Aktion nicht nur in West-Berlin, sondern auch im entstehenden westdeutschen Staat erheblich verbessert.²⁵

Bereits Anfang März 1948, aber noch vor dem faktischen Ende der Vier-Mächte-Kontrolle in Deutschland, vertrat das österreichische Konsulat in Hamburg die Ansicht, dass in Berlin „die Entscheidung um die nächste Zukunft fallen“ wer-

²⁴ Manfred Görtemaker, *Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Von der Gründung bis zur Gegenwart*, Frankfurt am Main 2004 (Fischer Taschenbuchausgabe), 40–42. Zum Alliierten Kontrollrat in Deutschland Gunter Mai, *Der Alliierte Kontrollrat in Deutschland 1945–1948. Alliierte Einheit – deutsche Teilung? (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte 37)*, München 1995, zur Frage seiner Wiederbelebung 465–478.

²⁵ Zur ersten Berlinkrise 1948/49 und zur Luftbrücke siehe Helmut Trotnow/Bernd von Kostka, *Die Berliner Luftbrücke. Ereignis und Erinnerung*, Berlin 2010; Volker Koop, *Kein Kampf um Berlin. Deutsche Politik zur Zeit der Berlin-Blockade 1948/1949*, Bonn 1998; siehe auch den die beiden Berlinkrisen vergleichenden Beitrag Michael Lemke, *Die Berlinkrisen von 1948/49 und 1958 bis 1963*, in: Bernd Greiner/Christian Th. Müller/Dierk Walter (Hg.), *Krisen im Kalten Krieg (Studien zum Kalten Krieg 2)*, Hamburg 2008, 204–243.

de.²⁶ Am 21. und 22. März wurde in Gesprächen mit britischen und amerikanischen Offizieren in Berlin in Erfahrung gebracht, dass diese Sokolovskijs Auszug aus dem Kontrollrat als Ende der Zusammenarbeit der vier Mächte in Deutschland betrachteten. Die „Entscheidung“, „ob es effektiv – praktisch ist es schon seit längerer Zeit der Fall – zu einer Zweiteilung Deutschlands kommen“ werde stand für die österreichische Diplomatie zu diesem Zeitpunkt unmittelbar bevor.²⁷

Die weitere Entwicklung in Berlin wurde aufmerksam und mit Sorge verfolgt.²⁸ Nach anfänglichen Zweifeln²⁹ wurde der österreichischen Diplomatie versichert, dass Berlin auch über den Winter aus der Luft versorgt werden könne.³⁰ Auch wenn die westlichen Alliierten beruhigend erklärten, „dass sich die Situation in Wien mit der in Berlin überhaupt nicht vergleichen“ lasse, waren bald nach der Verhängung der Blockade Gerüchte über die Gefahr eines ähnlichen sowjetischen Vorgehens in Wien aufgetaucht.³¹ Diesbezügliche Ängste waren nur allzu verständlich: Erst im Februar 1948 war die Machtübernahme der Kommunisten in der Tschechoslowakei erfolgt. Noch schien es – insbesondere im Osten Österreichs – keineswegs sicher, ob man nicht doch auf den „volksdemokratischen“ Weg gezwungen würde.³² Obwohl Wien auf Grund vertraglich garantierter Zufahrtswege tatsächlich nicht mit Berlin vergleichbar war, erscheinen Befürchtungen, Wien könnte blockiert werden, nicht gänzlich unbegründet.³³ Auch in Wien hatten die Sowjets etwa gleichzeitig mit dem Beginn der Berlin-Blockade einige Schikanen gestartet. Die Amerikaner begannen daher im Sommer 1948, die

²⁶ Konsulat an BKA/AA, Hamburg, 3. März 1948, Zl. 990/48-Pol (Vertraulich, Panzerschrank), ÖStA, AdR, BKA/AA, II-Pol 1948, Deutschland 3, GZ. 111.713-Pol/48, Karton 63.

²⁷ Konsulat an BKA/AA, Hamburg, 24. März 1948, Zl. 6/48-Pol (Streng vertraulich, Panzerschrank), ÖStA, AdR, BKA/AA, II-Pol 1948, Deutschland 3, Gr.Zl. 111.713-Pol/48, GZ. 112.467-Pol/48, Karton 63.

²⁸ Geschäftsträger Wodak an BM Gruber, London, 28. Juni 1948, Zl. 85/1-Pol/48, ÖStA, AdR, BKA/AA, IIPol 1948, Deutschland 3, Gr.Zl. 111.713-Pol/48, GZ. 114.811-Pol/48, Karton 63.

²⁹ Gesandter Vollgruber an BM Gruber, Paris, 6. Juli 1948, ÖStA, AdR, BKA/AA, II-Pol 1948, Deutschland 3, Gr.Zl. 111.713-Pol/48, GZ. 115.038-Pol/48, Karton 63. Gesandter Vollgruber an BM Gruber, Paris, 14. Juli 1948, Zl. 74Pol/48 (Streng vertraulich), ÖStA, AdR, BKA/AA, II-Pol 1948, Deutschland 3, Gr.Zl. 111.713-Pol/48, GZ. 115.038-Pol/48, Karton 63.

³⁰ Chiffre-Telegramm Politischer Vertreter Bischoff an BM Gruber, Moskau, 10. Juli 1948, ÖStA, AdR, BKA/AA, II-Pol 1948, Deutschland 3, Gr.Zl. 111.713-Pol/48, GZ. 115.296-Pol/48, Karton 63.

³¹ Gesandter Vollgruber an BM Gruber, Paris, 16. Juli 1948, Zl. 76-Pol/48 (Vertraulich.), ÖStA, AdR, BKA/AA, IIPol 1948, Deutschland 3, Gr.Zl. 111.713-Pol/48, GZ. 115.353-Pol/48, Karton 63.

³² Zum Einfluß der Ereignisse des Jahres 1948 auf Österreich siehe Günter Bischof, „Prag liegt westlich von Wien“: Internationale Krisen im Jahre 1948 und ihr Einfluß auf Österreich, in: Günter Bischof/Josef Leidenfrost (Hg.), Die bevormundete Nation: Österreich und die Alliierten, 1945–1949 (Innsbrucker Forschungen zur Zeitgeschichte 4), Innsbruck 1988, 315–345.

³³ Richard Hufschmied, Wien im Kalkül der Alliierten (1948–1955). Maßnahmen gegen eine sowjetische Blockade, Wien/Graz 2002, 35–40.

Möglichkeit einer Blockade Wiens durchzuspielen und mussten bald feststellen, dass sie keine Möglichkeiten zu einer wirksamen Reaktion hatten. Sie besaßen schlichtweg keinen Flughafen im Stadtgebiet. Daher wurden umgehend alliierte und österreichische Vorbereitungen begonnen. Die Errichtung eines Flugplatzes wurde aber schlussendlich nicht notwendig.³⁴

Neben den Ängsten vor einer Blockade Wiens gab es in Österreich seit 1946 immer wieder Befürchtungen einer möglichen Teilung des Landes. Diese sollten sich ebenfalls als unbegründet herausstellen, wenngleich die KPÖ mit einer solchen spekuliert hatte. Dieses Ziel scheiterte aber an der sowjetischen Ablehnung einer derartigen Idee für Österreich. Zum einen wollte Moskau offenbar das strategisch bedeutendere westliche Österreich nicht alleine den Westmächten überlassen oder Anschluss Tendenzen Westösterreichs an Deutschland fördern, zum anderen – und dies scheint von erheblicher Bedeutung – dürfte der sowjetischen Führung bewusst gewesen sein, „dass die sowjetische Zone Österreichs – anders als jene Deutschlands – aufgrund ihrer Lage, Größe, Bevölkerungszahl und Wirtschaftsstruktur von sowjetischer Unterstützung abhängig sein würde, was ebenfalls den sowjetischen Interessen widersprach“. Paradoxiertweise riet das Politbüromitglied Andrej A. Ždanov im Februar 1948 in einem Gespräch mit dem KPÖ-Vorsitzenden Johann Koplenig und dem Generalsekretär Friedl Fürnberg dazu, sich am „Beispiel“ der SED zu orientieren, die „mit Erfolg die Losung des Kampfes für ein einheitliches Deutschland“ benütze.³⁵

In Deutschland wurde nach dem endgültigen Zerbrechen der Weltkriegsallianz zunächst von westlicher, bald aber auch von östlicher Seite der Weg zur Teilung durch die Gründung zweier Separatstaaten beschritten, die sich in der „doppelten Staatsgründung“ 1949 manifestierte.³⁶ Nach der Währungsreform und dem Ende des französischen Widerstands gegen die Formierung einer „Trizone“ wurde bis Mai 1949 mit der Gründung des Parlamentarischen Rates und der Ausarbeitung des Grundgesetzes der Weg zur Gründung eines Weststaates beschritten. Letzteres trat nach Billigung durch die westlichen Alliierten am 24. Mai 1949 in Kraft, wodurch die BRD entstand. Diese verfolgte unter der Führung ihres ersten Bundeskanzlers Konrad Adenauer eine konsequente Politik der Westintegration. In der SBZ war im Dezember 1947 der „Deutsche Volkskongress für Einheit und gerechten Frieden“ gegründet worden. Auf dem zweiten Kongress im März 1948

³⁴ Erwin A. Schmidl, „Rosinenbomber“ über Wien? Alliierte Pläne zur Luftversorgung Wiens im Falle einer sowjetischen Blockade 1948–1953, in: ders. (Hg.), Österreich im frühen Kalten Krieg 1945–1958. Spione, Partisanen, Kriegspläne, Wien/Köln/Weimar 2000, 171–192.

³⁵ Mueller, Besatzung, 194–198. Für die Niederschrift über das Gespräch von Ždanov mit Koplenig und Fürnberg am 13. Februar 1948 siehe ders., Die Teilung Österreichs als politische Option für KPÖ und UdSSR 1948, in: Zeitgeschichte 32 (2005) 1, 47–54, 48–52.

³⁶ Christoph Kleßmann, Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945–1955, 5. Aufl., Göttingen 1991.

wählte dieser einen „Deutschen Volksrat“, der schließlich im März 1949 einen Verfassungsentwurf für eine Deutsche Demokratische Republik beschloss. Der dritte Kongress wurde Mitte Mai noch vor der Gründung der BRD nach dem Prinzip der Einheitsliste gewählt. Dieser billigte Ende Mai die Verfassung und wählte einen neuen „Volksrat“, aus dem am 7. Oktober die provisorische Volkskammer wurde. Damit war auch der zweite deutsche Staat gegründet. Die Integration der neu entstandenen DDR in die sozialistische Staatenwelt wurde unverzüglich in Angriff genommen.³⁷

Unmittelbare österreichische Reaktionen auf die Gründung der DDR liegen nicht vor, zumal diese auch im Schatten der am darauffolgenden Wochenende stattfindenden Nationalratswahlen in Österreich erfolgte. Während die sich anbahnende Weststaatsgründung „zurückhaltend, aber nicht unfreundlich“³⁸ kommentiert und schlussendlich „wohlwollend aufgenommen“³⁹ wurde, erfolgte keine offizielle Reaktion auf die Gründung der DDR. Die Diplomatie berichtete über die Veränderungen in Ostdeutschland, ohne die Staatsgründung selbst wertend zu kommentieren. Natürlich wurde die Frage der künftigen Anerkennung der DDR diskutiert und darüber spekuliert, wer diese vollziehen würde. Neben den „volksdemokratischen Staaten“ wurden die Neutralen und die sogenannte „Dritte Welt“ genannt. Zudem herrschte angesichts der erst vor Monaten überwundenen Blockade auch die Sorge, dass die DDR hinkünftig die Zufahrtswege nach Berlin kontrollieren würde.⁴⁰

³⁷ Für einen knappen Überblick siehe Hans-Peter Schwarz: *The division of Germany 1945–1949*, in: Melvyn P. Leffler/Odd Arne Westad (Hg.), *The Cambridge History of the Cold War*, vol. 1: *Origins*, Cambridge 2010, 133–153; Michael Gehler, *Deutschland. Von der Teilung zur Einigung 1945 bis heute*, Wien/Köln/Weimar 2010, 54–75. Für eine jüngere Gesamtdarstellung zur deutschen Geschichte auf dem Weg zur Gründung von BRD und DDR siehe Wolfgang Benz, *Auftrag Demokratie. Die Gründungsgeschichte der Bundesrepublik und die Entstehung der DDR 1945–1949*, Berlin 2009; siehe auch Alexander von Plato/Almut Leh, *Ein unglaublicher Frühling. Erfahrene Geschichte im Nachkriegsdeutschland 1945–1949*, Bonn 2011; und kompakt Matthias Uhl, *Die Teilung Deutschlands. Niederlage, Ost-West-Spaltung und Wiederaufbau 1945–1949*, Berlin 2009.

³⁸ Die DDR wurde am Freitag, dem 7. Oktober, gegründet, am Sonntag, dem 9. Oktober, wählte man in Österreich einen neuen Nationalrat. Zur Haltung Österreichs zur Gründung der BRD siehe Michael Gehler, „Kein Anschluß aber auch keine chinesische Mauer“, 216.

³⁹ Michael Gehler, *Österreich, die Bundesrepublik und die deutsche Frage 1945/49–1955. Zur Geschichte der gegenseitigen Wahrnehmungen zwischen Abhängigkeit und gemeinsamen Interessen*, in: ders./Rainer F. Schmidt/Harm-Hinrich Brandt/Rolf Steininger, *Österreich und Deutschland in ihrer gegenseitigen Wahrnehmung. Historische Analysen und Vergleiche aus dem 19. und 20. Jahrhundert*, Stuttgart 1996, 535–580, 542.

⁴⁰ Kanzleileiter Seewald an Generalsekretär Wildner, Berlin, 10. Oktober 1949, ÖStA, AdR, BKA/AA, II-Pol 1949, Deutschland 3, GZ. 88.220-Pol/49, Karton 100. In den Tagen darauf folgten zahlreiche weitere Berichte über die Zusammensetzung der Leitungsgremien von SED und DDR sowie die Verfassung: Kanzleileiter Seewald an BKA/AA, Berlin, 18. Oktober 1949, eingelangt in Wien am 3. November 1949, ÖStA, AdR, BKA/AA, II-pol 1949, Deutschland 2, GZ. 88.384-

Mit Ausnahme des Zentralorgans der KPÖ *Österreichische Volksstimme* waren die Medienreaktionen auf die Entstehung einer weiteren „Volksdemokratie“ in der antikommunistischen Diktion der Zeit gehalten. In einer Abendveranstaltung am 7. Oktober 1949 verkündete jedoch Vizekanzler Adolf Schärf (SPÖ) – sichtlich noch wahlkämpfend – „die diversen Volksparteien sind kein Garant gegen die Diktatur“, womit er die steigbügelhalterische Rolle der ostdeutschen Christlich-Demokratischen Union (CDU-Ost) bei der Gründung der DDR dazu benutzte, um die ÖVP anzugreifen.⁴¹

Inzwischen waren die Staatsvertragsverhandlungen seit Jahresbeginn gut vorangekommen und in Österreich herrschte im Sommer 1949 geradezu „Staatsvertrageuphorie“. Die Regierung zeigte sich entschlossen, bis zum Jahresende den fast fertigen Vertrag zu den bestmöglich erreichbaren Bedingungen abzuschließen. Die sowjetischen Verhandler blieben jedoch hinsichtlich der Bestimmungen betreffend das „deutsche Eigentum“ auf ihrem Maximalstandpunkt, den die westlichen Siegermächte nicht gewillt waren mitzutragen. Die Verhandlungen erreichten bald „einen toten Punkt“. Sollte zuvor auf sowjetischer Seite bei entsprechenden Konzessionen der drei Westmächte der Wille zum Abschluss des Vertrags bestanden haben, so war er spätestens ab Oktober nicht mehr vorhanden. Höchstwahrscheinlich spielten militärstrategische Gründe eine Rolle. Ein Rückzug aus Österreich hätte weitreichende Folgen gehabt, war doch die sowjetische Präsenz in Österreich die einzige international anerkannte Begründung für die Anwesenheit von sowjetischen Truppen in Ungarn und Rumänien. Retrospektiv ist in Unkenntnis sowjetischer Akten häufig von der „verpassten Chance“ gesprochen worden, was auch dem damaligen Empfinden entsprach.⁴²

Das 1945 aus der Konkursmasse des „Dritten Reichs“ wiedererrichtete Österreich blieb somit weiterhin besetzt. Auf dem Gebiet des besetzten Deutschland hatten sich 1949 zwei ebenfalls nichtsouveräne Staaten konstituiert, mit denen Österreich nicht in offizielle Beziehungen eintreten durfte. Dennoch gab es nicht

pol/49, Karton 99; Kanzleileiter Seewald an BKA/AA, Berlin, 18. Oktober 1949, ÖStA, AdR, BKA/AA, II-pol 1949, Deutschland 3, GZ. 88.385-pol/49, Karton 100; Kanzleileiter Seewald an BKA/AA, Berlin, 18. Oktober 1949, ÖStA, AdR, BKA/AA, II-pol 1949, Deutschland 3, GZ. 88.387-pol/49/Blg. Konvolut, Karton 100; Kanzleileiter Seewald an BKA/AA, Berlin, 18. Oktober 1949, ÖStA, AdR, BKA/AA, II-pol 1949, Deutschland 3, GZ. 88.388-pol/49/Blg. Konvolut, Karton 100; Kanzleileiter Seewald an BKA/AA, Berlin, 18. Oktober 1949, ÖStA, AdR, BKA/AA, II-pol 1949, Deutschland 3, GZ. 88.389-pol/49/Blg. Konvolut, Karton 100; Kanzleileiter Seewald an BKA/AA, Berlin, 18. Oktober 1949, ÖStA, AdR, BKA/AA, II-pol 1949, Deutschland 3, GZ. 88.398-pol/49/Blg. 1, Karton 100.

⁴¹ Arbeiter-Zeitung, 8. Oktober 1949, 3.

⁴² Wolfgang Mueller, Gab es eine „verpasste Chance“? Die sowjetische Haltung zum Staatsvertrag 1946–1952, in: Arnold Suppan/Gerald Stourzh/Wolfgang Mueller (Hg.), Der österreichische Staatsvertrag 1955. Internationale Strategie, rechtliche Relevanz, nationale Identität, Wien 2005, 89–120.

nur die ausgeführten Wechselwirkungen, sondern bereits seit 1945/46 Interaktionen und nach 1949 auch zunehmend formalisierte Kontakte. Diese betrafen nicht nur den westlichen Teil Deutschlands, sondern auch den sowjetisch besetzten östlichen. Bevor diese dargestellt werden, muss daher kurz auf die jeweiligen österreichischen, ost- und westdeutschen Vertretungsbehörden, die trotz des Fehlens diplomatischer Beziehungen entstanden, eingegangen werden. Anhand ihrer Berichterstattung werden zudem die wechselseitigen Wahrnehmungen thematisiert.

II. VON DER GRÜNDUNG DER DDR ZUM ÖSTERREICHISCHEN STAATSVERTRAG 1949–1955

1. GEGENSEITIGE WAHRNEHMUNGEN

a) Vertretungsbehörden und westdeutsche Stimmen

Während Österreich mit der BRD kontinuierlich Kontakte aufbaute, standen offizielle Kontakte zur DDR beziehungsweise deren Anerkennung nicht zur Diskussion. Trotz der alliierten Restriktionen konnte Österreich seit 1946 in den drei westlichen Besatzungszonen Deutschlands „Verbindungsstellen“ unterhalten, die aus den diversen Repatriierungsstellen, auf die weiter unten einzugehen sein wird, hervorgegangen waren, die aber keinen offiziellen Status hatten. Später wurden ihnen von westdeutscher Seite konsularische Rechte gewährt. Die Verbindungsstellen in Baden-Baden, Frankfurt und Hamburg wurden bereits 1948 in Konsulate umgewandelt.¹ Die Errichtung einer Verbindungsstelle in der SBZ war am sowjetischen Widerstand gescheitert.² Berlin blieb ein Sonderfall, der eingehend besprochen werden muss.

Nach der Gründung der BRD mit Regierungssitz in Bonn gewann die österreichische Verbindungsstelle Düsseldorf gegenüber den anderen Verbindungsstellen und Konsulaten rasch an Bedeutung. Der Wiener Diplomat Josef Schöner trat seinen Dienst ebendort Ende März 1950 an. Zu seinen dringlichsten Aufgaben gehörte „die Errichtung einer Verbindungsstelle in Bonn, die inoffiziell als

¹ Pape, Brüder, 126–127. Zu den österreichischen Vertretungsbehörden ausführlicher Rudolf Agstner, 130 Jahre Österreichische Botschaft Berlin. Von der Moltkestraße zur Stauffenbergstraße. Handbuch der Vertretungsbehörden von Österreich(-Ungarn) in Deutschland seit 1720, Wien 2003; ders., Die bilateralen diplomatischen und konsularischen Vertretungsbehörden von Österreich und Deutschland, in: Michael Gehler/Rudolf Agstner (Hg.), Einheit und Teilung. Österreich und die Deutschlandfrage 1945–1960. Eine Edition ausgewählter Akten, Innsbruck/Wien/Bozen 2011, 473–488; ders., „Einer Ubikation im Stadtgebiet von Bonn wäre der Vorzug zu geben.“ Österreichs Vertretungsbehörden in Deutschland, in: Michael Gehler/Ingrid Böhrler (Hg.), Verschiedene europäische Wege im Vergleich. Österreich und die Bundesrepublik Deutschland 1945/49 bis zur Gegenwart. Festschrift für Rolf Steininger zum 65. Geburtstag, Innsbruck/Wien/Bozen 2007, 87–110.

² Fiesinger, Ballhausplatzdiplomatie, 359.

eigentliche österreichische Vertretungsbehörde fungieren sollte“. Ab Juni 1950 unterhielt er unter stillschweigender Duldung der Alliierten ein Büro in Bonn, das binnen Jahresfrist als „Österreichische Vertretung“ bezeichnet wurde. Er selbst wurde wie ein akkreditierter Diplomat behandelt. Die übrigen Verbindungsstellen in den anderen Zonen wurden faktisch dem Düsseldorfer Konsulat unterstellt. Der deutsche Historiker Matthias Pape schätzt ein, dass die politische Berichterstattung aus Deutschland überhaupt erst mit dem Dienstantritt Schöners in Düsseldorf einsetzte. Er wurde für fast zwei Jahrzehnte zu einer Schlüsselfigur der österreichischen Diplomatie in den österreichisch-deutschen Beziehungen.³

Bereits im Mai 1950 wollte Bundeskanzler Konrad Adenauer, der das Fehlen offizieller Beziehungen als „monströs und unhaltbar“⁴ bezeichnet hatte, infolge Schöners Entsendung nach Bonn ein „deutsches Generalkonsulat“ in Wien errichten. Im Hinblick auf eine erwartete Belebung des Warenaustauschs wurde dies von Außenminister Karl Gruber begrüßt. Jedoch stieß Adenauer mit seinem Ansinnen auf den Widerstand der drei Hohen Kommissare, denn für die Errichtung einer offiziellen Vertretung war nach den Bestimmungen des Kontrollabkommens für Österreich die Zustimmung aller vier Besatzungsmächte notwendig.⁵ Bei der Installierung Schöners in Bonn war, um befürchtete Schulduweisungen von sowjetischer Seite zu vermeiden, eine Akkreditierung bei den Alliierten unterblieben, obwohl sie formalrechtlich sogar möglich gewesen wäre. In Wien, das unter Viermächtebesatzung stand, war ein solches Vorgehen ohne entsprechende Anfrage an die Alliierten nicht denkbar: „Die Tätigkeit eines deutschen Gen[eralk]onsuls in Wien, sei sie auch inoffiziell, wie diejenige Schöner's in Bonn, könnte auf Dauer gewiß nicht unbemerkt bleiben.“ Man fürchtete die mögliche sowjetische Reaktion und im Falle von Problemen mit den Sowjets die Verlegung des Amtssitzes eines westdeutschen Vertreters nach Westösterreich. Letzteres galt am Ballhausplatz als unerwünscht. Daher wurde Schöner angewiesen, „vorbeugend auf die entsprechenden Kreise in der BRD einzuwirken, um es gar nicht bis zu einem Antrag kommen zu lassen, da die erfolgende Ablehnung Österreich angelastet werden würde. Denn in der BRD hat man es nur mit einer dreigliedrigen Hochkommission zu tun was die Dinge einfacher erscheinen lässt als die Lage in Wien mit den Sowjets ist.“ Von der Sowjetunion wäre eine Zustimmung wohl nur um den Preis, dass der DDR ebenfalls eine Vertretung in Wien genehmigt werden würde, zu erhalten gewesen.⁶

³ Pape, Brüder, 127–131.

⁴ Josef Schöner (Düsseldorf) an Bundeskanzleramt/Auswärtige Angelegenheiten (Wien), 25. Mai 1950 (= Dokument 25), in: Gehler/Agstner (Hg.), Einheit und Teilung, 86–89, hier 87.

⁵ Pape, Brüder, 135.

⁶ Amtsvermerk betreffend die Errichtung deutscher Gen.-Konsulate; Österreich, Wien, 29. Juni 1950, ÖStA, AdR, BMfaA, II-Pol 1950, Deutschland 2, GZ. 124.585-Pol/50, Karton 134.

Westdeutsche Wahrnehmungen zu Österreich sind zwar nicht Gegenstand dieser Studie und werden im weiteren Verlauf nur betreffend das österreichisch-ostdeutsche Verhältnis thematisiert. Mit Blick auf die Spaltung Deutschlands und die am Ende dieses Abschnitts zu besprechende „Österreich-Lösung“ von 1955 sei aber angemerkt, dass die Lage in Österreich seitens der BRD nicht immer in vollem Umfang verstanden wurde. Josef Schöner wurde zum Chronisten dieser gelegentlichen Fehlwahrnehmungen durch westdeutsche Politiker, denen es beispielsweise nur schwer näherzubringen war, dass sich die Situation im sowjetisch besetzten östlichen Österreich grundlegend von der Lage in der SBZ unterschied.⁷ Ein entsprechendes Bild zu vermitteln, sah er als seine Aufgabe an. Ende 1951 hatte Außenminister Gruber ebenfalls Gelegenheit dazu, als er am Rande der Pariser Außenministerkonferenz mit Bundeskanzler Adenauer zusammentraf. Der westdeutsche Kanzler betonte danach gegenüber Schöner, „dass er endlich einen richtigen Begriff von der innepolitischen Situation Österreichs [...] erhalten“ habe. Von besonderem Interesse waren Grubers Ausführungen zum Verhältnis zu und den Umgang mit den Alliierten.⁸ Ende 1951 drängte Adenauer auf die Beschleunigung der Entsendung eines westdeutschen Vertreters nach Wien und gab bereits jetzt, nachdem ihm der amerikanischen Hochkommissär John Jay McCloy (offenbar in einer nicht sehr günstigen Weise) über seine Eindrücke in Österreich erzählt hatte, seine Auffassung zu den Unterschieden zwischen Österreich und dem deutschen Weststaat preis:

„Er könne sich ein Bild von den Schwierigkeiten machen, denen sich die österreichische Bundesregierung durch die Lage gegenüber vier Besatzungsmächten gegenübersehe. Es gäbe aber in Deutschland manche Stimmen, die seit einiger Zeit von den angeblichen Vorteilen einer ‚österreichischen Lösung‘ des Problems der deutschen Einheit redeten; er, Dr. Adenauer, müsse eine derartige Lösung unbedingt ablehnen, da sie durch die Wiederherstellung einer auf jeden Fall nicht funktionsfähigen Viermächtekontrolle die Lage der Bundesrepublik entscheidend verschlechtern würde, ohne der sowjetischen Besatzungszone wesentliche Erleichterung zu bringen. Es genüge nicht, dass ‚Vier im Jeep‘ in Berlin herumführen. Die Viermächtekontrolle in Österreich beruhe auf ganz anderen Gegebenheiten und könne für Deutschland kein Muster darstellen.“⁹

⁷ So schrieb Schöner beispielsweise nach einem Gespräch mit dem bayerischen Ministerpräsidenten Hans Erhard: „Es war auffallend, wie wenig er sich – gleich den meisten Politikern in Deutschland – hierüber informiert zeigte. Meine Erklärungen, dass die Verhältnisse in unserer russischen Besatzungszone von denen in der Ostzone grundverschieden seien, erregen immer wieder fast ungläubiges Erstaunen und Verwunderung.“ Österreichische Verbindungsstelle in der Britischen Besatzungszone in Deutschland, Josef Schöner (offiziell Düsseldorf, tatsächlich Bonn) an Karl Gruber (Wien), 17. März 1951 (= Dokument 52), in: Gehler/Agstner (Hg.), *Einheit und Teilung*, 126–128.

⁸ Josef Schöner (Bonn) an Karl Gruber (Wien), 29. November 1951 (= Dokument 68), in: ebd., 153–154.

⁹ Josef Schöner (Bonn) an Karl Gruber (Wien), 20. Dezember 1951 (= Dokument 70), in: ebd., 158–159.

Adenauer hoffte zu dieser Zeit auf eine Wiederherstellung der westdeutschen Souveränität durch den „Generalvertrag“ und war der Ansicht, dass sich dies auch günstig auf die Beziehungen zu Österreich auswirken müsse. Dem musste Schöner „erwidern, dass diese vor allem von dem österreichischen Besatzungsstatut abhingen“. Dies war auch der Grund, warum eine rasche Änderung seiner „inoffizielle[n] Stellung“ nur wenig wahrscheinlich war. Trotzdem versicherte er, dass Österreich alles tun werde, um einem künftigen deutschen Vertreter in Wien die Arbeit zu erleichtern. Abschließend meinte Adenauer: „[E]s sei ein großer Wunsch von ihm, wieder einmal nach Österreich, besonders nach so vielen Jahren wieder nach Wien zu reisen, doch müsse er leider mit der Verwirklichung warten bis ein solcher Besuch auf weniger Schwierigkeiten stoße, als dies jetzt der Fall wäre.“¹⁰ In Schöners Berichten schwingt stets eine gewisse Bewunderung für Adenauer mit und seine nach Wien übermittelten Aussagen zeugen durchaus von einer Grundsympathie für Österreich,¹¹ bei gleichzeitiger Ablehnung aller Vorbildwirkung. Trotz des Fehlens diplomatischer Beziehungen kam es bereits 1953 zu einem Besuch von Außenminister Karl Gruber und Staatssekretär Bruno Kreisky bei Adenauer in Bonn.¹² Diese Visite stand angesichts der österreichisch-deutschen Vorgeschichte im Spannungsfeld von gewünschter bilateraler Annäherung und gleichzeitiger Notwendigkeit einer deutlichen Abgrenzung Österreichs von der BRD. In diesem Zusammenhang hielt Schöner zur Haltung der „Deutschen“ gegenüber Österreich fest: „Innerhalb der Bundesregierung ist es vor allem Bundeskanzler Adenauer, der die selbständige Existenz Österreichs ohne innere Vorbehalte anerkennt. Von einer Reihe seiner Kabinettsmitglieder [...] könnte man dies bestimmt nicht mit gutem Gewissen behaupten.“ Adenauer erwartete, dass ein grundlegender Wandel dieser Einstellung noch dauern würde.¹³ Im September 1953 absolvierte Schöners kurzzeitiger Nachfolger in Bonn, Heinrich Schmid, seinen Antrittsbesuch bei Adenauer und berichtete anschließend über dessen Ausführungen über Vergangenheit und Zukunft der österreichisch-westdeutschen Beziehungen. Der Kanzler hatte beklagt, „dass die Beziehungen zwischen Deutschland und Österreich ‚kühler‘ seien, als sie es sein sollten“ und auf Nachfrage hin erklärt, die „Verkühlung“

¹⁰ Josef Schöner (Bonn) an Karl Gruber (Wien), 20. Dezember 1951 (= Dokument 70), in: ebd., 158–159.

¹¹ Auf den österreichischen Wahltermin in der „Karnevalszeit“ eingehend, bemerkte Adenauer Anfang 1953: „Die Österreicher scheinen ja doch viel seriösere Menschen zu sein als man gemeinhin annehme.“ Josef Schöner (Bonn) an Karl Gruber (Wien), 5. Januar 1953 (= Dokument 87), in: ebd., 183–184.

¹² Leider konnte bisher kein Protokoll über die geführten Gespräche ausfindig gemacht werden. Zum Besuch siehe die Dokumente 88, 92, 99 in: ebd.

¹³ Für eine sensationelle Charakteristik zur „psychologische[n] Einstellung in Deutschland gegenüber Österreich“ aus österreichischer Feder siehe Josef Schöner (Bonn) an Karl Gruber (Wien), 31. März 1953 (= Dokument 96), in: ebd., 195–197.

wäre „atmosphärisch“ bedingt. „Da diese Feststellung, begleitet von dem subalternen Schweigen der übrigen Anwesenden, schwer zu diskutieren war“, sagte Schmid „nach einer kleinen Pause“, „dass diese scheinbare Verkühlung vielleicht darauf zurückzuführen sein könnte, dass die beiden Partner von [sic!, recte: vor] ihrer gegenseitigen Freundschaft ein bisschen Angst haben und fürchten, gleich zu intim zu werden.“ Offensichtlich beunruhigt ob der möglichen, aber noch unabsehbaren Veränderungen der sowjetischen Politik nach Stalins Tod, erkundigte sich Adenauer erneut nach Österreichs Verhältnis zu den Alliierten. Insbesondere vertrat er die Ansicht, dass sich die sowjetische Haltung gegenüber Österreich als nunmehr besonders freundlich gestalte. Schmid widersprach dieser Interpretation, konnte sich aber dennoch nicht des Eindrucks „eines bei ihm bestehenden inneren Misstrauens“ erwehren. Nachdem Schmid Adenauer zu seinem Wahlerfolg gratuliert hatte, meinte dieser, „dass er es als sein größtes Verdienst betrachte, dem ‚Neutralitäts-Drachen‘ den Kragen umgedreht zu haben.“ Eine Aussage, die ein bezeichnendes Licht auf seine spätere Haltung zum österreichischen Staatsvertrag 1955 wirft. Mit Blick auf das bilaterale Verhältnis wurde erneut die Frage einer deutschen Vertretung in Wien angesprochen, der nach Ansicht westdeutscher Funktionäre, nicht aber nach den Informationen der österreichischen Diplomatie die westlichen Alliierten auf Grund der unsicheren Reaktion der Sowjets nach wie vor skeptisch gegenüberstanden. Schmid hatte dazu eingeworfen, „dass die Alliierten die Angst vor den Russen uns beiden – Österreichern und den Deutschen – überlassen sollten“. Dem stimmte Adenauer „laut“ zu und wies das Kanzleramt an, die Angelegenheit ohne weitere Befassung der Alliierten Hochkommission voranzutreiben.¹⁴ Tatsächlich kam es nun binnen weniger Wochen zur Errichtung der langersehnten Vertretung.

Da eine politische Vertretung der DDR immer wieder als Junktim für eine sowjetische Zustimmung zu einer BRD-Vertretung aufs Tapet gebracht worden war,¹⁵ fand man eine Zwischenlösung in Form einer westdeutschen Handelsvertretung in Wien. Im November/Dezember 1953 konnte eine „Deutsche Wirtschaftsdelegation“ in Wien errichtet werden. Mit der Leitung wurde Carl-Hermann Mueller-Graaf betraut. Eine Handelsvertretung der DDR sollte auch auf Moskauer Druck nicht zugelassen werden. Im Sommer 1954 wurde der Name auf Wunsch Mueller-Graafs und des Ballhausplatzes in „Wirtschaftsdelegation der Bundesrepublik Deutschland“ geändert, obwohl der bisherige Name – im Sinne

¹⁴ Heinrich Schmid (Bonn) an Karl Gruber (Wien), 15. September 1953 (= Dokument 102), in: ebd., 204–206.

¹⁵ So zum Beispiel durch die Stuttgarter Nachrichten vom 26. September 1952. Siehe hierzu Vizekonsul Nestor an BM Gruber, Bonn, 27. September 1952, Zl. 629-Pol/52, ÖStA, AdR, BMfaA, II-Pol 1952, Deutschland 2, GZ. 156.334-Pol/52/Blg. 1, Karton 192; und Vizekonsul Nestor an BM Gruber, Bonn, 24. September 1952, Zl. 626-Pol/52, ÖStA, AdR, BMfaA, II-Pol 1952, Deutschland 2, GZ. 156.333-Pol/52/Blg. 1, Karton 192.

des Auswärtigen Amtes der BRD – den Alleinvertretungsanspruch besser zur Geltung brachte.¹⁶

Da man in der DDR rasch die Aussichtslosigkeit des Bestrebens, eine diplomatische Vertretung in Wien und anderen nichtsozialistischen Hauptstädten zu errichten, erkannt hatte, beschloss das Politbüro der SED, eine Ersatzlösung zu finden. Das DDR-Außenministerium wurde „beauftragt, die erforderlichen Maßnahmen zu treffen, damit in den Ländern¹⁷ [...], die die Deutsche Demokratische Republik nicht anerkannt haben und mit denen keine diplomatischen Beziehungen bestehen, die Interessen der Deutschen Demokratischen Republik und der deutschen Staatsangehörigen von einer befreundeten Regierung geschützt werden“. Im Falle Österreichs wurde eine Mitvertretung durch Ungarn angestrebt.¹⁸ Inwieweit die DDR eine Realisierung dieses Beschlusses verfolgte, ist nicht klar, fest steht, dass Österreich eine derartige Interessenswahrnehmung durch einen anderen Staat nicht akzeptiert hätte. Jedoch wurde entgegen der ursprünglichen Absicht bereits 1954 eine Vertretung der Kammer für Außenhandel der DDR in Wien zugelassen, die fortan danach trachtete, als quasi-diplomatische Vertretung zu fungieren. Man benutzte also wie die BRD – wenn auch unter vollkommen anderen Vorzeichen – die Wirtschaft als Hintertür, um eine Präsenz in Wien zu erlangen.

b) Von der Gründung zum Volksaufstand: Die junge DDR aus österreichischer Sicht

Während die österreichische Diplomatie trefflich über die Außenwirkung der DDR und ihre schwierige Integration in den „Ostblock“ berichtete,¹⁹ war sie hinsichtlich der inneren Entwicklung auf veröffentlichte Informationen und auf Einschätzungen primär westdeutscher Provenienz angewiesen. Insbesondere den Berichten des in Wien und auch in Bonn hoch geschätzten Josef Schöner kam eine bedeutende Rolle zu. Dieser sah keine Chance auf eine deutsch-deutsche Verständigung über die Wiederherstellung der Einheit des Landes, was nicht zuletzt an den grundverschiedenen Auffassungen zu „Begriffen wie Freiheit und Frieden“ lag.²⁰ Trotz des nach der Gründung der DDR formal weiter bestehenden Mehrpar-

¹⁶ Pape, Brüder, 211–225.

¹⁷ Außer den westlichen Besatzungsmächten USA, Großbritannien und Frankreich.

¹⁸ Sitzung des Politbüros des Zentralkomitees am 18. April 1950 (Protokoll Nr. 84), Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO-BArch), Berlin, DY 30/IV 2/2/84, Bl. 49, Anlage Nr. 4: Bl. 57.

¹⁹ Siehe hierzu ausführlich Graf, Die DDR im „Ostblock“ 1949–1972, 29–80, 34–45.

²⁰ Josef Schöner (Bonn) an Karl Gruber (Wien), 14. November 1951 (= Dokument 66), in: Gehler/Agstner (Hg.), Einheit und Teilung, 148–150.

teiensystems hatte Schöner kaum Zweifel daran, dass die unter sowjetischer Kontrolle stehende SED die allein bestimmende Kraft war. Sämtliche Gesetze und bedeutenden politischen Akte mussten vor ihrer In-Kraft-Setzung oder Durchführung durch die Regierung vom Politbüro oder vom ZK-Sekretariat abgesegnet werden. Die Einheitswahlliste, in der die anderen Parteien nach festem Schlüssel (wenn auch zahlenmäßig geringer) repräsentiert waren, umfasste auch Vertreter der Massenorganisationen, die ebenfalls von der SED gesteuert wurden. Dazu gehörten zum Beispiel der „Freie Deutsche Gewerkschaftsbund“ (FDGB) und die „Freie Deutsche Jugend“ (FDJ). Dadurch war in jedem Fall eine parlamentarische Mehrheit für die SED garantiert. Die Volkskammerwahlen am 15. Oktober 1950, bei denen ohnehin nur die Einheitsliste zur Wahl stand, erbrachten nach offiziell verlautbarten – jedoch gefälschten – Zahlen bei einer Beteiligung von 98,4 Prozent eine Zustimmung von 99,7 Prozent zur vorgelegten Einheitsliste. Bereits im Juli 1950 war Walter Ulbricht auf dem III. Parteitag der SED zum Generalsekretär gewählt worden. Anschließend hatte eine Säuberungswelle eingesetzt, die neben der SED auch die Blockparteien erfasste.²¹

Schöner hielt dazu fest, dass der SED außerordentlich daran gelegen war, „die Fiktion aufrecht zu erhalten, dass es in Ostdeutschland nach wie vor mehrere Parteien gäbe [...] deren Einfluss eben wegen der in den letzten Jahren angeblich erfolgten Gesinnungswandlung der Wählerschaft gegenüber jenem der machtvollen SED sehr stark zurückgegangen“ sei. „Natürlich beruht diese Darstellung nicht auf Richtigkeit. Vielmehr stellt sich die Lage in Ostdeutschland heute so dar, dass der legale Hauptvorstand der CDU der sowjetischen Besatzungszone sich in der Emigration befindet und dass die in Ostdeutschland verbliebenen CDU-Parteiführer, die von dem Regime Pieck-Grotewohl noch geduldet werden, sich dem volksdemokratischen Terror beugen mussten und keinerlei eigene Entscheidungsfähigkeit mehr besitzen.“²² Über die Wahlvorbereitungen wusste Schöner zu berichten, dass diese „nicht nur alle Formen der Propaganda und Einschüchterung, sondern auch grossangelegte Säuberungsaktionen sowohl innerhalb der SED“ als auch in den „Blockparteien“ umfassten. Zudem erwartete er die Auflösung aller Parteien außer der SED nach den Wahlen.²³

²¹ Ulrich Mählert, *Kleine Geschichte der DDR*, München 2007, 5. Auflage, 53–58. Für die exakten Zahlen siehe *Der Fischer Weltalmanach. Chronik Deutschland 1949–2009. 60 Jahre deutsche Geschichte im Überblick* (Lizenz Ausgabe für die Bundeszentrale für politische Bildung), Bonn 2008, 34.

²² Generalkonsul Schöner an BKA/AA, [o. O., Düsseldorf oder Bonn], 4. August 1950, Zl. 318/Pol/50, ÖStA, AdR, BMfAA, II-Pol 1950, Deutschland 3, GZ. 126.559-Pol/50, Karton 135. Siehe hierzu Siegfried Suckut, *Parteien in der SBZ/DDR 1945–1952* (Deutsche Zeitbilder), Bonn 2000.

²³ Generalkonsul Schöner an BKA/AA, Düsseldorf, 16. September 1950, Zl. 382-POL/50, ÖStA, AdR, BMfAA, II-Pol 1950, Deutschland 3, GZ. 127.717-Pol/50, Karton 135.

Im Gegensatz zu diesen eindeutigen Einschätzungen, die auf in Bonn gewonnenen Erkenntnissen basierten, standen Berichte von Norbert Bischoff aus Moskau. Nach dem Weltkrieg zunächst in Paris eingesetzt, diente er vom 31. Dezember 1946 bis ins Jahr 1960 zunächst als Politischer Vertreter, ab 1953 als Botschafter Österreichs in der Sowjetunion. Bischoff galt weithin als äußerst sowjetfreundlich eingestellt, was am Ballhausplatz stets auf wenig Gegenliebe stieß. So wurde zum Beispiel behauptet, dass er fallweise zu einem Opfer der sowjetischen Propaganda geworden sei. Bischoff hatte aber ein persönliches Vertrauensverhältnis zum österreichischen Bundeskanzler Julius Raab (1953–1961) und gilt auch als eine jener Personen, die 1955 die Gunst der Stunde für den österreichischen Staatsvertrag erkannten.²⁴ Über das DDR-„Wahlergebnis“ 1950 urteilte er in vollkommener Verkennung der Lage und ohne einen Gedanken an die Möglichkeit einer Wahlfälschung zu verschwenden:

„Denn für jeden der nicht sich selbst und seine Umwelt krampfhaft verblenden will, indem er sich und den anderen einredet, dass man 99 und mehr Prozent einer zivilisierten Bevölkerung durch Zwang und Terror zu[m] ‚Ja‘ sagen bringen kann, bilden diese Wahlen den nunmehr unumstößlichen Beweis, dass ein sehr beträchtlicher Teil des deutschen Volkes, eben das Volk, den Weg, auf den die Russen es nach der katastrophalen Niederlage gewiesen haben, tatsächlich als einen ‚Weg ins Freie‘ betrachtet, dass es das Regime nicht als ein russisches sondern als sein eigenes deutsches ansieht, dass es also heute irgendwo in Deutschland eine Regierung gibt, hinter der einmütig und einsatzbereit beträchtliche Massen des deutschen Volkes stehen und dass dies eine Regierung ist, die dem Volk verspricht, es in friedlicher Arbeit zum Sozialismus und in weiterer Folge zum Kommunismus zu führen.“²⁵

Als ausschlaggebend sah er zahlreiche Parallelen zur nationalsozialistischen Politik (u. a. im Hinblick auf die Jugendpolitik), die es für viele leicht machen würde, sich mit dem neuen Regime anzufreunden. Zur weltpolitischen Bedeu-

²⁴ Für die durchaus ambivalenten Bewertungen zur Person Bischoff siehe zuletzt Mueller, Example, 84–86; Gehler, Außenpolitik, 93, 102, 127–133; sowie des Weiteren Agstner/Enderle-Burcel/Föllner (Hg.), Österreichs Spitzendiplomaten, 133–135; Viktor Matejka, Anregung ist Alles. Das Buch Nr. 2, Wien 1991, 85, 142; Oliver Rathkolb, Die paradoxe Republik. Österreich 1945–2005, Wien 2005, 177; Bischof, Austria in the First Cold War, 72, 134, 143, 155. Für eine persönliche positive Erinnerung an Bischoff siehe die Memoiren seines Botschaftsrates in Moskau Otto Eiselsberg, Erlebte Geschichte 1917–1997, Wien/Köln/Weimar 1997, 200–257. Weiter erhellend zu Bischoff Herbert Grubmayr, „In zwei Wochen gehst du nach Moskau!“ (= Zeitzeugengespräch mit Helmut Wohnout und Michael Gehler), in: Helmut Wohnout (Hg.), Demokratie und Geschichte. Jahrbuch des Karl von Vogelsang-Instituts zur Erforschung der Geschichte der christlichen Demokratie in Österreich 3, Wien/Köln/Weimar 1999, 127–154, insbesondere 131–140. Grubmayr sprach angesichts der Tatsache, dass Bischoff in Moskau dezidiert kapitalistisch lebte und auftrat, gleichzeitig aber sowjetische Propaganda als Tatsachen nach Wien einberichtete, von „einer Art von Bewußtseinsspaltung“ (136–137).

²⁵ Bischoff an Gruber, Moskau, 21. Oktober 1950, Zl. 90/Pol, ÖStA, AdR, BKA/AA, II-Pol 1950, Deutschland 3, GZ. 129.318-Pol/50, Karton 135.

tung der DDR als sozialistischer Staat meinte er: „Denn was sich bisher an Völkern westlich Russlands aufgemacht hat auf den Weg zum Kommunismus, war Pheripherisch-Unverbindliches. Nunmehr aber sind es an die zwanzig Millionen Deutsche.“²⁶

Zu den drängendsten Problemen der jungen DDR gehörten die wirtschaftliche Lage, die Fluchtbewegung nach Westen und in enger Verbindung damit die Aufstellung bewaffneter Kräfte – kausale Zusammenhänge, die der österreichischen Diplomatie trotz des Fehlens eines Beobachters vor Ort nicht verborgen blieben. Auf Basis westlicher Quellen berichtete Schöner im August 1950 über Vermutungen, wonach „der von Walter Ulbricht auf dem jüngsten Parteitag der SED in Berlin verkündete Fünfjahrplan [...] im Kern nichts anderes [sei] als ein grossangelegter Rüstungsplan, dessen Früchte der mit Hochdruck betriebenen sowjetischen Rüstung zugute kommen sollen“. Als Indiz hierfür galt die auffällige Begünstigung der Grundstoffindustrie bei gleichzeitiger Vernachlässigung der Konsumgüterindustrie.²⁷

Zur Aufstellung der Volkspolizei in Armeeform urteilte Schöner 1952 wie viele westliche Beobachter dieser Zeit: „Es unterliegt wohl keinem Zweifel, dass die sozusagen in halboffizieller Form erfolgte Ankündigung der allgemeinen Dienstpflicht bei der Volkspolizei als vorweggenommene Antwort auf die bevorstehende Aufstellung von deutschen Truppenkontingenten in der Bundesrepublik gedacht ist.“²⁸ Für Schöner war klar, dass die „Volkspolizei“, wohl bald den Namen „Volksarmee“ tragen würde und wies auf die „nicht gerade geringe Zahl von Offizieren aus der ehemaligen Wehrmacht“ in dieser hin.²⁹

²⁶ Weiters führte er zum Zustandekommen des Wahlergebnisses folgendes aus: „Der Erfolg des ostdeutschen Regimes ist umso beträchtlicher, als in der Woche vor den Wahlen geradezu ein Trommelfeuer von Antipropaganda durch die westdeutschen und zahlreiche sonstige westliche Sender auf den ostdeutschen Wähler losgelassen wurde. Es hat offenbar nur wenige Menschen abgehalten, den Kandidaten der Nationalen Front ihre Stimme zu geben; vermutlich deshalb, weil der grösste Teil der Gegner schon vorher über die Zonengrenze nach Westen emigriert ist. Möglicherweise aber auch deshalb, weil die Zustände in jenem um das Wohl des Ostens so besorgten Westen, seine Zukunftsperspektiven und Gegenwartsrezepte durchaus nicht derart sind, dass sie den Ratschlägen jener ratlos Ratenden besonderes Gewicht verleihen würden.“ Bischoff an Gruber, Moskau, 21. Oktober 1950, Zl. 90/Pol, ÖStA, AdR, BKA/AA, II-Pol 1950, Deutschland 3, GZ. 129.318-Pol/50, Karton 135.

²⁷ Generalkonsul Schöner an BKA/AA, [o. O., Düsseldorf oder Bonn], 24. August 1950, Zl. 333-POL/50, ÖStA, AdR, BMfAA, II-Pol 1950, Deutschland 3, GZ. 126.978-Pol/50, Karton 135.

²⁸ Gesandter Schöner an BM Gruber, Bonn, 15. Januar 1952, Zl. 32-Pol/52, ÖStA, AdR, BMfAA, II-Pol 1952, Deutschland, 5, GZ. 146.676-Pol/52, Karton 193.

²⁹ Gesandter Schöner an BM Gruber, Bonn, 9. Juni 1952, ÖStA, AdR, BMfAA, II-Pol 1952, Politische Berichte Bonn, GZ. 152.265-Pol/52, Zl. 320/Pol/52, Karton 223. Dazu Torsten Diedrich/Rüdiger Wenzke, Die getarnte Armee. Geschichte der Kasernierten Volkspolizei der DDR 1952 bis 1956, Berlin 2001.

Die erhebliche Fluchtbewegung aus der DDR, die 1949 gegen 130.000 und 1950 bereits fast 200.000 Personen erfasst hatte, Menschen die aus ökonomischen und/oder politischen Gründen dem „Arbeiter und Bauern-Staat“ den Rücken kehrten, stellte ein konstant beobachtetes Phänomen dar. Zwar ging Schöner in einem seiner Berichte von höheren, auf westdeutschen Quellen basierenden Zahlen aus, jedoch vermochte er es, die Grundtendenz eindeutig zu vermitteln. So berichtete er über die westdeutsche Einschätzung, dass auch die zweifellos strengere Bewachung der Zonengrenze zwischen West- und Ostdeutschland kaum ins Gewicht falle, da auf Grund ihrer Länge „eine hermetische Abschlüssung ‚physisch unmöglich‘“ erscheine.³⁰ Offenbar lag das, was zehn Jahre später endgültig Realität war, noch außerhalb der Vorstellungskraft. Näher am Geschehen war aber Österreichs diplomatischer „Horchposten“ in Berlin, auf den weiter unten ausführlicher eingegangen wird. Im Juni 1952 konstatierte die Österreichische Delegation Berlin trotz relativ normaler Lage eine sich täglich erhöhende Anzahl der aus der Ostzone ausbrechenden Flüchtlinge.³¹ Auf Basis von Berichten der Delegation musste Schöner im Sommer 1952 eine zunehmende Verhärtung der Lage und eine Ausweitung der Schikanen gegenüber dem Besitz von West-Berlinern im Ostteil der Stadt feststellen. Nun sprach er offen davon, dass die Absperrmaßnahmen „immer schärfere Formen“ annehmen würden. Die Reisetätigkeit der DDR-Bevölkerung wurde immer umfassender überwacht. Auch verkehrspolitisch strebte man nach Abschottung: „Alle diese Massnahmen laufen darauf hinaus, Ostdeutschland, also die Deutsche Demokratische Republik, immer mehr vom Westen abzuschliessen.“³² Hinsichtlich der Stimmung in der DDR ging Schöner davon aus, dass 90 Prozent der Bevölkerung dem Regime ablehnend gegenüberstünden, wofür ernste Missfallenskundgebungen als Beweis herangezogen wurden. Trotz „in letzter Zeit“ erfolgter „sehr bedeutende[r] Gehaltserhöhungen für Intelligenzberufe und eine besonders intensivierete Propaganda“ sei es nicht gelungen, „die Stimmung zu heben“.³³ Als deprimierendes Fazit des Sommers 1952 ergab sich angesichts der neuen „Reisebeschränkungen“, dass „es nur Wenigen möglich sein [wird], aus der sowjetischen Zone nach Ostberlin oder

³⁰ Generalkonsul Schöner an BM Gruber, Düsseldorf, 20. Juli 1950, Zl. 271-POL/50, ÖStA, AdR, BMfAA, II-Pol 1950, Deutschland 11, GZ. 126.165-Pol/50, Karton 136.

³¹ Gesandter Schöner an BM Gruber, Bonn, 12. Juni 1952, Zl. 323-Pol/52, ÖStA, AdR, BMfAA, II-Pol 1952, Deutschland 3, GZ. 152.657-Pol/52, Karton 193.

³² Gesandter Schöner an BM Gruber, Bonn, 8. Juli 1952, Zl. 429-Pol/52, ÖStA, AdR, BMfAA, II-Pol 1952, Deutschland 3, GZ. 153.279-Pol/52, Karton 193. Vgl. dazu in Langzeitperspektive Helge Heidemeyer, 1961 „Antifaschistischer Schutzwall“ oder „Brankrotterklärung des Ulbricht-Regimes“? Grenzsicherung und Grenzüberschreitung im doppelten Deutschland, in: Udo Wengst/Hermann Wentker (Hg.), Das doppelte Deutschland. 40 Jahre Systemkonkurrenz, Berlin 2008, 87–109, zur Abriegelung der „innerdeutschen“ Grenze 1952 insbesondere 87, 91, 97–100.

³³ Gesandter Schöner an BKA/AA, Bonn, 11. Juli 1952, Zl. 449-Pol/52, ÖStA, AdR, BMfAA, II-Pol 1952, Deutschland 3, GZ. 153.764-Pol/52, Karton 193.

Westberlin zu kommen.“ Dennoch registrierte man ein starkes Anwachsen der Fluchtbewegung.³⁴

Doch dies war erst der Anfang. Der auf der II. Parteikonferenz der SED im Juli 1952 beschlossene planmäßige Aufbau des Sozialismus zeitigte ein rascheres Vorgehen bei der Umgestaltung der DDR. So kam es ab Herbst zu einer Forcierung der Kollektivierung der Landwirtschaft, zur Verschärfung des Kirchenkampfes; der kostspielige Ausbau der Kasernierten Volkspolizei wurde fortgesetzt, der Fokus auf die Schwerindustrie führte zu einer Verschlechterung der Versorgungslage und das auf Grund der angeführten Maßnahmen und den zu leistenden Reparationen schwer belastete Budget drohte zu kollabieren. Die daraus resultierende latente Unzufriedenheit der Bevölkerung führte zu einem rasanten Ansteigen der Fluchtbewegung in der ersten Jahreshälfte 1953.³⁵

Im Februar 1953 informierte die Österreichische Delegation Berlin den Ballhausplatz über „den wachsenden Terror gegen die sogenannten Großbauern“.³⁶ Ebenfalls Beachtung fanden Rüstungsaufträge an die „Volkseigenen Betriebe“.³⁷ Nach Stalins Tod im März erkannte man, dass sich trotz gewisser Unsicherheiten nichts an der inneren Politik der DDR geändert hatte. Die Sowjetisierung wurde im gleichen Tempo fortgesetzt und nicht zuletzt deshalb rissen die Flüchtlingsströme nach West-Berlin nicht ab.³⁸ Die österreichischen Medien berichteten ab Mitte 1952 verstärkt über die Lage in der DDR. Besondere Aufmerksamkeit erfuhren die Versorgungslage, interne Säuberungen und die Fluchtbewegung, deren Ansteigen im Frühjahr 1953 größere Beachtung geschenkt wurde. Von der nichtkommunistischen Presse wurden keine großen Entlastungen erwartet. Das Zentralorgan der KPÖ folgte den Veröffentlichungen der SED-Propaganda.³⁹

Der auf Weisung Moskaus am 9. Juni 1953 verkündete „Neue Kurs“, der den forcierten „Aufbau des Sozialismus“ per Notbremse beenden und die Lage beruhigen sollte, kam zu spät. Von der Bevölkerung wurde dieser Schritt als halbherzig

³⁴ Gesandter Schöner an BM Gruber, Bonn, 8. August 1952, Zl. 533-Pol/52, ÖStA, AdR, BMfaA, II-Pol 1952, Deutschland 3, GZ. 155.045-Pol/52, Karton 193.

³⁵ Hoffmann, Ulbricht, 31–38.

³⁶ Bericht von Konsul Hoinik über Maßnahmen gegen den Bauernstand in der DDR (Zl. 7-Pol/53), Berlin, 11. Februar 1953, übermittelt durch Gesandten Schöner an BM Gruber, Zl. 104/Pol/53, Bonn, 13. Februar 1953, ÖStA, AdR, BMfaA, II-Pol 1953, Deutschland 3, GZ. 317.746-Pol/53, Karton 232.

³⁷ Bericht von Konsul Hoinik über Rüstungsaufträge an volkseigene Betriebe in der DDR (Zl. 2-Pol/53), Berlin, 5. 1. 1953, übermittelt durch Gesandten Schöner an BM Gruber, Bonn, 6. 1. 1953, ÖStA, AdR, BMfaA, II-Pol 1953, Politische Berichte Bonn, [o. GZ.], Zl. 7/Pol/53, Karton 259.

³⁸ Gesandter Schöner an BM Gruber, Bonn, 14. 4. 1953, ÖStA, AdR, BMfaA, II-Pol 1953, Politische Berichte Bonn, [zu GZ.320.228-Pol/53], Zl. 281/Pol/53, Karton 259.

³⁹ Kendler, Entwicklung, 100–135. Verglichen mit der Berichterstattung in der BRD, waren die österreichischen Medien verständlicherweise weniger ausführlich und kenntnisreich mit den Entwicklungen in der DDR befasst.

angesehen und wenig später kam es zur Eskalation. Ausgehend von einem Streik und einem Protestmarsch der Bauarbeiter der Berliner Stalinallee am 16. Juni, brachen am 17. Juni nahezu landesweit Streiks, begleitet von Demonstrationen aus. Die Erhebung hatte Massencharakter. Während die SED-Parteiführung ihrem Machtverfall hilflos zusah, nahm die Sowjetunion das Heft in die Hand und schlug den Aufstand erbarmungslos nieder. Die kaum vorhandene Verankerung der SED-Führung in der Bevölkerung hatte sich schonungslos offenbart. Zugleich war aber erstmals der Beweis angetreten worden, dass Moskau systembedrohende Veränderungen in seiner Einflussosphäre nicht dulden würde.⁴⁰

Während des Aufstands hielt sich der Berliner Bürgermeister Ernst Reuter auf Einladung der SPÖ in Wien auf. Am 17. Juni sprach er vor 6.000 Menschen, die zu einer Solidaritätskundgebung gekommen waren. Seine Ansprache wurde nach West-Berlin übertragen. Nicht ohne Neid verwies er auf die viel vorteilhaftere Lage des ebenfalls unter einer Vier-Mächte-Besatzung stehenden Wien.⁴¹ Ebenso wie in den Außenministerien bedeutenderer europäischer Staaten tauchte auch in den Interpretationen der österreichischen Diplomatie zunächst die These auf, dass der Aufstand eine aus dem Ruder gelaufene, ursprünglich von den Sowjets geplante Aktion zur Auswechslung der Führung der SED/DDR gewesen sei. Diese These wurde bald wieder verworfen. Am 20. Juni war der Delegation Berlin klar, dass die Sowjets die Lage wieder weitgehend unter Kontrolle hatten. Von Seiten des Westens im Allgemeinen und West-Berlins im Speziellen war keine Hilfe erfolgt. Man erwartete, dass „westliche Provokateure“ als Schuldige hingestellt und die Anführer im Lande selbst empfindlich bestraft werden würden. Für die DDR-Bevölkerung war keine Verbesserung ihrer Lage absehbar.⁴²

Die westliche Diplomatie, die über die immer krisenhaftere Entwicklung der DDR relativ gut informiert war, war weniger über den Aufstand selbst als über dessen „Spontaneität und Vehemenz“ überrascht. Während grundsätzliche Einigkeit über die Bewertung der Ereignisse vorlag, hatte auf Bischoffs Bericht aus

⁴⁰ Siehe hierzu Ilko-Sascha Kowalczyk, 17. Juni 1953: Volksaufstand in der DDR. Ursachen – Abläufe – Folgen, Bremen 2003; Ulrich Mählert (Hg.), Der 17. Juni 1953. Ein Aufstand für Einheit, Recht und Freiheit, Bonn 2003; Volker Koop, 17. Juni 1953. Legende und Wirklichkeit, Berlin 2003; sowie trotz eindeutigem Fokus auf den den Aufstand in der DDR darüber hinausblickend Hendrik Bispinck/Jürgen Danyel/Hans-Hermann Hertle/Hermann Wentker (Hg.), Aufstände im Ostblock. Zur Krisengeschichte des realen Sozialismus, Berlin 2004.

⁴¹ Michael Gehler, Von der Arbeiterrevolte zur spontanen politischen Volkserhebung: Der 17. Juni 1953 in der DDR im Urteil westlicher Diplomatie und Politik, in: Militärgeschichtliche Mitteilungen 54 (1995) 2, 363–415, 398.

⁴² Ebd., 387–388. Gehler stützt sich bei seiner Analyse auf den vom Gesandten Schöner nach Wien übermittelten Bericht von Konsul Hoinik über die Berliner Verhältnisse, Berlin, 20. Juni 1953, Zl. 17-Pol/53, ÖStA, AdR, BKA/AA, II-Pol 1953, Politische Berichte Berlin 1953 (Verschluss), Karton 259. In diesem Sinne wurde auch Außenminister Karl Gruber informiert. Kurzauszug über die Aufstände in Berlin für BM Gruber, Wien, 6. Juli 1953, ÖStA, AdR, BMfAA, II-Pol 1953, Deutschland 3, GZ. 322.187-Pol/53, Karton 232.

Moskau die sowjetische Propaganda erneut ein wenig abgefärbt. So gestand er – informiert durch einen „sehr versierte[n] Botschafter eines NATO-Landes“ – zwar ein, dass „natürlich jedermann“ gewusst habe, „daß die ostdeutsche Regierung keinen nennenswerten Rückhalt in weiten Bevölkerungskreisen habe“, jedoch gab er seiner Meinung Ausdruck, wonach die Lage seit jeher und auch während der Revolte machtvoll von außen (u. a. durch Radiosendungen) geschürt worden war.⁴³ Auch wenn sich dieser Bericht im Vergleich mit jenem über die Volkskammerwahlen 1950 harmlos liest, soll er Bischoffs letzten Kredit bei Außenminister Gruber zerstört haben.⁴⁴

Ab dem 17. Juni berichteten die österreichischen Medien über den „Freiheitskampf“ der Bevölkerung gegen das SED-Regime und seine Niederschlagung durch die Sowjetarmee. Eindringlich wurde betont, dass es sich nicht um ein auf Ost-Berlin beschränktes Phänomen handle, sondern die Erhebungen auf dem gesamten Gebiet der DDR stattfinden würden. Besonders ausführlich berichtete *Die Presse*, die ihre Berichterstattung aber relativ neutral hielt.⁴⁵ Die Sprache des SPÖ-Organs *Arbeiter-Zeitung* war eindeutiger antikommunistisch konnotiert.⁴⁶ Die *Österreichische Volksstimme* schloss sich in ihrer Berichterstattung den Interpretationen der SED an und wertete die Ereignisse als „faschistischen Putschversuch“.⁴⁷

Sowohl die DDR-Führung als auch die Bevölkerung zogen ihre Lehren aus dem 17. Juni. Während die politische Führung das Umgestaltungstempo spürbar verlangsamt, war für die Menschen klar geworden, dass eine gewaltsame Veränderung des politischen Systems außer Reichweite lag. Mit dem Bemühen der SED, die Versorgungslage der Bevölkerung zu verbessern, ging auch ein beschleunigter Aufbau des Sicherheitsapparates einher, um zukünftige Erhebungen verhindern zu können. Jedenfalls gelang es, einen Rückgang der Flüchtlingszahlen zu erreichen. Als Gründe hierfür sah die österreichische Diplomatie Anfang 1954 Erleichterungen im Interzonenverkehr, das kalte Wetter, das die Flüchtlings-

⁴³ Gehler, Arbeiterrevolte, 395. Für die wörtlichen Zitate siehe: Botschafter Bischoff an BM Gruber, Moskau, 23. Juni 1953, Zl. 55-Pol, ÖStA, AdR, BKA/AA, II-Pol 1953, Deutschland 3, GZ. 322.360-Pol/53, Karton 232. Zur Rolle der West-Medien Hans-Hermann Hertle, Volksaufstand und Herbstrevolution: Die Rolle der West-Medien 1953 und 1989 im Vergleich, in: Hendrik Bispinck/Jürgen Danyel/Hans-Hermann Hertle/Hermann Wentker (Hg.), Aufstände im Ostblock. Zur Krisengeschichte des realen Sozialismus, Berlin 2004, 163–192.

⁴⁴ Pape, Brüder, 257.

⁴⁵ Kendler, Entwicklung, 147–151, 155–156.

⁴⁶ Die *Arbeiter-Zeitung*, berichtete von 17. bis 28. Juni jeweils in Großaufmachung auf der Titelseite. Zur Illustration seien folgende Text-Beispiele herausgegriffen: „In Berlin schießen russische Panzer auf Arbeiter. In Wien applaudieren die Kommunisten den Panzern und schimpfen auf die heldenhaften Berliner Arbeiter“ (19. Juni 1953), „Der große Arbeiteraufstand in Ostdeutschland. Die kommunistischen Arbeitermörder heucheln Zugeständnisse und setzen das Blutregime fort“ (23. Juni 1953) und „Der Terror geht weiter“ (25. Juni 1953).

⁴⁷ Kendler, Entwicklung, 151–156.

lager im Winter noch unwirtlicher machte, und die Hoffnung auf eine Lösung der Probleme auf der bevorstehenden Viererkonferenz in Berlin.⁴⁸

Hinsichtlich der Haltung der DDR zur Berliner Außenministerkonferenz im Januar/Februar 1954 war man am Ballhausplatz davon überzeugt, dass diese von sowjetischer Seite festgelegt worden sei. Eine „Wiedervereinigung“ sollte nur dann erfolgen, wenn die „Errungenschaften der DDR“ auf die BRD übertragen würden.⁴⁹ In der Deutschlandfrage prallten somit westliche und östliche Vorstellungen diametral aufeinander, weshalb die Berliner Konferenz nahezu ergebnislos blieb. Die Österreichfrage war zwar ebenfalls auf der Tagesordnung gestanden, allerdings der Deutschlandfrage nachgereiht. Angesichts des Konferenzverlaufs war die Aussicht auf Erlangen eines Staatsvertrags nicht gegeben. Jedoch wurde erstmals von beiden Supermächten eine österreichische Neutralität erwogen.⁵⁰

Die österreichische Vertretung in Bonn informierte das Außenamt auf Basis von Auskünften des Bonner Auswärtigen Amts über die Lage der DDR nach dem Scheitern der Außenministerkonferenz. Die offizielle und propagandistische Begrüßung der Aussagen des sowjetischen Außenministers Vjačeslav M. Molotov sei „bestenfalls als Illusionsmache zu werten, die Pankow in Moskau an den Mann zu

⁴⁸ Konsul Hoinik an Geschäftsträger Legationsrat Pichler, Berlin, 15. Januar 1954, Zl. 3.006-Pol/54, übermittelt durch Legationsrat Pichler an BM Figl, Bonn, 20. Januar 1954, Zl. 27-Pol/54, ÖStA, AdR, BKA/AA, IIPol 1954, Deutschland 3, GZ. 141.116-Pol/54, Karton 271.

⁴⁹ Konsul Hoinik an Legationsrat Pichler, Berlin, 15. Januar 1954, Zl. 3.005-Pol/54, übermittelt durch Legationsrat Pichler an BM Figl, 20. Januar 1954, Zl. 26-Pol/54, ÖStA, AdR, BKA/AA, II-Pol 1954, Deutschland 3, GZ. 141.103-Pol/54, Karton 271; Legationsrat Pichler an BM Figl, Bonn, 22. Januar 1954, Zl. 34-Pol/54, ÖStA, AdR, BKA/AA, II-Pol 1954, Politische Berichte Bonn, GZ. 141.172Pol/54, Karton 306.

⁵⁰ Gerald Stourzh, Der österreichische Staatsvertrag in den weltpolitischen Entscheidungsprozessen des Jahrs 1955, in: Arnold Suppan/Gerald Stourzh/Wolfgang Mueller (Hg.), Der österreichische Staatsvertrag 1955. Internationale Strategie, rechtliche Relevanz, nationale Identität, Wien 2005, 966–995, 975–978. Während die BRD bereits im Vorhinein von einem Scheitern der Konferenz ausging, hoffte Österreich, dass trotz in die gegenteiliger Aussagen der Alliierten endlich wieder Bewegung in die Staatsvertragsfrage kommen würde. Die erhoffte Behandlung der Österreichfrage vor der deutschen Frage war nicht im bundesdeutschen Interesse. Zu den unterschiedlichen österreichischen und deutschen Zielsetzungen für die Konferenz siehe ausführlich Michael Gehler, Modellfall für Deutschland? Die Österreichlösung mit Staatsvertrag und Neutralität 1945–1955, Innsbruck/Wien/Bozen 2015, 365–388. Exemplarisch: „Bezüglich des Abschlusses des österreichischen Staatsvertrages, zu dem Molotov seine Verhandlungsbereitschaft erklärt hat, ist Staatssekretär Hallstein absolut optimistisch eingestellt. Er meinte jedoch im Unterton seiner Ausführungen, es käme der Politik Dr. Adenauers nicht sonderlich gelegen, sollte nämlich in der deutschen Frage keine Klärung erfolgen, die österreichische Frage jedoch gelöst werden, dann würden sich für die deutsche Koalitionspolitik innere Schwierigkeiten ergeben, worauf die Opposition nur warte.“ Erich Pichler (Bonn) an Leopold Figl (Wien), 27. Januar 1954 (= Dokument 110), in: Gehler/Agstner (Hg.), Einheit und Teilung, 214; Nach der Konferenz gab es neben Polemiken westdeutscher Medien in Richtung Österreichs und dessen Haltung zum „Anschluss“ 1938 auch Stimmen, die von einer „Leidensgenossenschaft“ sprachen. Erich Pichler (Bonn) an Leopold Figl (Wien), 23. Februar 1954 (= Dokument 111), in: ebd., 215.

bringen“ versuche. Die ostdeutsche Bevölkerung sehe „im Ausgang der Berliner Konferenz die Bestätigung ihrer Befürchtung, daß die Sowjets freiwillig niemals von ihrer mitteldeutschen Basis“ abziehen und „das SED-Regime auf unabsehbare Zeit am Leben lassen“ würden. Die Möglichkeit einer Wiederholung des 17. Juni wurde von Molotov in Abrede gestellt, von SED und Staatssicherheit so weit als möglich bekämpft und der leidgeprüften Bevölkerung auf Grund der zeitlichen Nähe zum Geschehen kaum zugetraut. Dennoch wurde vorerst mit keiner neuen Massenflucht gerechnet, da die meisten wussten, dass viele der Geflohenen noch in Aufnahmelagern lebten. Daher attestierte man der ostdeutschen Bevölkerung „Resignation“, die sich darin äußerte „von einem Tag zum nächsten weiter zu vegetieren. Das bedeutet zwar keine Kapitulation vor dem System, aber auch keine Aufbäumung. Die Menschen ziehen sich einfach noch mehr in sich zurück.“⁵¹

Im September 1954 verfasste der Ballhausplatz eine Analyse, die zeigt, dass man in Wien eine sehr realistische Einschätzung über die Lage und Zukunft der DDR hatte. Man ging davon aus, dass eine Wiederholung des 17. Juni 1953 „nicht im Bereiche der Wahrscheinlichkeit“ lag. Dies resultierte unter anderem auch daraus, dass sich das Regime stabilisiert hatte und „nun psychologisch wirksamere Wege einschlage und manche Erleichterungen gewährt habe“. Auch das Sinken der Flüchtlingszahlen und der angeblich stärker werdende Einfluss auf die Jugend wurden als Zeichen hierfür gewertet. Zudem sei den Teilnehmern am Aufstand die „Irrealität ihrer damaligen Berechnungen“ bewusst geworden, in denen sie „übersahen, dass der Westen nicht eingreifen konnte“ und die Sowjetunion nicht zur Aufgabe der DDR bereit war. So kam man zum Schluss, dass trotz aller Opfer des 17. Juni und vieler verbliebener „Ursachen, die zu einer Massenunzufriedenheit führen könnten, mit einer Wiederholung der Ereignisse des 17. 6. 1953 nur bei grundlegender Änderung der weltpolitischen Situation zu rechnen“ sei.⁵² Eine treffliche Schlussfolgerung, die klar zeigt, dass man sich auf ein längerfristiges Bestehen der DDR eingerichtet hatte. Mit der daraus resultierenden Frage der Anerkennung, die spätestens ab dem Zeitpunkt, als die Sowjetunion der DDR im März 1954 sogenannte „erweiterte Souveränitätsrechte“ zugestand, an Aktualität gewann, musste sich die österreichische Diplomatie dann allerdings ebenfalls beschäftigen.⁵³

⁵¹ Legationsrat Pichler an BM Figl, Bonn, 13. März 1954, Zl. 48-Pol/54, ÖStA, AdR, BKA/AA, II-Pol 1954, Deutschland 3, Gr.Zl. 140.973-Pol/54, GZ. 142.372-Pol/54, Karton 271. Der Bericht wurde am 23. März den Botschaften Washington, London, Paris, Brüssel, Moskau und der Gesandtschaft Prag zur Information übermittelt.

⁵² Lage in der Deutschen Demokratischen Republik (Verschluss!), abgeschlossen am 24. September 1954, übermittelt durch das BKA/AA an Botschaft Moskau, Washington, Vertretung Bonn, Gesandtschaft Prag, Politische Vertretung Warschau und Delegation Berlin, Wien, 30. September 1954, ÖStA, AdR, BKA/AA, IIPol 1954, Deutschland 3, Gr.Zl. 140.973-Pol/54, GZ. 146.685-Pol/54, Karton 271.

⁵³ Bereits gegen Ende 1953 hatte Staatssekretär Hallstein zu Schmid gesagt, „dass die Bestrebungen der Sowjets, Ostdeutschland in einen selbständigen Staat zu verwandeln und damit ein völ-

c) Das besetzte Österreich aus ostdeutscher Sicht

Das Österreich-Bild in Ost-Berlin kam auf zweierlei Art zustanden. Zum einen berichtete der im Aufbau befindliche diplomatische Dienst der DDR mehr schlecht als recht über Österreich, zum anderen wurden Informationen der KPÖ verwendet und zumeist unkritisch übernommen. Zumeist handelte es sich dabei um publiziertes Material mit entsprechendem propagandistischem Anstrich.⁵⁴ Durch Informationen, die aus Gesprächen mit Vertretern der KPÖ stammten, wurde aber auch klar, dass Anspruch und Realität zum Teil weit auseinanderlagen. Das Ergebnis der Nationalratswahlen 1949, bei der die im Linksblock angetretene KPÖ nur 5,1 Prozent der Stimmen erreicht hatte, war ein markantes Beispiel dafür. Derartige Berichte sagen aber vor allem etwas über die Sicht der KPÖ und deren innere Verfasstheit aus und weniger darüber, wie die DDR Österreich sah.⁵⁵

Der Kenntnisstand des ostdeutschen Außenministeriums über Österreich kann für die ersten Jahre nach der Gründung der DDR als schlecht bezeichnet werden. Hierfür war mit Sicherheit das Fehlen einer Vertretung in hohem Maße verantwortlich.⁵⁶ Die wenigen vorhandenen Analysen und Einschätzungen sind allesamt streng nach ideologischen Bewertungsvorgaben verfasst. 1952 war die DDR-Vertretung in Budapest aufgefordert worden, über die Entwicklungen in Österreich zu berichten. Sie erfüllte ihre Aufgabe durch eine vor allem auf Presseberichten basierenden Analyse. In dieser wurde von „Kriegsvorbereitungen“ politischer und militärischer Art und der ideologischen Aufhetzung der Bevölkerung gegen „die Sowjetunion und das Friedenslager“ gesprochen. Die „marschallisierte Wirtschaft“ wurde als von „zunehmenden Krisenerscheinungen“, „Massenentlassungen“ und „Preissteigerungen“ gekennzeichnet beschrieben. Selbstverständlich wurde ein „wachsender Widerstand der Bevölkerung“ ausgemacht und gleichzeitig „Anschlussbestrebungen“ Österreichs an die BRD konstatiert.⁵⁷ Als derartige Ansichten auch in der ostdeutschen Presse und in öffent-

kerrechtliches Subjekt zu schaffen, in letzter Zeit immer deutlicher werden“. Heinrich Schmid (Bonn) an Karl Gruber (Wien), 12. November 1953 (= Dokument 104), in: Gehler/Agstner (Hg.), *Einheit und Teilung*, 204–206.

⁵⁴ Siehe hierzu z. B. die umfangreichen Materialien in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/20/430.

⁵⁵ Betrifft: Wahlen in Österreich. Zur Information an Pieck, Grotewohl, Ulbricht und Ackermann, 1. November 1949, SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/20/263, Bl. 105–106; selbiges Dokument wurde von Grete Keilson an Ulbricht übermittelt, NY 4182/1286 (Nachlass Walter Ulbricht), Bl. 1–2.

⁵⁶ Zu den anfänglichen Problemen des DDR-Außenministeriums Lemke, *Prinzipien und Grundlagen*, 233–274.

⁵⁷ Chef der Mission Heyman an MfAA, Budapest, 10. Mai 1952, (Panzerschanksache), Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes (PA/AA), Berlin, MfAA, A 12814, Bl. 49–65. Für weitere Berichte ähnlicher Aufmachung siehe Chef der Mission Heyman an MfAA, Budapest, 20. Oktober 1952, (Panzerschanksache), PA/AA, MfAA, A 12814, Bl. 66–72. Chef der Mission Heyman an MfAA, Budapest, 24. Oktober 1952, (Panzerschanksache), PA/AA, MfAA, A 12814, Bl. 73–75.

lichen Vorträgen propagandistisch ausgeschlachtet wurden, sah sich Gesandter Schöner veranlasst, hierüber aus Bonn zu berichten:

„In den letzten Wochen bemerkte man in den ostdeutschen Zeitungen mehr als sonst Nachrichten über Österreich, in denen vor allem auf die schlechte wirtschaftliche Situation des Landes, auf die durch den Marshall-Plan entstandene Krise, auf die wachsende Arbeitslosigkeit und auf die Kriegsvorbereitungen in Österreich hingewiesen wird. Durch die zentrale Steuerung des gesamten Pressewesens in der Deutschen Demokratischen Republik wurden Nachrichten dieser Art auch in allen Provinzblättern und im Rundfunk veröffentlicht.“⁵⁸

Durch den Marshall-Plan und die westliche Orientierung sei Österreich am „naturegebenen“ Osthandel gehindert, weshalb „die wirtschaftliche Lage des Landes katastrophale Formen angenommen hat und aussichtslos dem wirtschaftlichen Zusammenbruch zusteuert“. Nur „durch Eingriffe in die Wirtschaft (Lohn- und Preisabkommen, Preiserhöhungen, neue Steuern etc.)“ sei es gelungen, „die Katastrophe hinauszuschieben“. Einen weiteren, breit ausgeführten Punkt stellten angeblich von den USA finanzierte Restaurationsbestrebungen dar. Zu guter Letzt wurde „auf die [in Bälde] bevorstehende Teilung Österreichs hingewiesen, die [...] nicht zu vermeiden sein wird, wenn man Ostösterreich vor den wirtschaftlichen Folgen des Marshall-Planes, vor einer Monarchie und vor einer Wiederaufrüstung schützen will“.⁵⁹

Schöners Bericht brachte die ganze Absurdität des ostdeutschen Österreich-Bilds auf den Punkt. Die Ansicht der DDR-Diplomaten entsprach jener der KPÖ. Prognosen über eine baldige Abwendung Österreichs vom Westen sowie einen steigenden Einfluss der KPÖ in der Bevölkerung können nur als Wunschdenken gewertet werden. Hier lohnt sich ein Blick auf die Analyse der Nationalratswahlen vom Februar 1953. Die KPÖ war im Rahmen der „Wahlgemeinschaft Österreichische Volksopposition“ angetreten und konnte ihr Ergebnis marginal auf 5,3 Prozent verbessern. Hingegen war es der SPÖ gelungen, in absoluten Zahlen die ÖVP vom ersten Platz zu verdrängen. Auf Grund der Wahlarithmetik hatte die ÖVP aber dennoch einen Vorsprung von einem Mandat gewahrt. Im Bericht der DDR-Mission in Budapest wurde von einem insgesamt „lauen“ Wahlkampf und vom „Wahlterror“ gegen die Volksopposition gesprochen. Das Ergebnis wurde folgendermaßen eingeschätzt:

„Äußerlich betrachtet haben also die Wahlen an dem bisherigen Zustand in Österreich nichts geändert. Trotzdem sind sie ein deutliches Zeichen dafür, daß auch die Werktätigen in Österreich die amerikanische Kriegspolitik in Europa nicht mehr mitmachen wollen. Die ‚Neue Züricher [sic!] Zeitung‘ spricht daher auch in ihrer Betrachtung zu den österreichischen Wahlen ausdrücklich von einem ‚Linksruck‘. Wenn diese linke Entwicklung sich noch nicht in einem

⁵⁸ Gesandter Schöner an BM Gruber, Bonn, 14. August 1952, Zl. 546-Pol/52, ÖStA, AdR, BKA/AA, II-Pol 1952, Deutschland 6, GZ. 155.053-Pol/52, Karton 193. Ein Kurzauszug wurde für BM Gruber angefertigt.

⁵⁹ Ebd.

überwältigenden Bekenntnis zur Volksopposition geäußert hat, so liegt das einmal an den geschilderten Tatsachen des Terrors der Regierung, der Koalitionsparteien und des Klerus, zum anderen aber wohl auch in bestimmten organisatorischen Schwächen der Volksopposition, über die an dieser Stelle nicht zu sprechen ist. Keinesfalls kann man meiner Auffassung nach die österreichischen Wahlen als eine Zustimmung zur Kriegspolitik Amerikas auffassen. Es kann im Gegenteil damit gerechnet werden, daß die vertrauensseligen Massen in kurzer Zeit enttäuscht sein werden, und dass diese Enttäuschung sich im aktiven Kampf gegen die amerikanische Kriegspolitik Luft machen wird.⁶⁰

Entgegen den Hoffnungen des DDR-Vertreters in Budapest ereignete sich in Österreich kein revolutionärer Umsturz. Vielmehr gelang es dieser Regierung nach dem Rückschlag auf der Berliner Konferenz 1954 im Jahr 1955 den Abschluss eines Staatsvertrags zu erreichen. Wie die DDR diesen sah, wird weiter unten dargelegt.

2. REPATRIIERUNG UND ERSTE DIPLOMATISCHE KONTAKTE

a) Die Österreichische Delegation in Berlin

Während zur Bundesrepublik – wenn auch inoffizielle, aber geduldete – intensive Kontakte gepflegt wurden, kamen solche Kontakte zur DDR nur auf Umwegen zustande. Eine Begegnungsstätte schien auf der Hand zu liegen: Das noch ungeteilte Berlin. Um zu erklären, wie es dort zu Kontakten kam, muss zeitlich ein wenig ausgeholt werden. Die Präsenz Österreichs in der ehemaligen deutschen Reichshauptstadt begann relativ bald nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs von neuem. Bereits Anfang August 1945 wurde das „Österreichische Büro Berlin“ in Berlin-Zehlendorf im amerikanischen Sektor gegründet. Zunächst von Georg Schmidt geleitet und vor allem mit Staatsbürgerschafts- und Rückführungsfragen beschäftigt, stand dieses Büro spätestens ab dem 20. September 1945 als „Österreichisches Repatriierungskomitee für Deutschland in Berlin“ unter der Leitung von Wilhelm Buchare, einem seit 1927 in Berlin ansässigen Österreicher,⁶¹ dem es im Dezember 1945 gelungen sein dürfte, 25.000 „Reichsmark“ von der österreichischen Regierung für Repatriierung und „welfare work“ zu erhalten. Als weitere Mitarbeiter gibt dieses Dokument Manfred Benatzky, Peter Schmidt, Gustav J. Seewald und Alexis Altschiller an.⁶² Ebenfalls im September 1945 kon-

⁶⁰ Heyman an MfAA, Budapest, 26. Mai 1953, (Panzerschranksache), PA/AA, MfAA, A 12814, Bl. 90–99.

⁶¹ Vgl. Fiesinger, Ballhausplatzdiplomatie, 364–365; Agstner, 130 Jahre, 192.

⁶² Amtsvermerk, Gegenstand: Österr. Repatriierungsmissionen in Deutschland – Wilhelm R. Buchare und Erich Lessner, Wien, 10. September 1946, ÖStA, AdR, BKA/AA, II-Pol 1946,

stituierte sich ein österreichisches Repatriierungskomitee in Dresden.⁶³ Die österreichischen Repatriierungsstellen in Deutschland arbeiteten anfangs auf Eigeninitiative, das Innenministerium und das Außenamt konnten sich zu Beginn ihrer Tätigkeit personell und strukturell auf das bereits Vorhandene stützen.⁶⁴

Bis dahin war es allerdings ein von großer Skepsis geprägter Weg. Außenminister Gruber klagte im Ministerrat am 12. Februar 1946 über die Unklarheiten mit den Repatriierungsstellen: „Alle diese Repatriierungskomitees, die sich überall gebildet haben, in der Zeit bevor ich das Amt übernommen habe, [haben] gewisse Bestätigungen erhalten. Ich habe das eingestellt. [...] Es ist ein fürchterliches Durcheinander.“ Gruber kündigte an zu versuchen, die Stellen unter Kontrolle zu bekommen, hinsichtlich Deutschlands äußerte er sich aber skeptisch, da die Alliierten „wahrscheinlich nicht zulassen werden, daß wir irgendwelche Vertretungen in Deutschland einrichten. Ich habe deshalb den Plan, an den Alliierten Rat mit dem Ersuchen heranzutreten, daß ein Kommissär des Wanderungsamts⁶⁵ nach Deutschland fährt, sich die Repatriierungskomitees anschaut und eventuell auflöst.“⁶⁶

Am 16. April 1946 beschloss der Ministerrat jedoch, dass das Innenministerium für jede der vier Besatzungszonen in Deutschland einen Beauftragten in Repatriierungsangelegenheiten bestellen solle. Der jeweilige Beauftragte sollte entsprechende Vollmachten zu Verhandlungen mit deutschen und alliierten Dienststellen sowie – falls nötig – zur Reorganisation der bisherigen Repatriierungsstellen erhalten. Dies erschien notwendig, da man durch die Übernahme der bisherigen Stellen deren Tätigkeit anerkannt hätte. Innerhalb der zahlreichen in Deutschland vertretenen Stellen gab es aber durchaus Unterschiede und die Leiter einiger Stellen waren beispielsweise aufgrund schwerer Delikte in Haft genommen worden.⁶⁷ Auch wenn im Zuge der Recherchen in den Archiven kein derartiger Fall zu Tage gefördert werden konnte, so machte beispielsweise der Deutsche Adam (von) Gliga, der eine österreichische Repatriierungskommissi-

Deutschland 49, GZ. 112.813-pol/46 (Streng vertraulich!), Karton 12. Enthält auch eine Abschrift von Lucius D. Clay, Office of Military Government of the United States (OMGUS) to United States Forces in Austria (USFA, DP Division), 20. September 1946.

⁶³ Österreichisches Repatriierungskomitee in Dresden, Wien, 24. September 1945, ÖStA, AdR, BKA/AA, II-Pol 1945, Karton 4, Gr.Zl. 719-pol/45, GZ. 1158-pol/45.

⁶⁴ Fiesinger, Ballhausplatzdiplomatie, 363.

⁶⁵ Beim Wanderungsamt handelt es sich um die Abteilung 12 Bundesministerium für Inneres. Diese war neben Ihren Tätigkeiten in Österreich auch mit Repatriierungsfragen beschäftigt.

⁶⁶ Ministerratsprotokoll (MRP) Nr. 8, Sitzung vom 12. Februar 1946, in: Gertrude Enderle-Burcel/Rudolf Jeřábek (Hg.): Protokolle des Ministerrates der Zweiten Republik. Kabinett Leopold Figl I, 20. Dezember 1945 bis 8. November 1949, Bd. 1, 20. Dezember 1945 bis 9. April 1946, Wien 2004, 189–219, 211.

⁶⁷ MRP Nr. 17, Sitzung vom 16. April 1946, in: Gertrude Enderle-Burcel/Rudolf Jeřábek (Hg.): Protokolle des Ministerrates der Zweiten Republik. Kabinett Leopold Figl I, 20. Dezember 1945 bis 8. November 1949, Bd. 2, 16. April 1946 bis 9. Juli 1946, Wien 2005, 1–14, 5–7.

on in Regensburg leitete, später durch seine mehrfachen Seitenwechsel zwischen Ost- und Westdeutschland von sich reden.⁶⁸

Vermutlich im Zusammenhang mit dem Ministerratsbeschluss wurde durch das Außenamt beim politischen Vertreter der UdSSR Evgenij D. Kiselev um die Ermöglichung der Rückreise von Erich Lessner nach Dresden zwecks Fortsetzung der Repatriierungstätigkeit in der SBZ angesucht.⁶⁹ Er war zuvor (vermutlich bereits vor November 1945) zum Beauftragten des Bundesministeriums für Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung für die Sicherung österreichischen Vermögens in Deutschland im „Bundesland Sachsen“ ernannt worden, jedoch offensichtlich (möglicherweise zur Berichterstattung und weiteren Beauftragung) wieder nach Österreich zurückgereist. Seine von der Bundesregierung angestrebte Ernennung zum Repatriierungskommissär in Deutschland⁷⁰ scheiterte schlussendlich im September an der Ablehnung durch das Sowjet-Element der Alliierten Kommission, da sich laut dessen Ansicht keine zu repatriierenden Österreicher mehr in der SBZ befanden.⁷¹ Auch weitere Bemühungen der Regierung blieben ohne Erfolg.⁷²

Am 26. November 1946 wurde die Frage der Repatriierung der Österreicher aus Deutschland erneut im Ministerrat diskutiert, wobei zur SBZ nach der Ablehnung Lessners nichts Neues berichtet werden konnte. Innenminister Oskar Helmer führte aber aus: „In der russischen Zone befindet sich in Halle an der Saale und nicht mehr in Leipzig und Berlin [sic!] – dort ist nichts zu holen – eine Repatriierungsstelle.“⁷³ Von Dresden sprach Helmer interessanterweise nicht.

⁶⁸ Bernd Stöver, *Zuflucht DDR. Spione und andere Übersiedler*, München 2009, 184–211, insbesondere 188.

⁶⁹ Amtsvermerk, Gegenstand: Erich Lessner; Rückreise nach Dresden, Wien, 29. April 1946, ÖStA, AdR, BKA/AA, II-Pol 1946, Deutschland 49, GZ. 111.093-pol/46, Karton 12.

⁷⁰ MRP Nr. 35, Sitzung vom 22. August 1946, in: Gertrude Enderle-Burcel/Rudolf Jeřábek (Hg.): *Protokolle des Ministerrates der Zweiten Republik. Kabinett Leopold Figl I*, 20. Dezember 1945 bis 8. November 1949, Bd. 3, 17. Juli 1946 bis 19. November 1946, Wien 2005, 104–142, 115.

⁷¹ MRP Nr. 37, Sitzung vom 17. September 1946, in: Gertrude Enderle-Burcel/Rudolf Jeřábek (Hg.): *Protokolle des Ministerrates der Zweiten Republik. Kabinett Leopold Figl I*, 20. Dezember 1945 bis 8. November 1949, Bd. 3, 17. Juli 1946 bis 19. November 1946, Wien 2005, 182–201, 198.

⁷² Ein weiteres Ansuchen stützte sich auf Berichte Lessners, der von 8.000 zu repatriierenden Österreichern in der SBZ sprach. Vgl. MRP Nr. 35, Sitzung vom 22. August 1946, in: Gertrude Enderle-Burcel/Rudolf Jeřábek (Hg.): *Protokolle des Ministerrates der Zweiten Republik. Kabinett Leopold Figl I*, 20. Dezember 1945 bis 8. November 1949, Bd. 3, 17. Juli 1946 bis 19. November 1946, Wien 2005, 104–142, 115 (Fußnote 35).

⁷³ MRP Nr. 47, Sitzung vom 26. November 1946, in: Gertrude Enderle-Burcel/Rudolf Jeřábek (Hg.): *Protokolle des Ministerrates der Zweiten Republik. Kabinett Leopold Figl I*, 20. Dezember 1945 bis 8. November 1949, Bd. 4, 21. November 1946 bis 11. Februar 1946, Wien 2005, 31–76, 51–52, 66. In Berlin befand sich entgegen den Ausführungen von Helmer natürlich weiterhin ein Repatriierungskomitee, das im US-Sektor angesiedelt war.

Das dortige Repatriierungskomitee soll laut den Ausführungen Buchares gegenüber dem Office of Military Government of the United States (OMGUS) unter seiner Anleitung durch Lessner errichtet worden sein. Über das auch von Buchare erwähnte Komitee in Halle an der Saale sind leider keine weiteren Informationen verfügbar. Offensichtlich hatte dieses aber bis mindestens Ende 1946 Bestand.⁷⁴ Die in der SBZ gelegenen Komitees dürften jedoch nicht lange über das Jahr 1946 hinaus existiert haben.

Die US-Militärregierung in Berlin wünschte die offizielle Betrauung eines Leiters des Komitees. Da in Wien Ermittlungen gegen Buchare liefen,⁷⁵ wurde am 16. Mai 1947 Alexis Altschiller von Innenminister Helmer zum „Beauftragten für Repatriierungsangelegenheiten im amerikanischen Sektor von Berlin“ bestellt. Damit war das Repatriierungskomitee dem Innenministerium unterstellt. Auch hier bediente man sich der bereits bestehenden Strukturen. Die Aufgabe des Komitees war es, die Interessen der Österreicher im amerikanischen Sektor Berlins zu vertreten und im Einvernehmen mit der Besatzungsmacht gewünschte Rückführungen durchzuführen.⁷⁶ Somit leistete das Repatriierungskomitee, das sich ab 1947 „Österreichische Delegation Berlin“ nannte, bereits vor seiner 1952 erfolgten Eingliederung in das Außenressort einen Beitrag zur Reetablierung der österreichischen Vertretungsbehörden im Ausland. Soweit es in ihrer Macht stand, übernahm die Delegation Berlin auch stellvertretend die konsularische Betreuung der in der SBZ und in Ost-Berlin lebenden Österreicher. Dies war notwendig, da es in der SBZ keine österreichische Verbindungsstelle (und auch

⁷⁴ Amtsvermerk, Gegenstand: Österr. Repatriierungsmissionen in Deutschland – Wilhelm R. Buchare und Erich Lessner, Wien, 10. September 1946, ÖStA, AdR, BKA/AA, II-Pol 1946, Deutschland 49, GZ. 112.813-pol/46 (Streng vertraulich!), Karton 12. Darin die Abschrift Clay (OMGUS) to USFA (DP Division), 20. September 1946.

⁷⁵ Amtsvermerk, Gegenstand: Österr. Repatriierungsmissionen in Deutschland – Wilhelm R. Buchare und Erich Lessner, Wien, 10. September 1946, ÖStA, AdR, BKA/AA, II-Pol 1946, Deutschland 49, GZ. 112.813-pol/46 (Streng vertraulich!), Karton 12. Siehe auch die wenig schmeichelhaften, das Bild eines undurchsichtigen Charakters nährenden Ansichten zu Buchare in: Amtsvermerk, Gegenstand: Österr. Magnesit-A.G., Heraklithwerk Ferndorf; Einfuhr von Kieserit aus Deutschland; BUCHARE, Wien, 6. Dezember 1946, ÖStA, AdR, BKA/AA, Wpol 1946, Generalia Handel Deutschland, GZ. 103.403-Wpol/46, Karton 10. Zu den Ermittlungen selbst ist im zugänglichen Aktenmaterial nichts zu finden. Diesbezügliche Materialien dürften in der der Forschung unzugänglichen Abteilung 6 im BKA/AA unter Gr.Zl. 146.891/6/46), GZ. 154.070-12/46 erliegen. Auch in den Akten des Landesarchivs Berlin lassen sich keine Hinweise auf das Wirken Buchares in der frühen Nachkriegszeit finden. Wilhelm Buchare (9. November 1900–27. Februar 1960), österreichischer Staatsbürger, leitete von 1950 bis zu seinem Tod eine Export-Import-Firma, die im Handel mit Österreich tätig gewesen sein dürfte. Unter anderem soll er „die Vereinigung österreichischer Stahlwerke“ [?] vertreten haben. Siehe: Amtsgericht Charlottenburg, Registerblatt über die Firma Austria-Handelsvertretung Wilhelm Buchare Export-Repräsentation-Import, Landesarchiv Berlin, B Rep. 042, Nr.: 30570 (1).

⁷⁶ Agstner, 130 Jahre, 192.

keine Repatriierungskomitees mehr) gab. Die Zahl der in der SBZ und in Ost-Berlin befindlichen Österreicher soll 1949 zirka 20.000 Personen betragen haben.⁷⁷ Ein erneuter Vorstoß, in der SBZ eine Verbindungsstelle zu errichten, wurde im August 1947 durch ein Schreiben von Bundeskanzler Figl an den Alliierten Rat unternommen.⁷⁸ Es folgte eine ablehnende sowjetische Antwortnote. In dieser wurde argumentiert, dass „das Übereinkommen über den Kontrollmechanismus in Deutschland die Akkreditierung von irgendwelchen Vertretern fremder Staaten bei den Oberkommandanten [sic!] der einzelnen Zonen nicht vor[sieht]“. Zudem wurde erneut bekräftigt, „daß in der Sowjetzone des besetzten Deutschland österreichische Staatsangehörige nicht aufhältlich sind“.⁷⁹

Trotzdem hatte das Komitee in Berlin bis Ende 1947 mit Duldung aller Besatzungsbehörden bereits mehrere Hundert österreichische Rücksiedler zurücktransportiert. Zudem führte das Komitee Interventionen im Auftrag mehrerer Bundesministerien durch. Beklagt wurde die mangelnde finanzielle Unterstützung aus Wien. Auf Basis eines Berichts von Konsul Friedrich Riedl-Riedenstein, der im Auftrag des Ballhausplatzes die amerikanische Besatzungszone bereist hatte, hielt man in Wien fest: „Nachdem die Errichtung einer Vertretungsbehörde im Sowjetsektor Deutschlands oder zumindest in Berlin derzeit nicht möglich erscheint“, wäre „die Erhaltung dieser inoffiziellen Vertretung“ von außerordentlicher Bedeutung, da diese „viel für Österreich geleistet hat“ und durch ihre „Beziehungen mit den Behörden der russisch besetzten Zone Deutschlands noch weiter zu leisten im Stande sein wird“. Mit Carl Bobleter hatte ein weiterer österreichischer Diplomat Berlin bereist, er stellte anerkennend fest: Die Österreichische Delegation Berlin „hat wertvolle Arbeit geleistet, vor allem durch [die] Möglichkeit, Interessen von Österreichern im Osten Deutschlands wahrzunehmen und [die] Repatriierung solcher Österreicher über die westlichen Sektoren Berlins“ durchzuführen.⁸⁰

⁷⁷ Fiesinger, Ballhausplatzdiplomatie, 364, 378–379.

⁷⁸ Amtsvermerk, Gegenstand: Österreichische Vertretung in Deutschland, Wien, 12. August 1947, ÖStA, AdR, BKA/AA, Österreich 8, GZ. 108.660-Pol/47, Karton 34. Der Entwurf wurde von Figl am 19. August 1947 handschriftlich überarbeitet; wann er an den Alliierten Rat weitergeleitet wurde, bleibt unklar.

⁷⁹ In Unkenntnis der weiteren Entwicklung wurde in der ersten Übersetzung nicht von „einzelnen Zonen“ sondern von „einzelnen Staaten“ gesprochen. Koptelov an BM Gruber, 8. Oktober 1947, Zl. 207, in: Amtsvermerk, Gegenstand: Bestellung von politischen Vertretern in Deutschland/Russ. Zone, ÖStA, AdR, BKA/AA, Österreich 8, Gr.Zl. 108.660-Pol/47, GZ. 109.836-Pol/47, Karton 34.

⁸⁰ Amtsvermerk, Gegenstand: Vertretungen in den Bi-Zonen Deutschlands, Wien, 15. Januar 1948, ÖStA, AdR, BKA/AA, II-Pol 1948, Deutschland 8, GZ. 110.315-Pol/48, Karton 64. (Die Informationen aus dem beiliegenden Bericht Riedls decken sich mit jenen aus dem ebenfalls beiliegenden Bericht von Bobleter über seine Reise durch die britische Besatzungszone Deutschlands, während der er ebenfalls zu Gesprächen nach Berlin kam. Letzteres Zitat stammt aus dem Bericht Bobleters.)

Auch in weiterer Folge bemühte sich die österreichische Regierung um die sowjetische Zustimmung zur Bestellung eines Vertreters für die SBZ.⁸¹ Da ein neuerlicher Anlauf 1949 wieder keinen Erfolg erbrachte, blieb die Delegation Berlin der Ansprechpartner für die Österreicher in der SBZ. Die Delegation hatte zu Jahresbeginn zumindest 15 Angestellte, die sicher auch notwendig waren, um das doch erhebliche Arbeitspensum von 100 Parteien pro Tag sowie die umfangreiche Korrespondenz und Kontaktarbeit der Delegation zu bewältigen.⁸² Natürlich erschwerte die Berlin-Blockade die Arbeit der Delegation erheblich. So berichtete Altschiller Anfang 1949, dass seit dem Beginn der Blockade im Frühjahr 1948 Bahntransporte nicht mehr möglich seien und nur eine gewisse Zahl von Repatrianten pro Monat nach „Westdeutschland“ ausgeflogen werden könne. Von dort aus erfolgte eine Rückführung per Zug, beispielsweise von Hannover und München aus.⁸³ Ein weiterer Bericht aus dem April 1949 sprach davon, dass etwa alle sechs Wochen 60 bis 80 Personen durch eine Abmachung mit der britischen Besatzungsmacht von Berlin nach Lübeck ausgeflogen werden konnten. Laut Kanzleileiter Gustav J. Seewald war dies der einzige Weg, „Landsleute aus der Ostzone herauszubringen“.⁸⁴ Beide Berichte sprechen auch von Fortschritten im Bereich der Vermögenssicherung, wenngleich sich diese in der SBZ schwierig gestalteten.

Das insgesamt düstere Bild über die Lage der Österreicher in der SBZ wurde noch zusätzlich betont, indem hervorgehoben wurde, dass seit der östlichen Währungsreform, die ebenfalls im Juni 1948 erfolgt war, die Zahl der unterstützungsbedürftigen Österreicher bedeutend angewachsen war und in manchen Gebieten Ostdeutschlands die Sozialämter notleidenden Ausländern nicht helfen würden. Zudem musste die Delegation die Lufttransportkosten für mittellose Repatrianten übernehmen.⁸⁵

Den deutschen Behörden, den Besatzungsmächten und den fremden Missionen beziehungsweise Konsulaten vor Ort war die Anwesenheit der Österreichischen Delegation bekannt und sie erkannten diese zumindest in der Eigenwahrnehmung ihrer Leitung als Vertretung Österreichs an. Die meisten ausländischen Vertretungen sollen zu ihr sogar Kontakt aufgenommen, Auskünfte eingeholt und in österreichischen Angelegenheiten um Aufklärung gebeten haben. Die Delegation

⁸¹ Amtsvermerk, Gegenstand: Österreichische Vertretung in der russischen Zone Deutschlands, Wien, 21. Januar 1949, ÖStA, AdR, BKA/AA, Kabinett des Ministers 1949, GZ. 70.040-K/49, Karton 10.

⁸² Agstner, 130 Jahre, 193.

⁸³ Altschiller an Generalsekretär AA Wildner, Berlin, 26. Februar 1949, in: Amtsvermerk, Gegenstand: Lage in der Ostzone Deutschlands; Besprechungen des Botschafters NADOLNY, ÖStA, AdR, BKA/AA, II-Pol 1949, Deutschland 6, Gr.Zl. 80.118-pol/49, GZ. 83.020-pol/49, Karton 101.

⁸⁴ Agstner, 130 Jahre, 193.

⁸⁵ Ebd.

selbst ging davon aus, dass ihre Anwesenheit von allen Seiten begrüßt werde.⁸⁶ Inwiefern dies auf die Sowjets im vollen Umfang zutrifft, ist fraglich.

Nach der Gründung der DDR am 7. Oktober 1949 berichtete die Österreichische Delegation Berlin über die neue politische Situation in Ostdeutschland und war auch gleich direkt mit der Frage des Umgangs mit den Organen der DDR konfrontiert. Die Provisorische Volkskammer hatte die Delegation zu den Sitzungen am 11. und 12. Oktober 1949 eingeladen. Nach Fühlungnahme mit der politischen Abteilung der amerikanischen Militärregierung nahmen weder Seewald noch Altschiller daran teil, da sie keinen dementsprechenden Auftrag der österreichischen Regierung hatten.⁸⁷

Da es nunmehr zur Aufrechterhaltung der Repatriierungstätigkeit der Delegation im Bereich der neu gegründeten DDR notwendig wurde, Kontakte mit ostdeutschen Stellen zu knüpfen, begab sich Seewald Ende November erstmals in das neu gegründete Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der DDR (MfAA). Mit seinem Gegenüber Gerhard Kegel, dem Leiter der Hauptabteilung Politische Angelegenheiten, konnte er sich auf ein inoffizielles und privates Gespräch einigen. Seewald wollte erfragen, an welche Stellen er sich in Repatriierungsangelegenheiten wenden könne, und wurde prompt darauf verwiesen, dass eine Vereinbarung auf Basis der Gegenseitigkeit erzielt werden könne. Jedoch benötige er hierfür eine offizielle Ermächtigung, um sich mit den entsprechenden Stellen in der DDR in Verbindung setzen zu können. Von Anfragen an die Regierung der DDR betreffend die Ansprüche österreichischer Staatsangehöriger, die sich durch die Bodenreform oder die Überführung von Industriebetrieben in das Volkseigentum geschädigt fühlten, wurde Seewald eindeutig abgeraten. Dies sei „aussichtslos“ und eine „Lösung voraussichtlich in absehbarer Zeit nicht möglich“.⁸⁸

Nachdem Seewald auch noch auf die Frage der Etablierung von Handelsbeziehungen eingegangen war, betonte er seinem ostdeutschen Gesprächspartner gegenüber, „dass die österreichische Regierung zweifellos bestrebt sei, normale diplomatische Beziehungen zur Deutschen Demokratischen Republik herzustellen, hob aber die Schwierigkeiten hervor, die seitens der Westmächte gemacht würden und die – wenigstens vorläufig noch – der österreichischen Regierung die Hände binden“ würden.⁸⁹ Diese Aussage Seewalds reflektiert entweder die vollkommene Unkenntnis der rechtlichen Lage Österreichs und der Position seiner

⁸⁶ Ebd.

⁸⁷ Kanzleileiter Seewald an BKA/AA, Berlin, 18. Oktober 1949, eingelangt in Wien am 3. 11. 1949, ÖStA, AdR, BKA/AA, II-pol 1949, Deutschland 2, GZ. 88.384-pol/49, Karton 99.

⁸⁸ Aufzeichnung über ein Gespräch mit Seewald am 30. November 1949, gezeichnet (gez.) Kegel, Staatssekretär Ackermann vorgelegt am 1. Dezember 1949, PA/AA, MfAA, A 16.542, Bl. 171–173.

⁸⁹ Ebd.